

Laaser, Claus-Friedrich; Rosenschon, Astrid

Research Report

Kieler Subventionsbericht und die Kieler Subventionsampel: Finanzhilfen des Bundes und Steuervergünstigungen bis 2017 - eine Aktualisierung

Kieler Beiträge zur Wirtschaftspolitik, No. 14

Provided in Cooperation with:

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Laaser, Claus-Friedrich; Rosenschon, Astrid (2018) : Kieler Subventionsbericht und die Kieler Subventionsampel: Finanzhilfen des Bundes und Steuervergünstigungen bis 2017 - eine Aktualisierung, Kieler Beiträge zur Wirtschaftspolitik, No. 14, ISBN 978-3-89456-286-1, Institut für Weltwirtschaft (IfW), Kiel

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/177395>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

KIELER BEITRÄGE ZUR WIRTSCHAFTSPOLITIK

**Kieler Subventionsbericht
und die Kieler Subventions-
ampel: Finanzhilfen des
Bundes und Steuer-
vergünstigungen bis 2017
– eine Aktualisierung**



Nr. 14 März 2018

*Claus-Friedrich Laaser und
Astrid Rosenschon*

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-89456-286-1
ISSN 2567-6474

© Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel 2018

Alle Rechte vorbehalten. Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages ist es auch nicht gestattet, das Werk oder Teile daraus in irgendeiner Form (Fotokopie, Mikrofilm oder einem anderen Verfahren) zu vervielfältigen oder unter Verwendung elektronischer Systeme zu verarbeiten oder zu verbreiten.

Herausgeber:

Institut für Weltwirtschaft (IfW)
Kiellinie 66, D-24105 Kiel
T +49 431 8814-1
F +49 431 8814-500

Schriftleitung:

Dr. Klaus Schrader (V.i.S.d. § 6 MDStV)

Redaktion:

Ilse Büxenstein-Gaspar, M.A.
Margitta Führmann

Das Institut für Weltwirtschaft ist eine rechtlich selbständige Stiftung des öffentlichen Rechts des Landes Schleswig-Holstein

Umsatzsteuer ID:

DE 251899169

Das Institut wird vertreten durch:

Prof. Dennis J. Snower, Ph.D. (Präsident)

Zuständige Aufsichtsbehörde:

Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur des Landes Schleswig-Holstein

Bilder/Fotos:

Cover: © Dan Race - Fotolia.com

<https://www.ifw-kiel.de/>

Zusammenfassung

- In dem neuen Subventionsbericht des IfW werden die Finanzhilfen des Bundes (einschließlich Nebenhaushalte) und die Steuervergünstigungen insgesamt bis zum Jahr 2017 dokumentiert. Mit der Abkehr einzelner Bundesländer von der kameralistischen Einnahme-Ausgabe-Rechnung und dem Übergang zur doppelten Buchführung wurde es immer schwieriger, Informationen über die Finanzhilfen der Länder zu gewinnen. Die autonomen Finanzhilfen der Länder (und ihrer Gemeinden) sind daher im Bericht nicht mehr enthalten, wohl aber die Bundesanteile an den Finanzhilfen der Länder.
- Der Bund hat im Jahr 2016 direkt und indirekt über die Länder sowie über Sonderhaushalte (wie den Energie- und Klimafonds, das Sondervermögen „Kinderbetreuungsausbau“ und die Kreditanstalt für Wiederaufbau) Finanzhilfen in Höhe von 47,6 Mrd. Euro gezahlt – unter Einschluss der Kompensationszahlungen an die Länder für aufgegebene Subventionen waren es sogar 49,9 Mrd. Euro.
- Im Jahr 2017 nahmen laut Bundeshaushaltsplan die gesamten Finanzhilfen des Bundes (einschließlich Kompensationszahlungen) abermals deutlich zu, und zwar um 10,8 Prozent auf 55,3 Mrd. Euro. Das sind 20,8 Mrd. Euro mehr als vor der Finanzkrise im Jahr 2007.
- Im Jahr 2016 hat der Bund 56,7 Prozent der Finanzhilfen sektorspezifisch an Unternehmen vergeben. Im Jahr 2017 betrug der Anteil zwar nur 55,3 Prozent, doch sind dies 2 Mrd. Euro mehr als im Vorjahr. In beiden Jahren sind ferner 11,1 Prozent bzw. 14,5 Prozent der Hilfen branchenübergreifend an Unternehmen geflossen.
- Die dritte Gruppe von Finanzhilfen, die allokatonsverzerrenden Transfers und Zuwendungen an private und staatliche Organisationen ohne Erwerbszweck, die vom IfW als Subventionen im weiteren Sinne („weiche“ Subventionen) dokumentiert werden, hat im Laufe der Jahre deutlich an Bedeutung gewonnen. Ihr Anteil ist von knapp 10 Prozent im Jahr 2005 auf rund ein Drittel der Finanzhilfen des Bundes gestiegen.
- Die im Jahr 2013 wegen vorgezogener Erbübergänge durch Schenkungen abrupt gestiegenen Einnahmeausfälle durch Erbschaftsteuerbefreiung und -minderung beim Übergang von Betriebsvermögen ebbten seit 2015 wieder ab. Dies drückt die Entwicklung der Steuervergünstigungen am aktuellen Rand. Im Jahr 2017 haben die Steuervergünstigungen insgesamt 62,1 Mrd. Euro betragen.
- Der vorliegende Subventionsbericht des IfW beinhaltet erstmals eine Kategorisierung der wichtigsten Finanzhilfen des Bundes und der größten Steuervergünstigungen im Hinblick auf deren graduelle Schädlichkeit, vorgenommen nach einem „Rot-gelb-grün“-Ampelschema („rot“= aus gesamtwirtschaftlicher Sicht zu streichen, „gelb“= begründbare Subventionen, bei denen aber über den Betrag nachgedacht werden sollte, „grün“ = aus verschiedenen Gründen unvermeidlich).
- Danach ist der überwiegende Teil der betragsmäßig größten Finanzhilfen des Bundes in der Kategorie „gelb“ zu finden, und zwar fast drei Viertel. 13 Prozent entfallen auf die Kategorie „grün“. Ebenfalls rund 13 Prozent machen die Finanzhilfen der Kategorie „rot“ aus, die gestrichen werden sollten.
- Bei den Steuervergünstigungen, die sich auf alle Gebietskörperschaften beziehen, ist der Anteil der „grünen“ Subventionen mit nur 3 Prozent deutlich geringer. „Gelb“ sind hier rund zwei Drittel. Die Sonderkategorie „gelb-orange“ für besonders widersprüchliche Subventionen kommt auf 10 Prozent; „rot“ sind rund 20 Prozent gekennzeichnet.

Inhaltsverzeichnis

Tabellenverzeichnis	5
Einleitende Überlegungen zum neuen Kieler Subventionsbericht.....	7
1 Kräftiger Anstieg der Finanzhilfen des Bundes in den Jahren 2016 und 2017.....	8
2 Dominanz der sektorspezifischen Finanzhilfen des Bundes	11
3 Steuervergünstigungen durch Sondereffekte gedrückt.....	15
4 Kostenlose Vergabe von CO ₂ -Zertifikaten	16
5 Die Kieler Subventionsampel – ein Versuch, Subventionen nach ihrer graduellen Schädlichkeit zu kategorisieren	17
5.1 Grundsätzliche Überlegungen.....	17
5.2 Ergebnisse der Kieler Subventionsampel für die Finanzhilfen des Bundes und die Steuervergünstigungen	20
5.3 Einzelposten bei den Finanzhilfen des Bundes.....	24
5.4 Einzelposten bei den Steuervergünstigungen.....	36
5.5 Einnahmeverzichte aus kostenlos vergebenen CO ₂ -Zertifikaten.....	45
6 Fazit	45
Literatur	47
Anhang.....	51

Tabellenverzeichnis

<i>Tabelle 1:</i> Finanzhilfen des Bundes 2000–2017 (in Mill. Euro)	8
<i>Tabelle 2:</i> Die größten Finanzhilfezuwächse des Bundes im Jahr 2016 (in 1 000 Euro).....	9
<i>Tabelle 3:</i> Die größten Finanzhilfezuwächse des Bundes im Jahr 2017 (in 1 000 Euro).....	10
<i>Tabelle 4:</i> Finanzhilfen des Bundes nach begünstigten Wirtschaftssektoren und Subventionszielen 2005–2017 (in Mill. Euro).....	11
<i>Tabelle 5:</i> Grobstruktur der Finanzhilfen des Bundes 2005–2017 (in Mill. Euro und in Prozent).....	12
<i>Tabelle 6:</i> Finanzhilfen der Europäischen Union im Agrarbereich 2000–2017 (in Mill. Euro)	14
<i>Tabelle 7:</i> Steuervergünstigungen nach begünstigten Sektoren und Subventionszielen 2000– 2017 (in Mill. Euro).....	15
<i>Tabelle 8:</i> Finanzhilfen des Bundes über 100 Mill. Euro 2015–2017 (geordnet nach Beträgen im Jahr 2017, in 1 000 Euro).....	21
<i>Tabelle 9:</i> Die 25 größten Steuervergünstigungen (in Mill. Euro).....	23
<i>Tabelle A1:</i> Finanzhilfen des Bundes 2000–2017 (in 1 000 Euro)	52
<i>Tabelle A2:</i> Steuervergünstigungen in den Jahren 2000–2018 (in Mill. Euro)	80
<i>Tabelle A3:</i> Einnahmeverzichte durch kostenfrei abgegebene CO ₂ -Zertifikate	89

KIELER SUBVENTIONSBERICHT UND DIE KIELER SUBVENTIONSAMPEL: FINANZHILFEN DES BUNDES UND STEUERVERGÜNSTIGUNGEN BIS 2017– EINE AKTUALISIERUNG

Claus-Friedrich Laaser und Astrid Rosenschon

Einleitende Überlegungen zum neuen Kieler Subventionsbericht

Bislang hat das Institut für Weltwirtschaft (IfW) im zweijährigen Turnus über die gesamten Subventionen in der Bundesrepublik berichtet. Es wurden also die Subventionen von Bund, Ländern und Gemeinden, der EU, der Bundesagentur für Arbeit und der Nebenhaushalte des Bundes erhoben. Diese umfassende Datengewinnung ist aber in Zukunft nicht mehr möglich. Denn mit der Abkehr einzelner Bundesländer von der kameralistischen Einnahme-Ausgabe-Rechnung und dem Übergang zur doppelten Buchführung wurde es immer schwieriger, Informationen über die Finanzhilfen der Länder zu gewinnen. In den Haushaltsplänen der Länder waren nach Einführung der Doppik oft keine Daten zu den einzelnen Einnahmen und Ausgaben mehr enthalten, so dass das IfW auf Unterstützung durch die Finanzministerien der Länder und auf informelle Unterlagen angewiesen war – sofern die benötigten Daten intern überhaupt noch existierten. Da erstmals für das Jahr 2016 nicht mehr für alle Länder eine kameralistische Abgrenzung erhältlich war, war das IfW ab dato gezwungen, die Subventionsbasis enger abzugrenzen.

In diesem und den künftigen Subventionsberichten des IfW werden deshalb nur noch die Finanzhilfen des Bundes und die Steuervergünstigungen insgesamt dokumentiert. Dem liegt für die Finanzhilfen des Bundes die Auswertung des Bundeshaushaltsplans und der Bundeshaushaltsrechnung zugrunde und für die Steuervergünstigungen die Auswertung der Anlagen 2 und 3 des amtlichen Subventionsberichts.

Der vorliegende Subventionsbericht des IfW beinhaltet eine weitere Neuerung. Es wird erstmals eine Kategorisierung der wichtigsten Finanzhilfen des Bundes und der größten Steuervergünstigungen im Hinblick auf deren graduelle Schädlichkeit vorgenommen. Dies soll Politikern, die selektive Subventionskürzungen in diskretionären Schritten einem allgemeinen Abbauprogramm nach der Rasenmähermethode vorziehen, Orientierungshilfe leisten. Doch bevor die „Subventionsampel“ vorgestellt wird, werden die wichtigsten Subventionstrends in den Jahren 2016 und 2017 präsentiert.

1 Kräftiger Anstieg der Finanzhilfen des Bundes in den Jahren 2016 und 2017

Der Bund hat im Jahr 2016 direkt sowie indirekt über die Länder und über Sonderhaushalte wie den Energie- und Klimafonds, das Sondervermögen „Kinderbetreuungsausbau“ sowie die Kreditanstalt für Wiederaufbau Finanzhilfen an Leistungserbringer in Höhe von 47,6 Mrd. Euro gezahlt (Tabelle 1). Bezieht man die Kompensationszahlungen mit ein, die die Länder vom Bund für die Streichung der Bundesmittel für die soziale Wohnraumförderung und für die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden ab dem Jahr 2007 bzw. 2008 erhalten und die wahrscheinlich für ebendiese Wohnungsbau- und Verkehrssubventionen weiterverwendet werden, beträgt das geleistete Finanzhilfenvolumen 49,9 Mrd. Euro. Die Bundesregierung weist im 25. Subventionsbericht für 2016 demgegenüber lediglich geplante 7,5 Mrd. Euro an Bundesfinanzhilfen aus.¹ Gemessen am Haushaltsvolumen des Bundes betragen die Finanzhilfen des Bundes in der Abgrenzung des IfW 15,7 Prozent.

Tabelle 1:
Finanzhilfen des Bundes 2000–2017 (in Mill. Euro)

	2000	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016 Soll	2016 Ist	2017
Direkte Finanzhilfen	25 037	23 197	24 783	23 383	22 927	29 002	33 010	36 288	34 459	31 694	30 611	31 929	38 000	35 532	38 890
Indirekte Finanzhilfen	12 114	11 240	10 993	10 242	8 799	8 863	8 977	8 947	9 038	8 879	9 048	9 416	10 064	10 100	10 297
insgesamt	37 152	34 438	35 776	33 625	31 726	37 865	41 986	45 235	43 497	40 573	39 659	41 345	48 064	45 632	49 187
Finanzhilfen des Investitions- und Tilgungsfonds		0	0	0	0	4 243	1 389	452	0	0	0	0	0	0	0
Subventionsäquivalent der Kredite der KfW	500	300	500	400	400	400	300	300	300	300	300	300	300	300	300
Finanzhilfen des Sondervermögens „Kinderbetreuungsausbau“		0	0	0	62	343	533	417	341	481	360	203	230	278	0
Finanzhilfen des Energie- und Klimafonds		0	0	0	0	0	0	12	221	425	1 100	1 101	2 104	1 384	2 990
Finanzhilfen des Bundes insgesamt einschl. Sonderhaushalte	37 652	34 738	36 276	34 025	32 188	42 851	44 209	46 416	44 359	41 779	41 419	42 949	50 698	47 594	52 477
Kompensationszahlungen		0	0	518	1 854	1 854	1 854	1 854	1 854	1 854	1 854	1 854	2 354	2 354	2 854
Finanzhilfen des Bundes insgesamt einschl. Sonderhaushalte und Kompensationszahlungen	37 652	34 738	36 276	34 544	34 042	44 705	46 062	48 269	46 213	43 632	43 273	44 803	53 052	49 948	55 331
<i>Nachrichtlich:</i>															
Finanzhilfen des Bundes nach Subventionsbericht	10 100	6 100	5 700	5 700	5 900	10 000	7 000	6 200	5 500	5 100	5 700	5 542	7 500	5 943	8 868

Quelle: BMF (a; b; c); Deutscher Bundestag (2016); eigene Berechnungen.

Gegenüber dem Jahr 2015, in dem die gesamten Finanzhilfen bei 44,8 Mrd. Euro gelegen hatten, errechnet sich für 2016 eine Steigerung von 11,5 Prozent. Die Finanzhilfen sind trotz dieses kräftigen Anstiegs aber um 3,1 Mrd. Euro hinter den ursprünglichen Planungen zurückgeblieben, über die das IfW in seinem letzten Subventionsbericht vom November 2016 berichtet hatte.² Der verbliebene Zuwachs von 5,1 Mrd. Euro liegt vor allem an der Aufstockung des Zuschusses an die gesetzlichen Krankenversicherungen um 2,5 Mrd. Euro und den direkten Ausgaben für andere verkehrspolitische Vorhaben – darunter der an die Länder gezahlten Regionalisierungsmittel für den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) – um zusammen 1,6 Mrd. Euro sowie der Kompensationszahlungen an Länder

¹ BMF (a, 2015: 23). Die tatsächlich verausgabten Finanzhilfen nach der Definition des BMF betragen laut 26. Subventionsbericht dann gut 5,9 Mrd. Euro (a, 2017: 30).

² Siehe dazu Laaser und Rosenschon (2016: 19–22).

wegen Beendigung der Finanzhilfen des Bundes zur sozialen Wohnraumförderung um 500 Mill. Euro (Tabelle 2).

Tabelle 2:
Die größten Finanzhilfezuwächse des Bundes im Jahr 2016 (in 1 000 Euro)

Abgeltung versicherungsfremder Leistungen	2 500 000
Zuweisungen an die Länder (Regionalisierungsmittel)	791 785
Kompensationszahlung an die Länder wegen Beendigung der Finanzhilfen des Bundes zur sozialen Wohnraumförderung	500 000
Infrastrukturbeitrag des Bundes für die Erhaltung der Schienenwege der Eisenbahnen des Bundes	301 573
Zuschuss von der EU für Investitionen in Transeuropäische Verkehrsnetze	229 127
Zuschüsse für den Absatz deutscher Steinkohle zur Verstromung, zum Absatz an die Stahlindustrie sowie zum Ausgleich von Belastungen infolge von Kapazitätsanpassungen	199 234
Investitionszuschuss für Schienenwege	176 300
F.u.E.: rationelle Energieverwendung, Umwandlungs- und Verbrennungstechnik	174 353
Auslandsbezogene Gewährleistungen	155 552
Für Breitbandausbau	154 241
Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur etc.“ (ohne Küstenschutz, Dorferneuerung, ohne Teile der Ausgaben für Wasserwirtschaft und ohne Darlehen)	124 351
Investitionen in die Bundesschienenwege	105 887
CO ₂ -Gebäudesanierungsprogramm	83 624
Zuschuss an die Träger der landwirtschaftlichen Unfallversicherung	78 000
Sondervermögen Kinderbetreuungsausbau	75 000
Defizit Endlagerung radioaktiver Abfälle	69 423
Markteinführungsprogramm zur Förderung des Einsatzes erneuerbarer Energien	56 710
Strompreiskompensation	56 219
Summe der Zuwächse über 50 Mill. Euro	5 831 379
Summe der Zuwächse unter 50 Mill. Euro	748 342
Summe der Abwächse	-1 434 099
Finanzhilfezuwachs insgesamt	5 145 622

Quelle: BMF (c); Deutscher Bundestag (2016); eigene Berechnungen.

Im Jahr 2017 sollten laut dem Bundeshaushaltsplan die gesamten Finanzhilfen des Bundes abermals deutlich zunehmen, und zwar um 10,8 Prozent auf 55,3 Mrd. Euro. Das sind 5,4 Mrd. Euro mehr als im Vorjahr und 20,8 Mrd. Euro mehr als vor der Finanzkrise im Jahr 2007 (Tabelle 1). Seither hält der Bund die subventionspolitischen Zügel deutlich lockerer, obwohl mittlerweile die Gründe entfallen sind, die eine Ausweitung der Finanzhilfen nahelegten. Hinter dem Anstieg gegenüber dem Vorjahr stehen verschiedene Posten der Umwelt- und Energiepolitik mit insgesamt plus 1,8 Mrd. Euro, die aufgestockten Mittel für Breitbandausbau (688 Mill. Euro), für auslands- und inlandsbezogene Gewährleistungen (710 Mill. Euro) und für die gesetzlichen Krankenversicherungen (500 Mill. Euro) (Tabelle 3).

Im Zusammenhang mit Programmen zur Bewältigung des Flüchtlingszuzugs stehen Integrationsmaßnahmen in Höhe von 300 Mill. Euro. Ferner sind für Kompensationszahlungen an Länder wegen Beendigung der Finanzhilfen des Bundes zur sozialen Wohnraumförderung 500 Mill. Euro zusätzlich eingeplant, die ebenfalls diesem Aufgabenkomplex zugerechnet werden können. Verkehrspolitische Vorhaben sollten brutto um rund 900 Mill. Euro ausgeweitet werden, netto – also nach Abzug von Kürzungen – ergibt sich ein Plus von 264 Mill. Euro (Tabelle 4).³

³ Da es sich hierbei um Planzahlen aus dem Bundeshaushalt 2017 handelt, ist in den dem Verkehrssektor zufließenden Mitteln der Überbrückungskredit an die insolvente Fluggesellschaft Air Berlin in Höhe von 150 Mill. Euro

Tabelle 3:
Die größten Finanzhilfezuwächse des Bundes im Jahr 2017 (in 1 000 Euro)

Unterstützung des flächendeckenden Breitbandausbaus	500 000
Abgeltung versicherungsfremder Leistungen	500 000
Kompensationszahlung an die Länder wegen Beendigung der Finanzhilfen des Bundes zur sozialen Wohnraumförderung	500 000
Auslandsbezogene Gewährleistungen	495 928
Investitionen in die Bundesschienenwege	376 000
Förderung der rationalen und sparsamen Energieverwendung – Energieeffizienzfonds	368 254
Pumpen- und Heizungsoptimierung	343 860
Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen	299 717
Inlandsbezogene Gewährleistungen	214 856
Investitionszuschuss für Schienenwege	210 678
Zuschüsse zum Kauf elektrisch betriebener Fahrzeuge	192 000
Unterstützung des flächendeckenden Breitband-ausbaus	187 827
CO ₂ -Gebäudesanierungsprogramm	185 474
Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur	150 000
Förderung städtebaulicher Maßnahmen	134 975
Anreizprogramm Energieeffizienz	130 503
F.u.E.: rationelle Energieverwendung, Umwandlungs- und Verbrennungstechnik	129 851
Programme und Maßnahmen der Energiewende in den Bereichen Erneuerbare Energien, Strom und Netze, Digitalisierung und Energieinfrastruktur	104 793
Aus- und Weiterbildungsprogramm in Unternehmen des mautpflichtigen Güterverkehrs	99 978
Wettbewerbliche Ausschreibung für Energieeffizienz	99 240
Zuschuss an die Träger der Krankenversicherung der Landwirte	98 938
Kulturförderung im Inland (ohne Zahlungen an Länder)	97 395
Förderung von Beschäftigung, Qualifizierung, Umwelt und Sicherheit in Unternehmen des mautpflichtigen Güterverkehrs	95 311
Zuweisungen für betriebliche Investitionen (2016 geschätzt)	93 793
Verbrauchereinrichtungen	80 000
Erstattung von Fahrgeldausfällen	68 851
Förderung der beruflichen Aufstiegsfortbildung	64 801
Zuschuss zur Lärmsanierung an Schienenwegen	64 635
Ausgaben des Haushaltskapitels „Marktordnung“ (abzüglich Verwaltungseinnahmen)	58 735
Digitale Innovationen	58 130
Hilfe für landwirtschaftliche Betriebe aufgrund von Marktkrisen	58 000
Strompreiskompensation	56 112
Baukostenzuschüsse an private Unternehmen des kombinierten Verkehrs	54 083
Allgemeine kulturelle Angelegenheiten (ohne Zahlungen an Länder)	51 014
Mikroelektronik für die Digitalisierung	50 000
Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie	50 000
Summe der Zuwächse über 50 Mill. Euro	6 323 732
Summe der Zuwächse unter 50 Mill. Euro	1 248 091
Summe der Abwächse	-2 188 968
Finanzhilfezuwachs insgesamt	5 382 855

Quelle: BMF (c); Deutscher Bundestag (2016); eigene Berechnungen.

nicht enthalten, der vom Bund zur Aufrechterhaltung des Flugbetriebs bis November 2017 aus Mitteln der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) geleistet wurde. Dieser soll nach den Planungen aus dem Erlös der Start- und Landerechte (Slots) zurückgezahlt werden und wäre (allerdings nur dann) nicht haushaltswirksam. Presseberichte weisen darauf hin, dass der Bund wohl nicht die volle garantierte Summe zurückerhalten dürfte (siehe z.B. Spiegel online 2018 und Tagesschau 2018).

Tabelle 4:

Finanzhilfen des Bundes nach begünstigten Wirtschaftssektoren und Subventionszielen 2005–2017 (in Mill. Euro)^a

	2005	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
I Sektorspezifische Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen	26 415	25 133	23 060	28 290	25 047	24 677	24 399	24 436	24 391	25 142	26 998	29 009
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	2 178	2 156	2 438	2 404	2 549	2 283	2 089	2 136	2 208	2 129	2 331	2 657
Bergbau	2 211	2 245	2 273	1 816	1 734	1 748	1 556	1 522	1 629	1 516	1 727	1 474
Schiffbau	52	30	23	8	10	10	9	10	9	9	12	26
Verkehr	18 063	18 008	15 770	17 211	16 736	17 294	17 591	17 926	17 707	18 428	19 822	20 086
Wohnungsvermietung	2 181	1 598	1 463	1 604	1 918	1 804	1 818	1 680	1 450	1 468	1 410	1 603
Luft- und Raumfahrzeugbau	39	79	82	113	149	137	123	129	125	139	146	156
Entsorgung radioaktiver Abfälle	85	90	89	168	153	179	156	202	216	176	245	74
Sonstige Unternehmenssektoren	1 606	926	923	4 967	1 798	1 222	1 059	831	1 047	1 277	1 305	2 934
II Branchenübergreifende Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen	5 157	5 676	5 878	6 268	6 084	5 269	4 810	4 526	5 312	5 155	5 278	7 614
Regionalpolitik, Strukturpolitik	964	707	713	760	671	714	718	482	648	586	536	585
Umwelt, rationelle Energieverwendung	334	353	506	832	763	607	916	1 040	1 534	1 503	1 992	3 794
Beschäftigungspolitik	2 277	2 983	2 954	2 809	2 607	1 824	1 216	1 012	1 127	1 010	690	953
Förderung von Qualifikation	294	282	293	336	382	487	523	519	502	495	517	648
Förderung von Innovationen etc.	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Mittelstandsförderung	1 209	1 265	1 321	1 414	1 535	1 500	1 302	1 329	1 347	1 391	1 387	1 466
Förderung sonstiger Unternehmensfunktionen	78	86	92	116	125	137	135	144	154	170	156	167
III Finanzhilfen an Unternehmen insgesamt (I + II)	31 572	30 810	28 938	34 559	31 130	29 946	29 209	28 962	29 703	30 297	32 276	36 623
IV Allokationsverzerrende Transfers und Zuwendungen an private und staatliche Organisationen ohne Erwerbszweck	3 166	3 216	3 250	8 292	13 078	16 470	15 150	12 817	11 716	12 651	15 319	15 855
Krankenhäuser, GKV	2 504	2 501	2 505	7 205	11 804	15 304	14 004	11 504	10 524	11 537	14 044	14 553
Kindertagesstätten, Kinderkrippen	1	1	63	344	535	419	343	482	362	205	288	2
Theater, Museen, sonstige Kulturanbieter	374	429	386	440	428	442	504	527	507	531	591	745
Kirchen, Religionsgemeinschaften	13	7	10	10	9	9	13	13	13	13	15	19
Sport, Freizeit	124	111	127	131	136	133	130	132	136	153	166	316
Sonstige Empfänger	150	166	160	162	167	163	156	158	174	212	215	220
V Finanzhilfen insgesamt (III + IV)	34 738	34 025	32 188	42 851	44 209	46 416	44 359	41 779	41 419	42 949	47 594	52 477

^aOhne Kompensationszahlungen des Bundes an die Länder, die seit 2007/08 geleistet werden, als der Bund sich aus der Förderung nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz und des sozialen Wohnungsbaus zurückgezogen hatte. Die entsprechenden Beträge sind als Summe in Tabelle 1 und aufgeschlüsselt am Ende der Anhangtabelle A1 enthalten.

Quelle: BMF (c); Deutscher Bundestag (2017); eigene Berechnungen.

2 Dominanz der sektorspezifischen Finanzhilfen des Bundes

Adressaten der Finanzhilfen sind einzelne Unternehmen oder einzelne genau spezifizierte Sektoren oder sie werden sektorübergreifend an Unternehmen verschiedener Branchen gewährt oder sie begünstigen produzierende Institutionen im (halb-)staatlichen Bereich, die keine Gewinnerzielungsabsicht haben – wie etwa gesetzliche Krankenversicherungen, Theater oder Sportstätten in öffentli-

cher Trägerschaft –, die aber marktfähige Güter vertreiben. Auch zweckgebundene Transfers an Haushalte können dann unter die Subventionen fallen, wenn sie für den Konsum spezifischer Güter und Leistungen gewährt werden und zu einer Begünstigung der Hersteller dieser Güter führen. Im Jahr 2016 hat der Bund 56,7 Prozent der Finanzhilfen sektorspezifisch an Unternehmen vergeben (Tabelle 5). Im Jahr 2005 waren es noch 76 Prozent gewesen. Nur 11,1 Prozent der Hilfen sind branchenübergreifend an Unternehmen geflossen. Die allokatonsverzerrenden Transfers und Zuwendungen an private und staatliche Organisationen ohne Erwerbszweck, die ebenfalls sektorspezifisch gewährt werden, sind von 9,1 Prozent im Jahr 2005 auf 32,2 Prozent im Jahr 2016 ausgeweitet worden. Der Gipfel war im Jahr 2011 mit 35,5 Prozent erreicht worden, als der Bundeszuschuss an die gesetzlichen Krankenversicherungen mit 15,3 Mrd. Euro einen Höhepunkt erreicht hatte. Vor allem dieser Zuschuss ist für den Anteilszuwachs der allokatonsverzerrenden Transfers und Zuwendungen an private und staatliche Organisationen ohne Erwerbszweck verantwortlich.

Tabelle 5:
Grobstruktur der Finanzhilfen des Bundes 2005–2017 (in Mill. Euro und in Prozent)

	2005	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
I Sektorspezifische Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen	26 415	25 133	23 060	28 290	25 047	24 677	24 399	24 436	24 391	25 142	26 998	29 009
In Prozent der gesamten Finanzhilfen	76,0	73,9	71,6	66,0	56,7	53,2	55,0	58,5	58,9	58,5	56,7	55,3
II Branchenübergreifende Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen	5 157	5 676	5 878	6 268	6 084	5 269	4 810	4 526	5 312	5 155	5 278	7 614
In Prozent der gesamten Finanzhilfen	14,8	16,7	18,3	14,6	13,8	11,4	10,8	10,8	12,8	12,0	11,1	14,5
III Finanzhilfen an Unternehmen insgesamt (I + II)	31 572	30 810	28 938	34 559	31 130	29 946	29 209	28 962	29 703	30 297	32 276	36 623
In Prozent der gesamten Finanzhilfen	90,9	90,5	89,9	80,6	70,4	64,5	65,8	69,3	71,7	70,5	67,8	69,8
IV Allokationsverzerrende Transfers und Zuwendungen an private und staatliche Organisationen ohne Erwerbszweck	3 166	3 216	3 250	8 292	13 078	16 470	15 150	12 817	11 716	12 651	15 319	15 855
In Prozent der gesamten Finanzhilfen	9,1	9,5	10,1	19,4	29,6	35,5	34,2	30,7	28,3	29,5	32,2	30,2
V Finanzhilfen insgesamt (III + IV)	34 738	34 025	32 188	42 851	44 209	46 416	44 359	41 779	41 419	42 949	47 594	52 477
In Prozent der gesamten Finanzhilfen	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: BMF (c); Deutscher Bundestag (2016); eigene Berechnungen.

Mit für 2017 geplanten 20,1 Mrd. Euro ist der Sektor Verkehr bei den *sektorspezifischen Finanzhilfen* der bedeutsamste Finanzhilfeempfänger (Tabelle 4), wobei die *direkten Finanzhilfen* 11,6 Mrd. Euro ausmachen.⁴ Darunter sind die Zahlungen an das Bundeseisenbahnvermögen für die Pensionen der Ruheständler in Höhe von 5,2 Mrd. Euro besonders bedeutsam (siehe Tabelle A1 im Anhang). 5,3 Mrd. Euro fließen insgesamt an die Eisenbahnunternehmen, 377 Mill. Euro an Unternehmen des mautpflichtigen Güterverkehrs. Unter den *indirekten Finanzhilfen des Bundes* an Verkehrsunternehmen fallen die an die Länder gezahlten und von diesen an die SPNV-Betreiber weitergegebenen Regionali-

⁴ Direkte Finanzhilfen werden vom Bund direkt an die Empfänger ausgezahlt, während bei den indirekten eine weitere Haushaltsebene dazwischengeschaltet ist. Bei letzteren liegt dann beim Bund zwar die Zahllast, aber die Leistungen werden entweder von den Ländern oder den Gemeinden an die Empfänger vergeben.

sierungsmittel mit 8,1 Mrd. Euro besonders ins Gewicht. 235 Mill. Euro zahlt der Bund an die Länder für die Schieneninfrastruktur des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV).⁵

Innerhalb der Gruppe der sektorspezifischen Finanzhilfen an Unternehmen ist in einigen Fällen ein Rückgang zu verzeichnen. Das betrifft etwa jene zugunsten des Bergbaus, die deutlich zurückgegangen sind (Tabelle 4). Im Jahr 2005 ist der Steinkohlebergbau noch mit 2,2 Mrd. Euro bezuschusst worden, für das Jahr 2017 waren nur mehr Fördermittel in Höhe von 1,5 Mrd. Euro eingeplant, und im laufenden Jahr soll die Förderung aufgrund der „kohlepolitische Verständigung vom 7. Februar 2007“, mit der ein Abbauplan für die Steinkohlesubventionen bis zum Jahr 2018 beschlossen worden ist, auslaufen.

Auch die Finanzhilfen für den Sektor Wohnungsvermietung waren mit 1,6 Mrd. Euro tendenziell auf dem Rückzug (2005: 2,2 Mrd. Euro; Tabelle 4). Gewichtige verbliebene Posten waren die Zinszuschüsse an die KfW für das Gebäudesanierungsprogramm zur CO₂-Minderung (455 Mill. Euro), Prämien nach dem Wohnungsbauprämienengesetz (265 Mill. Euro) und die Förderung städtebaulicher Maßnahmen (628 Mill. Euro), die indirekt über die Länderhaushalte abgewickelt wird (Tabelle A1). Nicht in der Summe enthalten sind die Kompensationszahlungen des Bundes an die Länder wegen Beendigung der Finanzhilfen des Bundes zur sozialen Wohnraumförderung. Sie haben im Jahr 2015: 518 Mill. Euro betragen und sind in den Jahren 2016 und 2017 jeweils um 500 Mill. Euro aufgestockt worden, weil durch die Unterbringung von Flüchtlingen zusätzlicher Bedarf entstanden ist.

Andere Bundesfinanzhilfen sind 2017 dagegen deutlich aufgestockt worden. Mit 2,9 Mrd. Euro liegt etwa das Fördervolumen, das im Jahr 2017 an die „sonstigen Unternehmenssektoren“ fließen sollte, um 1,3 Mrd. Euro über dem im Jahr 2005 erreichten Niveau. Nur im Krisenjahr 2009, als die Abwrackprämie gezahlt worden ist, sind höhere Zuschüsse geleistet worden. Hinter den aktuellen Werten steht die geplante Unterstützung des Breitbandausbaus, die mit 500 Mill. Euro zu Buche schlägt. Außerdem waren für die Inanspruchnahme aus Bürgschaften, Garantien und Gewährleistungen 1,5 Mrd. Euro eingeplant. Das ist mehr als das Doppelte des Ist-Wertes für das Jahr 2016.

Bei der Land- und Forstwirtschaft sowie Fischerei, einem der traditionell bevorzugten Sektoren der Subventionspolitik, ist im Zeitablauf wenig Veränderung beim Umfang der vom Bund gewährten Finanzhilfen zu beobachten. Am aktuellen Rand zeigt die Zeitreihe allerdings einen gewissen Anstieg: Im Jahr 2017 sollte dieser Sektor mit 2,7 Mrd. Euro vom Bund bezuschusst werden (Tabelle 4). Besonders ins Gewicht fallen die Ausgaben für landwirtschaftliche Sozialpolitik in Höhe von 1,67 Mrd. Euro. Davon erhalten die Träger der Krankenversicherung der Landwirte 1,45 Mrd. Euro und die Träger der landwirtschaftlichen Unfallversicherung 178 Mill. Euro. Ferner werden Zuschüsse zur Gewährung einer Rente an Kleinlandwirte bei Landabgabe und zur Förderung der Einstellung der landwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit gezahlt (zusammen 40 Mill. Euro). Für die Gemeinschaftsaufgabe zahlt der Bund für die Verbesserung der Agrarstruktur und für Dorferneuerung Zuschüsse in Höhe von schätzungsweise 470 Mill. Euro (Tabelle A1 im Anhang). Zur Gesamtsumme der Bundesfinanzhilfen im engeren Sinne von 2,7 Mrd. Euro kommen im Übrigen noch knapp 5 Mrd. Euro hinzu, welche als Finanzhilfen für landwirtschaftliche Marktordnungsausgaben aus dem EU-Haushalt fließen und als durchlaufender Posten im Bundeshaushalt als Anlage 1 zum Einzelplan 10 des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft verbucht sind (BMF b, 2017: 1216–1228). Tabelle 6 gibt die entsprechende Zeitreihe seit dem Jahr 2000 wieder.

⁵ Angesichts der besonderen Rolle des Verkehrssektors als Subventionsempfängers wird in einem gesonderten Kieler Beitrag zur Wirtschaftspolitik ein separater Schwerpunktbericht zu den Verkehrssubventionen erscheinen.

Tabelle 6:
Finanzhilfen der Europäischen Union im Agrarbereich 2000–2017 (Mill. Euro)

Jahre	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Summe	5 938	6 243	6 166	6 453	6 152	6 255	7 707	5 152	5 101	5 990	5 551	5 522	5 416	5 173	5 040	4 298	5 011	4 981

Quelle: BMF (b; c).

Unter den *branchenübergreifenden Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen*, die 2016 gut ein Zehntel und 2017 ein Siebentel der Leistungen des Bundes an Unternehmen ausmachten, haben insbesondere jene zugunsten von Umwelt und rationeller Energieverwendung stark zugenommen. Während sich die Zuschüsse im Jahr 2005 auf 334 Mill. Euro beziffert haben, waren für das Jahr 2017 mehr als das Zehnfache, und zwar 3,8 Mrd. Euro, veranschlagt. Seit dem Jahr 2011 betreibt die Bundesregierung im Übrigen nicht nur über den Bundeshaushalt Energie- und Umweltpolitik, sondern auch über einen neu installierten Sonderfonds. Der Energie- und Klimafonds sollte im Jahr 2017 knapp 3 Mrd. Euro ausgeben, davon 927 Mill. Euro für das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm, 627 Mill. Euro für Energieeffizienz, 437 Mill. Euro für die Elektromobilität, 346 Mill. Euro für Pumpen- und Heizungsoptimierung und 300 Mill. Euro für Strompreiskompensation (Tabelle A1).

Zurückgegangen sind innerhalb der Gruppe der branchenübergreifenden Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen hingegen wegen der Entspannung am Arbeitsmarkt die beschäftigungspolitisch motivierten Leistungen des Bundes (2005: 2,3 Mrd. Euro, 2017: 953 Mill. Euro). Sie bestehen vor allem aus Eingliederungszuschüssen und Zuschüssen zu Beschäftigung schaffenden Maßnahmen. Dass der Rückgang der Zahlungen nicht noch ausgeprägter ausfällt, liegt daran, dass im Jahr 2017: 300 Mill. Euro für Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen verausgabt werden sollten.

Der Mittelstand sollte im Jahr 2017 mit 1,5 Mrd. Euro gefördert werden (2005: 1,2 Mrd. Euro). Mit 548 Mill. Euro schlägt das zentrale Innovationsprogramm besonders zu Buche. Für Regional- und Strukturpolitik waren 585 Mill. Euro vorgesehen (2005: 964 Mill. Euro). Mit schätzungsweise 400 Mill. Euro fördert der Bund betriebliche Investitionen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“, 161 Mill. Euro sollten in innovative Regionen der neuen Bundesländer fließen.

Die dritte Gruppe von Finanzhilfen, die *allokationsverzerrenden Transfers und Zuwendungen an private und staatliche Organisationen ohne Erwerbszweck*, die vom IfW als Subventionen im weiteren Sinne (oder „weiche“ Subventionen) dokumentiert werden, hat im Laufe der Jahre deutlich an Bedeutung gewonnen. Ihr Anteil ist von knapp 10 Prozent im Jahr 2005 seit 2010 auf rund ein Drittel der Finanzhilfen des Bundes gestiegen. Unter diesen Leistungen ist aktuell der – bereits angesprochene – Bundeszuschuss an die gesetzlichen Krankenversicherungen besonders bedeutsam (2017: 14,5 Mrd. Euro). Er ist im Jahr 2004 eingeführt worden und bezifferte sich damals auf 1 Mrd. Euro. Für Kinderbetreuung sind innerhalb der Jahre 2008 bis 2016 Zahlungen aus dem Sondervermögen des Bundes „Kinderbetreuungsausbau“ angefallen, für das laufende Jahr sind keine Zuschüsse mehr vorgesehen. Eine Aufstockung ist bei den Finanzhilfen an Theater, Museen und sonstige Kulturanbieter zu verzeichnen (2017: 745 Mill. Euro, 2005: 374 Mill. Euro). Auch im Bereich „Sport und Freizeit“ sind höhere Beträge vorgesehen.

3 Steuervergünstigungen durch Sondereffekte gedrückt

Die im Jahr 2013 wegen vorgezogener Erbübergänge durch Schenkungen abrupt gestiegenen Einnahmeausfälle durch Erbschaftsteuerbefreiung und -minderung beim Übergang von Betriebsvermögen an den/die Unternehmensnachfolger im Vorfeld des Urteils des Bundesverfassungsgerichts und der anstehenden Erbschaftsteuerreform ebden seit 2015 wieder ab (Tabelle A2 im Anhang). Im Jahr 2018 werden sie um 4 Mrd. Euro unter dem Höchststand liegen. Dies drückt die Entwicklung der Steuervergünstigungen am aktuellen Rand. Im Jahr 2017 betragen die Steuervergünstigungen insgesamt 62,1 Mrd. Euro (2015: 62,4 Mrd. Euro) (Tabelle 7). Ohne den Sondereffekt der Steuerausfälle, aufgrund der Erbschaftsteuervergünstigung gerechnet, nahmen die Steuervergünstigungen von 52,7 Mrd. Euro im Jahr 2015 auf 54 Mrd. Euro im Jahr 2017 zu, im Jahr 2018 steigen sie abermals auf 56,3 Mrd. Euro.

Tabelle 7:
Steuervergünstigungen nach begünstigten Sektoren und Subventionszielen 2000–2017 (in Mill. Euro)

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
I Sektorspezifische Steuervergünstigungen zugunsten von Unternehmen	21 563	23 144	24 447	25 568	25 346	26 403	25 973	25 328	24 436	24 930	24 378	20 883	20 593	20 152	20 240	20 900	21 059	21 475
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	969	1 030	1 246	1 357	1 417	1 289	1 048	576	626	821	894	954	925	1 181	1 161	1 196	1 216	1 216
Bergbau	44	33	27	25	25	25	21	11	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Verkehr	1 432	1 582	1 577	1 610	1 555	2 388	2 108	2 367	2 686	2 523	2 640	2 633	2 501	2 575	2 592	2 761	2 829	2 933
Wohnungsvermietung	10 176	10 334	10 735	11 276	11 059	10 425	9 431	7 853	6 399	6 816	5 164	2 703	1 696	698	323	314	283	278
Sonstige Unternehmenssektoren	8 942	10 165	10 862	11 300	11 290	12 276	13 365	14 521	14 724	14 770	15 680	14 593	15 471	15 698	16 164	16 629	16 731	17 048
II Branchenübergreifende Steuervergünstigungen zugunsten von Unternehmen	9 544	6 922	6 731	6 452	7 150	7 474	6 435	8 743	8 559	7 283	7 432	6 967	6 623	15 692	16 345	15 760	14 772	13 846
Regionalpolitik, Strukturpolitik	2 557	2 663	2 489	2 076	1 921	2 228	1 304	1 248	1 355	1 488	1 106	942	969	1 194	790	269	132	71
Steuervergünstigungen zugunsten mehrerer Sektoren	6 987	4 259	4 242	4 376	5 229	5 246	5 131	7 495	7 204	5 795	6 326	6 025	5 654	14 498	15 555	15 491	14 640	13 775
III Steuervergünstigungen im engeren Sinne insgesamt (I + II)	31 107	30 066	31 178	32 020	32 496	33 877	32 408	34 071	32 995	32 213	31 810	27 850	27 216	35 844	36 585	36 660	35 831	35 321
IV Allokationsverzerrende Transfers und Zuwendungen an private und staatliche Organisationen ohne Erwerbszweck	18 575	19 541	19 887	20 261	19 639	18 136	18 201	20 105	20 347	22 810	22 750	23 253	23 724	24 792	25 219	25 785	26 350	26 750
Kirchen, Religionsgemeinschaften	3 480	3 200	3 350	3 600	3 750	3 000	3 100	3 070	3 150	2 800	2 730	3 040	3 210	3 540	3 650	3 770	3 890	3 790
Steuervergünstigungen zugunsten mehrerer Sektoren	6 745	7 191	7 387	7 511	7 579	7 696	7 706	9 640	9 802	12 615	12 625	12 818	13 119	13 857	14 174	14 620	15 065	15 565
Sonstige haushaltsbezogene Steuervergünstigungen	8 350	9 150	9 150	9 150	8 310	7 440	7 395	7 395	7 395	7 395	7 395	7 395	7 395	7 395	7 395	7 395	7 395	7 395
V Steuervergünstigungen im weiten Sinn insgesamt (III + IV)	49 682	49 607	51 065	52 281	52 135	52 013	50 609	54 176	53 342	55 023	54 560	51 103	50 940	60 636	61 804	62 445	62 181	62 071

Quelle: BMF (a); Koch und Steinbrück (2003); eigene Berechnungen.

Im Jahre 2017 wurde der Unternehmenssektor durch sektorspezifische oder branchenübergreifende Maßnahmen mit 34,3 Mrd. Euro begünstigt, 26,8 Mrd. Euro entfielen auf Haushalte und Organisationen ohne Erwerbszweck. Gegenüber dem Jahr 2005 hat der Anteil der „weichen Steuervergünstigungen“ deutlich zugenommen. Dies hat seine Ursache in der Kürzung von Steuervergünstigungen zugunsten der Wohnungswirtschaft und im Bereich der Regionalpolitik. Gleichzeitig sind die Steuervergünstigungen zugunsten mehrerer Sektoren zügig expandiert, was vor allem an den Umsatzsteuerpräferenzen im Gesundheitswesen und im kulturellen Sektor liegt.

4 Kostenlose Vergabe von CO₂-Zertifikaten

Anfang 2005 ist der EU-Handel mit Lizenzen zur Emission von CO₂ als Instrument der Klimapolitik in Kraft getreten, um marktwirtschaftliche Anreize für umweltfreundlichere Technologien zu setzen und die Treibhausgasemissionen zu senken. Dabei wird seitens der EU hoheitlich festgelegt, wie viel Tonnen CO₂ jährlich emittiert werden dürfen und wie diese Kontingente auf die Mitgliedstaaten verteilt werden. Dabei werden die Kontingente im Zeitablauf schrittweise gesenkt. Die erfassten Unternehmen aus der Stromerzeugung und der Industrie müssen handelbare und unbegrenzt gültige Verschmutzungslizenzen erwerben, wenn sie CO₂ ausstoßen wollen.

In der ersten Handelsperiode, die von 2005 bis 2007 reichte, sind alle Emissionsrechte kostenfrei an die teilnahmepflichtigen Unternehmen verteilt worden. In der zweiten Handelsperiode von 2008 bis 2012 wurden rund 90 Prozent der Zertifikate kostenfrei zugeteilt, während der Anteil der entweder verkauften oder über Auktionen versteigerten Lizenzen bis 2012 nur bei rund 10 Prozent lag (siehe dazu Anhangtabelle A3, 1. und 2. Datenzeile). Ab dem Jahr 2013, also nunmehr in der dritten Handelsperiode, wird der Anteil der versteigerten Zertifikate schrittweise gesteigert, bis im Jahr 2027 schließlich 100 Prozent der Zertifikate über den Markt zum jeweils gültigen Preis vergeben werden.⁶ Eine wesentliche Änderung hat sich mit dem Jahr 2013 zudem dadurch ergeben, dass ab diesem Jahr für Energieerzeuger keine Zertifikate mehr kostenfrei abgegeben werden, so dass diese Unternehmen alle von ihnen benötigten Zertifikate zum Marktpreis erwerben müssen. Ab 2012 ist auch der Luftverkehr in das Zertifikatssystem einbezogen, doch werden hier nach wie vor erhebliche Zugeständnisse gemacht, bis eine endgültige, auch international akzeptable Regelung gefunden worden ist.

Die Zeitreihe über alle erfassten Bereiche zeigt einen stark fallenden Verlauf der betreffenden Einnahmeverzichte, weil seit dem Jahr 2005 der Preis für die Zertifikate stark gefallen ist. Hatte der Bund zugunsten der subventionierten Unternehmen am Anfang auf Einnahmen in Höhe von knapp 11 Mrd. Euro verzichtet, waren es am aktuellen Rand nur mehr 836 Mill. Euro, die zu den Steuererleichterungen aus Abschnitt 3 hinzuzuzählen sind (Anhangtabelle A3).

⁶ Boss und Klodt et al. (2011: 44); European Parliament and European Council (2009: Ziffern 11 und 21).

5 Die Kieler Subventionsampel – ein Versuch, Subventionen nach ihrer graduellen Schädlichkeit zu kategorisieren

5.1 Grundsätzliche Überlegungen

In diesem Abschnitt wird der Versuch unternommen, die wichtigsten Finanzhilfen des Bundes und die größten Steuervergünstigungen im Hinblick auf deren graduelle Schädlichkeit zu kategorisieren. Damit wird ein Ansatz wiederaufgenommen, den das Institut für Weltwirtschaft schon im Jahr 2011 angewendet hat, als in einer umfangreichen Studie zu Konsolidierungspotenzialen im Bundeshaushalt und bei Steuervergünstigungen (Boss, Klodt et al. 2011) sowie im Kiel Policy Brief 28 (Boss et al. 2011) untersucht wurde, inwieweit eine ersatzlose Streichung oder eine Kürzung von Subventionen möglich sei.

Die seinerzeit entwickelte Subventionsampel zeigte bei denjenigen Subventionen „rot“, die aus gesamtwirtschaftlicher Sicht ersatzlos gestrichen werden sollten. Wenn dagegen der gesamtwirtschaftliche Nutzen einer Maßnahme zwar begründbar, aber umstritten war, oder wenn es sich zeigte, dass die entsprechenden Ziele auch durch eine effizientere Gestaltung der Maßnahmen erreicht werden konnten, dann zeigte die Ampel auf „gelb“ und signalisierte Kürzungspotenziale. Ein „grünes“ Ampelsignal gab es dagegen bei denjenigen Subventionen, bei denen ein Abbau aus den verschiedensten Gründen nicht in Frage kam. Das konnte z.B. bei der Bewältigung von Altlasten der Fall sein oder wenn die Verzerrungen aufgrund der Subventionen eher gering waren (Boss et al. 2011: 1). Daneben wurden auch noch Unterkategorien angeführt, etwa in „orange-gelb“, wenn eine Maßnahme aus ökonomischer Sicht als entbehrlich eingestuft werden konnte, jedoch mit so hohen rechtlichen oder vertragstechnischen Hürden versehen war, dass ein Abbau oder eine wesentliche Kürzung schwierig wäre (Boss, Klodt et al. 2011: 100–101).

Die Einführung der Subventionsampel beruhte auf der Erkenntnis, dass für oder gegen die denkbaren Strategien zur Begrenzung der Subventionen – (a) eine gezielte Abschaffung/Kürzung einer Einzelsubvention und (b) die „Rasenmähermethode“, bei der alle Subventionen um einen für alle gleichen Prozentsatz gekürzt werden – jeweils eine Reihe von guten ökonomischen und politökonomischen Argumenten spricht.

(a) Eine gezielte Abschaffung oder Kürzung von einzelnen Subventionen wäre einfacher, wenn es belastbare empirisch gestützte Quantifizierungen für die Wirkungen aller einzelnen Subventionen gäbe. Das ist aber kaum möglich, zumal es vielfach Zweitrundeneffekte gibt, die nicht notwendigerweise in eine Kalkulation eingehen. Zudem lässt sich für fast jede isolierte Subvention eine Argumentationslinie finden, die eine plausibel klingende Begründung für gesamtwirtschaftliche Vorteile liefert. Weil die Interessen an einer Subvention bei den Empfängern (und deren Verbänden) konzentriert sind, werden diese die entsprechenden Argumente mit besonderer Verve vertreten, und Diskussionen mit den entsprechenden Verbänden enden häufig mit dem unbefriedigenden Ergebnis, dass es praktisch keine Kürzungspotenziale gibt. Das ist die politökonomische Seite eines Versuchs, Einzelsubventionen zu kürzen.

(b) Die alternative Rasenmähermethode ist daher ein Versuch, diese politökonomischen Schwierigkeiten zu umgehen, indem man jedem einzelnen Subventionsempfänger das gleiche Kürzungs„leid“ angedeihen lässt. Damit wäre der Widerstand geteilt und auf viel mehr Schultern verteilt, insgesamt also geringer. Gleichwohl hat die Rasenmähermethode den Nachteil, dass bei einer pauschalen Kürzung „...“

dem Rasenmäher vielleicht auch dieses oder jenes Pflänzchen zum Opfer fallen dürfte, das vielleicht erhaltenswert gewesen wäre oder nur eines schwächeren Rückschnitts bedurft hätte“ (Boss, Klodt et al. 2011: 98) – sprich: Die Annahme, dass alle Subventionen gleich schädlich wären, ist kaum realistisch.

Insofern stellt die hier wieder aufgenommenen Subventionsampel einen Kompromiss zwischen den beiden skizzierten Strategien dar und soll Hinweise geben, in welche Gruppen sich die in Deutschland gewährten Subventionen nach einem ungefähren Grad der Schädlichkeit eingruppiert lassen und welche Prioritäten sich finden lassen, wenn es um eine Kürzung von Subventionen geht.

Ein Problem ist freilich, dass eine einfache Ampel „grün-gelb-rot“ für „gute, erträgliche jedoch kürzbare und schlechte“ Subventionen dem vielschichtigen Charakter dieser pekuniären Staatshilfen möglicherweise nicht hinreichend gerecht werden kann. Denn die Problematik im jeweiligen Einzelfall ist häufig sehr unterschiedlich, und es gibt zahlreiche Dimensionen von Marktbeeinflussung und den daraus resultierenden Verzerrungen. Daher wird hier zusätzlich zum einfachen Ampelkonzept gewissermaßen eine mehrdimensionale Ampel zur Beurteilung der Subventionen angestrebt, bei der zu den Ampelstellungen mittels unterschiedlicher Kommentaranmerkungen auf die Art der Verzerrung, der Wirkung oder einer Alternative hingewiesen wird. Diese Anmerkungen sollen die Ampelschaltung unterstützen und konkreter und transparenter machen. Sie werden in den beiden Ampel-Tabellen mittels im Folgenden erläuterten plakativer Buchstaben dargestellt. Dabei könnten einzelne Subventionen durchaus mehrere der folgenden Kategorien erfüllen, werden aber einer Hauptkategorie zugeordnet. Zur Schädlichkeit können allerdings nur Vermutungen angestellt werden, denn für eine umfassende Wirkungsanalyse fehlen die personellen Ressourcen und vielfach auch die erforderlichen Informationen. Letztlich kann eine solche Kategorisierung auch kaum von Werturteilen frei sein. Es ergeben sich dabei allerdings in einer Reihe von Fällen bereits Hinweise für eine engere Korrelation zwischen Ampelstellung und Kategorie.

- **Wettbewerbs**Verzerrung „V“

Diese Grundkategorie trifft eigentlich auf die meisten Subventionen zu, weil die Gewährung von Beihilfen und Steuerermäßigungen an die Erfüllung bestimmter politisch bestimmter Kriterien gebunden ist und daher nur bestimmte Empfänger in den Genuss von Subventionen kommen. Es wird also unter den Empfängern/Nichtempfängern diskriminiert, zudem werden die Finanzierungslasten der Subvention auf die Zahler – meist die Steuerzahler – abgewälzt.

- **Z**weifelhafte Wirkung oder Nebenwirkung „Z“

Eine weitere Grundkategorie besteht in einer eher zweifelhaften Wirkung. An manchen Subventionen ist in der Literatur wiederholt Skepsis an deren Wirksamkeit geäußert worden. Dies kann sich auch auf unerwünschte Nebenwirkungen beziehen, die eine sonst vielleicht positiv anzusehende Maßnahme per saldo als nicht empfehlenswert erscheinen lassen.

- **V**orteil alternativer **O**rdnungspolitischer Maßnahmen „O“

Statt Geld in die Hand zu nehmen, um ein gewünschtes Marktergebnis aus Sicht der Politik zu erzielen, sind in vielen Fällen ordnungspolitische Maßnahmen vorzuziehen, mit denen die Verhaltensweisen der Marktteilnehmer beeinflusst werden können. Das kann zum Beispiel im Umweltbereich eine allgemeine Bepreisung von CO₂-Emissionen sein, die den Marktteilnehmern signalisieren und Anreize geben, auf Güter und Dienste mit geringeren Emissionen umzusteigen.

- **Infrastruktursubventionen „I“**

Diese werden im amtlichen Subventionsbericht des Bundesfinanzministeriums nicht erfasst mit der Begründung, dass Infrastrukturinvestitionen eine notwendige Bedingung für das Funktionieren einer Marktwirtschaft seien. Insofern sieht das Bundesfinanzministerium die Ausgaben für die Infrastruktur der Deutschen Bahn generell als „grün“ und absolut gerechtfertigt an. Im Kieler Subventionsbericht werden sie aber sehr wohl erfasst.

Während das Infrastrukturargument nicht völlig negiert werden kann (etwa weil mit einem defizitären und subventionierten Nahverkehr eine Optionsnachfrage befriedigt werden kann⁷), bedarf es dennoch der Qualifikation. Denn Infrastrukturinvestitionen sind nicht per se gut=grün, sondern können auch gigantische Fehlplanungen und Mittelverschwendungen mit sich bringen. Als Beispiele seien das höchst umstrittene Bahnprojekts „Stuttgart21“ der DB AG und das Desaster mit dem neuen Berliner Großflughafen BER genannt.⁸ Da den pauschalen Finanzhilfen des Bundes für die Bahn nicht angesehen werden kann, für welche konkreten Projekte sie letztlich verwendet wurden, und nähere Angaben zu Projektevaluationen fehlen, können die entsprechenden Finanzhilfen kaum anders als „gelb“ eingestuft werden. Dabei sollte aber nicht übersehen werden, dass selbst Beihilfen für perfekt durchgeführte Investitionsvorhaben – also solche, die nicht zu einer Fehlinvestition zu werden drohen – dennoch Subventionscharakter haben. Das gilt auch dann, wenn sie im Rahmen eines stimmigen Verkehrsentwicklungsplans getätigt werden und tatsächlich zu einer Verbesserung der Verkehrssituation führen.

Andererseits sind in dieser Kategorie auch Finanzhilfen, wie etwa die Regionalisierungsmittel, enthalten, die der Bund den Ländern überlässt. Mit diesen wird in diesem Bereich im Idealfall Wettbewerb unter den Anbietern von Schienenpersonennahverkehr veranstaltet, die von den Ländern mit der Durchführung von Nahverkehrsleistungen beauftragt werden. Bei Wettbewerb werden daher Effizienzgewinne ermöglicht. Hier würde eine Bewertung zumindest in Richtung hellgelb oder gar grün erfolgen können.

- **Anmaßung von Wissen im Sinne von Hayek durch Subventionen „H“**

Eine besonders verzerrende Subventionen könnte etwa darin bestehen, dass nur eine bestimmte Technologie gefördert wird, während Alternativen, die in der Ex-post-Betrachtung möglicherweise besser zum verfolgten Ziel geführt hätten, nicht gefördert werden. Hinter dieser Art von Subventionen steckt das Hayek'sche Konzept der Anmaßung von Wissen durch staatliche Stellen⁹, die zu wissen glauben, was fortschrittlich und erfolgreich sei.¹⁰ In diese Kategorie fallen etwa alle Innovationssubventionen, aber auch die Mittelstandspolitik, jedenfalls sofern die Hilfen nicht als „technologieoffen“ gelten können.

⁷ Siehe zu dieser Argumentation Blankart (1977: 430–431 und 438).

⁸ In diesem Zusammenhang wäre noch anzumerken, dass es belastbare empirische Studien gibt (z.B. Cantarelli et al. 2010; Flyvbjerg et al. 2003; 2004), die zeigen, dass – von seltenen Ausnahmefällen abgesehen – Infrastrukturinvestitionen generell den Kostenrahmen erheblich gesprengt haben, weil sie zu Beginn zu billig kalkuliert worden waren, um Widerstand gegen das Projekt zu vermeiden.

⁹ Siehe dazu Hayek (1996: 3–15, insb. 6–7 und 14).

¹⁰ Grundsätzlich würde das auch für eine weitere hier aber nicht aufgenommene Kategorie gelten, die der amtliche Subventionsbericht – aus dem Stabilitäts- und Wachstumsgesetz zitierend – aufzählt: die sogenannten Produktivitätssubventionen.

- **Anpassungssubventionen „A“**

Zu den Kategorien, die der amtliche Subventionsbericht – aus dem Stabilitäts- und Wachstumsgesetz zitierend – aufzählt, gehören unter anderem die sogenannten Anpassungssubventionen. Sie sollen dazu dienen, dass sich Wirtschaftszweige oder Unternehmen an neue Rahmenbedingungen besser anpassen können. Während hinter dieser Motivation zunächst eine gute Absicht steckt und zumindest vordergründig der wirtschaftliche Strukturwandel nicht unterbunden wird, hängt die Schädlichkeit letztlich davon ab, wie zeitlich und räumlich terminiert die Subventionen sind. Wenn es wirklich nur vorübergehende Hilfen wären, könnten sie möglicherweise „hellgelb“ gekennzeichnet werden. Sofern sie jedoch mit erheblichen Verzerrungen einhergehen und den Strukturwandel eventuell sogar in eine falsche Richtung lenken oder wenn sie sich sogar als Dauersubventionen herausstellen, dann driften sie in die Kategorien H oder E ab.

- **Erhaltungssubventionen „E“**

In diese Kategorie fallen jene Subventionen, die klar dem Erhalt nicht mehr zeitgemäßer Wirtschaftsstrukturen und nicht mehr konkurrenzfähiger Unternehmen dienen. In diese Kategorie fallen z.B. die Kohlesubventionen, die für den Steinkohlenbergbau gezahlt werden, obwohl hier ein klarer Abbauplan besteht, und ebenso jene, die dem Erhalt der Braunkohletagebaue in Ostdeutschland dienen.

- **Widersprüchliche Subventionen „W“**

Hierunter fallen zahlreiche Steuerermäßigungen und Finanzhilfen im Bereich der Umweltsubventionen. So ist die umfassende Energiesteuer eingeführt worden, um den Energieverbrauch und die damit einhergehenden Schadstoffemissionen zu begrenzen. Zugleich gibt es eine große Anzahl von Steuerermäßigungen gerade für besonders energieintensiv produzierende Unternehmen, so dass diese von der Energiesteuer weniger betroffen sind als solche Verbraucher, die für weniger Emissionen verantwortlich sind. Hier zeigt sich ein Widerspruch: Entweder wird Energiepolitik betrieben oder es wird darauf verzichtet.

- **Groteske Subventionen, deren Sinn von vornherein angezweifelt werden darf „G“**

Hier ist etwa die Steuerermäßigung auf Beherbergungsleistungen zu nennen, deren Einführung eine reine Klientelpolitik war. Aber auch reine Mitnahmeeffekte, bei denen das subventioniert wird, was Subventionsempfänger ohnehin tun würden, können hierzu gezählt werden.

- **Unvermeidliche Subventionen „U“**

Das gegenteilige Extrem sind Subventionen, die – auch angesichts von Transaktionskosten alternativer Maßnahmen – unvermeidlich sind. Das kann aufgrund rechtlicher Verpflichtungen der Fall sein, wie etwa bei den an das Bundeseisenbahnvermögen zu zahlenden Pensionslasten für frühere Beamte der Bundesbahn, oder weil die Transaktionskosten für alternative Lösungen zu hoch sind, wie etwa beim Ersatz der Fahrgeldausfälle für die kostenlose Beförderung von Menschen mit Behinderungen.

5.2 Ergebnisse der Kieler Subventionsampel für die Finanzhilfen des Bundes und die Steuervergünstigungen

Um die relative Schädlichkeit der geleisteten Finanzhilfen des Bundes und seiner Nebenhaushalte sowie der gesamten von den Gebietskörperschaften gewährten Steuervergünstigungen beurteilen zu können, wurden aus beiden Gruppen die betragsmäßig größten Subventionen ausgewählt. Bei den Finanzhilfen des Bundes sind das jene, deren Betrag 100 Mill. Euro übersteigt. Diese Posten machen in

den Jahren 2015 bis 2017 insgesamt 39,6 Mrd. Euro, 44,0 Mrd. Euro und 48,6 Mrd. Euro aus (vgl. Tabelle 8).¹¹ Das sind zwischen 92 und 93 Prozent aller Finanzhilfen des Bundes. Bei den Steuervergünstigungen wurden in Tabelle 9 die 25 größten für die Ampelprüfung ausgewählt. Der Abdeckungsgrad entspricht ziemlich genau demjenigen bei den Finanzhilfen: 2015, 2016 und 2017 waren es jeweils 93 Prozent.¹² Damit dürfte bei beiden Aggregaten ein hinreichender Abdeckungsgrad für die Ampel gewährleistet sein.

Bei den Finanzhilfen des Bundes und seiner Nebenhaushalte ergibt die „Verampelung“ der Subventionen einen in den Jahren 2015 bis 2017 sinkenden Anteil von 15 bis 13 Prozent für die Kategorie „grün“. Das Gros machen die Finanzhilfen der Kategorie „gelb“ aus, also die kürzbaren Subventionen, deren Anteil von 71 auf 74 Prozent stieg. Die als überflüssig anzusehenden Finanzhilfen der Kategorie „rot“ sind von 14 auf 13 Prozent leicht zurückgegangen (Tabelle 8).¹³

Tabelle 8:
Finanzhilfen des Bundes über 100 Mill. Euro 2015–2017 (geordnet nach Beträgen im Jahr 2017, in 1 000 Euro)

Rang Nr.	Beschreibung im Bundeshaushaltsplan / in der Bundeshaushaltsrechnung	2015	2016	2017	Ampel 2010/11	Ampel 2017	Kategorie und Bemerkungen
1	Abgeltung versicherungsfremder Leistungen	11 500 000	14 000 000	14 500 000	n.v.	gelb	V Verzerrung
2	Zuweisungen an die Länder (Regionalisierungsmittel)	7 408 215	8 200 000	8 144 000	gelb	gelb	I Infrastruktur, Tendenz zu gelb/grün
3	Erstattung von Verwaltungsausgaben des Bundeseisenbahnvermögens	5 253 800	5 231 100	5 242 218	grün	grün	U unausweichlich wegen Beamtenrecht, zugleich aber E Erhaltung für alte DB (rot)
4	Infrastrukturbeitrag des Bundes für die Erhaltung der Schienenwege der Eisenbahnen des Bundes	3 350 427	3 652 000	3 078 724	gelb	gelb	I Infrastruktur
5	Zuschuss an die Träger der Krankenversicherung der Landwirte	1 371 130	1 351 062	1 450 000	n.v.	rot	E Erhaltung
6	Investitionszuschuss für Schienenwege	963 000	1 139 300	1 349 978	gelb	gelb	I Infrastruktur
7	Auslandsbezogene Gewährleistungen	498 520	654 072	1 150 000	n.v.	gelb	V Verzerrung
8	Zuschüsse für den Absatz deutscher Steinkohle zur Verstromung, zum Absatz an die Stahlindustrie sowie zum Ausgleich von Belastungen infolge von Kapazitätsanpassungen	1 088 300	1 287 534	1 053 600	rot	rot	E Erhaltung und nicht wirklich A Anpassung, erledigt sich aber bis 2018 von selbst
9	CO ₂ -Gebäudesanierungsprogramm	453 302	536 926	722 400	n.v.	gelb	A Anpassung
10	Förderung städtebaulicher Maßnahmen	445 906	492 775	627 750	n.v.	gelb	I Infrastruktur
11	Leistungen zur Eingliederung in Arbeit (Ableitung siehe Tabelle 15 in Subventionstabellen)	809 000	573 000	550 000	n.v.	gelb	A Anpassung
12	Innovationsförderung, zentrales Innovationsprogramm Mittelstand	555 405	556 738	548 474	rot	rot	H Anmaßung
13	Unterstützung des flächendeckenden Breitbandausbaus	0	0	500 000	n.v.	gelb	I Infrastruktur
14	Förderung der rationalen und sparsamen Energieverwendung – Energieeffizienzfonds	73 088	94 412	462 666	n.v.	gelb	O alternative Maßnahmen
15	Kulturförderung im Inland (ohne Zahlungen an Länder)	333 572	363 200	460 595	n.v.	gelb	V Verzerrung
16	Zinszuschüsse an KfW für Gebäudesanierungsprogramm zur CO ₂ -Minderung	540 473	559 111	455 000	n.v.	gelb	O alternative Maßnahmen
17	F.u.E.: rationelle Energieverwendung, Umwandlungs- und Verbrennungstechnik	126 277	300 630	430 481	n.v.	gelb	O alternative Maßnahmen
18	Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur etc.“ (ohne Küstenschutz, Dorferneuerung, ohne Teile der Ausgaben für Wasserwirtschaft und ohne Darlehen)	317 423	441 774	405 075	n.v.	rot	E Erhaltung
19	Zuweisungen für betriebliche Investitionen (2016 geschätzt)	355 537	306 396	400 189	rot	rot	V Verzerrung

¹¹ Für 2015 und 2016 sind dies Ist-Zahlen, also die tatsächlich verausgabten Beträge nach der Haushaltsrechnung des Bundes. Für 2017 handelt es sich um Soll-Zahlen nach dem Bundeshaushaltsplan.

¹² Im neuesten amtlichen Subventionsbericht der Bundesregierung, an den sich der Kieler Bericht bei den Steuervergünstigungen weitgehend anlehnt, sind zusätzlich schon die voraussichtlichen Planzahlen für 2018 enthalten (BMF a, 2017). Diese werden hier aus Gründen der Übersichtlichkeit noch nicht wiedergegeben.

¹³ Als zusätzliche Information sind in der Spalte „Ampel 2010/11“ die entsprechenden Einschätzungen von Boss et al. (2011) sowie Boss, Klodt et al. (2011) zur Orientierung enthalten.

Fortsetzung Tabelle 8:

Rang Nr.	Beschreibung im Bundeshaushaltsplan / in der Bundeshaushaltsrechnung	2015	2016	2017	AmpeI 2010/11	AmpeI 2017	Kategorie und Bemerkungen
20	Investitionen in die Bundesschiene	0	0	376 000	gelb	gelb	I Infrastruktur
21	Pumpen- und Heizungsoptimierung	0	2 140	346 000	n.v.	gelb	O alternative Maßnahmen
22	Inlandsbezogene Gewährleistungen	171 767	120 144	335 000	n.v.	gelb	V Verzerrung
23	Strompreiskompensation	187 669	243 888	300 000	n.v.	rot	W widersprüchlich
24	Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen	0	283	300 000	n.v.	grün	U unausweichlich
25	Subventionsäquivalente der Kredite der KfW	300 000	300 000	300 000	n.v.	gelb	V oder E oder H, könnte auch rot sein je nach Verwendung
26	Erstattung von Fahrgeldausfällen	258 727	196 149	265 000	n.v.	grün	U unausweichlich
27	Prämien nach dem Wohnungsbau-Prämien-gesetz	378 993	223 077	265 000	rot	rot	V Verzerrung
28	Förderung der beruflichen Aufstiegsfortbildung	181 529	199 779	264 580	n.v.	gelb	A Anpassung
29	Förderung von Beschäftigung, Qualifizierung, Umwelt und Sicherheit in Unternehmen des mautpflichtigen Güterverkehrs	156 518	156 589	251 900	rot	rot	V Verzerrung
30	Förderung der industriellen Gemeinschafts-forschung und -entwicklung	204 112	204 348	240 000	n.v.	rot	H Anmaßung und V Verzerrung
31	Ausgaben für Schieneninfrastruktur des ÖPNV	255 966	213 961	235 147	gelb	gelb	I Infrastruktur
32	Förderung von Einzelmaßnahmen zur Nutzung erneuerbarer Energien	187 306	203 459	230 063	n.v.	gelb	O alternative Maßnahmen
33	Maßnahmen zur Weiterentwicklung der Elektromobilität	217 679	193 906	220 000	n.v.	rot	H Anmaßung
34	CO ₂ -Gebäudesanierungsprogramm	127 810	165 615	205 400	n.v.	gelb	O alternative Maßnahmen
35	Zuschüsse zum Kauf elektrisch betriebener Fahrzeuge	0	0	192 000	n.v.	rot	H Anmaßung
36	Unterstützung des flächendeckenden Breitbandausbaus	0	1 414	189 241	n.v.	gelb	I Infrastruktur
37	Allgemeine kulturelle Angelegenheiten (ohne Zahlungen an Länder)	128 753	137 735	188 749	n.v.	gelb	V Verzerrung
38	Ausgaben für d. Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbauverwaltungsgesellschaft (Nachfolge-einrichtung der Treuhandanstalt)	195 109	189 697	179 251	n.v.	grün	U unausweichlich wegen Umweltschäden, aber eigentlich rot: E Erhaltung
39	Zuschuss an die Träger der landwirtschaftlichen Unfallversicherung	100 000	178 000	178 000	n.v.	rot	E-Erhaltung
40	Ausgaben des Haushaltskapitels „Marktordnung“ (abzüglich Verwaltungseinnahmen)	104 220	106 376	165 111	n.v.	rot	E Erhaltung
41	Anreizprogramm Energieeffizienz	0	34 497	165 000	n.v.	gelb	O alternative Maßnahmen
42	Förderung innovativer Regionen in den neuen Ländern	122 395	152 863	161 000	rot	rot	H Anmaßung und V Verzerrung
43	Für Breitbandausbau	0	154 241	154 241	n.v.	gelb	I Infrastruktur
44	Forschungsförderung von Technologievorhaben der zivilen Luftfahrtindustrie	136 922	144 284	152 095	rot	rot	H Anmaßung und V Verzerrung
45	Zuschuss zur Lärmsanierung an Schienenwegen	107 302	85 365	150 000	gelb	gelb	I Infrastruktur
46	Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur	0	0	150 000	n.v.	gelb	V Verzerrung
47	Energiewerke Nord GmbH	118 110	130 150	135 000	n.v.	grün	U unausweichlich wegen Umweltschäden, aber eigentlich rot: E Erhaltung
48	Ausgaben für die Wismut GmbH Chemnitz	121 511	142 400	132 000	n.v.	grün	U unausweichlich wegen Umweltschäden, aber eigentlich rot: E Erhaltung
49	Aus- und Weiterbildungsprogramm in Unter-nehmen des mautpflichtigen Güterverkehrs	26 801	25 022	125 000	rot	rot	V Verzerrung
50	Globalzuschüsse zur gesellschaftspolitischen und demokratischen Bildungsarbeit	115 959	115 959	115 959	n.v.	grün	V Verzerrung, aber auch U unausweichlich
51	Aufwendungen für zentrale Maßnahmen auf dem Gebiet des Sports	111 469	110 745	114 271	n.v.	gelb	V Verzerrung
52	Anpassungsgeld für Arbeitnehmer des Stein-kohlenbergbaus	111 576	107 256	108 700	rot	rot	E Erhaltung und nicht wirklich A Anpassung, erledigt sich aber bis 2018 von selbst
53	Programme und Maßnahmen der Energiewende in den Bereichen Erneuerbare Energien, Strom und Netze, Digitalisierung und Energieinfrastruktur	0	0	104 793	n.v.	gelb	O alternative Maßnahmen
54	Wettbewerbliche Ausschreibung für Energie-effizienz	0	760	100 000	n.v.	gelb	O alternative Maßnahmen
Summe		39 571 578	43 980 132	48 625 651			
Finanzhilfen des Bundes insgesamt		42 948 851	47 594 473	52 477 328			
Anteil an der Gesamtsumme in Prozent		92,1	92,4	92,7			

Fortsetzung Tabelle 8:

Rang Nr.	Beschreibung im Bundeshaushaltsplan / in der Bundeshaushaltsrechnung	2015	2016	2017	Ampel 2010/11	Ampel 2017	Kategorie und Bemerkungen
	Davon						
	Grün:	6 063 216	6 005 738	6 369 428			
	Gelb:	28 073 682	32 295 281	36 040 079			
	Rot:	5 434 680	5 679 113	6 216 144			
	In Prozent						
	Grün:	15,3	13,7	13,1			
	Gelb:	70,9	73,4	74,1			
	Rot:	13,7	12,9	12,8			

n.v. = nicht verfügbar.

Quelle: BMF (a; b; c); Deutscher Bundestag (2016); eigene Berechnungen.

Bei den Steuervergünstigungen, die sich auf alle Gebietskörperschaften beziehen, ist der Anteil der „grünen“ Subventionen deutlich geringer und liegt in den Jahren 2015–2017 nahezu konstant bei knapp unter 3 Prozent. Die „gelben“ Steuervergünstigungen vereinen mit 66 bis 67 Prozent ebenfalls den größten Anteil auf sich. Hier wurde noch eine Sonderkategorie „orange“ eingeführt, die sich auf 10 Prozent der untersuchten Steuervergünstigungen beläuft. Dabei werden Energiesteuerermäßigungen, die dem vorgegebenen Ziel der Einsparung von Energie, Emission und CO₂ gerade bei besonders energieintensiven Produktionen zuwiderlaufen, als „widersprüchlich“ eingestuft. „Rote“, also ersatzlos abzuschaffende Subventionen machen im Beobachtungszeitraum 19–20 Prozent aus (Tabelle 9).

Tabelle 9:
Die 25 größten Steuervergünstigungen (Mill. Euro)

Rang Nr.	Beschreibung im Subventionsbericht des Bundes	2015	2016	2017	Ampel 2010/11	Ampel 2017	Kategorie und Bemerkungen
1	Umsatzsteuerbefreiung der Sozialversicherungsträger, Krankenhäuser, Diagnosekliniken, Altenheime, Pflegeheime, der ambulanten Pflegedienste, der Wohlfahrtsverbände und der Blinden sowie von ärztlichen Leistungen	16 010	16 490	16 990		gelb	V Verzerrung
2	Erbschaftsteuerfreibetrag und -minderung beim Übergang von Betriebsvermögen, Betrieben der Land- und Forstwirtschaft und Anteilen an Kapitalgesellschaften an den/die Unternehmensnachfolger	9 700	8 700	7 100		gelb	A Anpassung
3	Entfernungspauschale	4 000	4 000	4 000		rot	Z Zweifelhafte Wirkung
4	Abzug der Kirchensteuer als Sonderausgabe	3 580	3 680	3 790		gelb	V Verzerrung
5	Ermäßigter Umsatzsteuersatz für kulturelle und unterhaltende Leistungen	3 500	3 625	3 785		rot	V Verzerrung
6	Steuerbefreiung bestimmter Zuschläge für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit	2 655	2 705	2 760		gelb	Z Zweifelhafte Wirkung
7	Freibetrag für nebenberufliche Tätigkeiten als Übungsleiter etc.	2 000	2 000	2 000		gelb	V Verzerrung
8	Einkommensteuerermäßigung für Renovierungs-, Erhaltungs- und Modernisierungsaufwendungen	1 606	1 685	1 960		gelb	V Verzerrung
9	Energiesteuervergünstigung für die Stromerzeugung und für Kraft-Wärme-Koppelungsanlagen	1 800	1 700	1 700	gelb	gelb/orange	W Widersprüchlich
10	Stromsteuerbegünstigung für Unternehmen des produzierenden Gewerbes (Spitzenausgleich)	1 735	1 614	1 700	gelb	gelb/orange	W Widersprüchlich
11	Steuerbegünstigung von Ausgaben zur Förderung mildtätiger, kirchlicher und gemeinnütziger Zwecke und von Zahlungen an politische Parteien (Einkommensteuer)	1 600	1 630	1 680		grün	U unausweichlich
12	Ermäßigter Umsatzsteuersatz für die Personenbeförderung im Nahverkehr	1 270	1 315	1 360	rot	rot	V Verzerrung
13	Ermäßigter Umsatzsteuersatz für Beherbergungsleistungen	1 205	1 265	1 330	n.v.	rot	G grotesk

Fortsetzung Tabelle 9

Rang Nr.	Beschreibung im Subventionsbericht des Bundes	2015	2016	2017	Ampel 2010/11	Ampel 2017	Kategorie und Bemerkungen
14	Steuerbegünstigung des Stroms, der von Unternehmen des produzierenden Gewerbes und der Land- und Forstwirtschaft für betriebliche Zwecke entnommen wird	1 073	1 052	1 000	gelb	gelb/orange	W Widersprüchlich
15	Förderung der privaten kapitalgedeckten Altersvorsorge	795	930	970		gelb	W Widersprüchlich
16	Stromsteuervergünstigung bestimmter Prozesse und Verfahren	767	836	800	gelb	gelb/orange	W Widersprüchlich
17	Halbierung des Steuersatzes für betriebliche Veräußerungsgewinne	735	735	735		gelb	V Verzerrung
18	Ermäßigter Steuersatz für Krankenrollstühle, Körperersatzstücke und orthopädische Vorrichtungen sowie für Bäder- und Kureinrichtungen	550	565	580		gelb	V Verzerrung
19	Energiesteuerbefreiung für gewerbsmäßigen Einsatz von Luftfahrtbetriebsstoffen	570	570	570	rot	rot	Z Zweifelhafte Wirkung
20	Ermäßigter Umsatzsteuersatz für Zahntechniker und Zahnärzte	560	565	570		gelb	V Verzerrung
21	Energiesteuerbegünstigung für bestimmte Prozesse und Verfahren	571	553	560	gelb	gelb/orange	W Widersprüchlich
22	Einkommensteuerermäßigung bei Inanspruchnahme einer haushaltsnahen Dienstleistung	385	450	480		gelb	V Verzerrung
23	Sonderausgabenabzug für Vorsorgeaufwendungen	615	535	460		gelb	W Widersprüchlich
24	Mineralölsteuerbegünstigung für Betriebe der Land- und Forstwirtschaft (Agrardieselgesetz)	440	450	450		rot	V Verzerrung
25	Umsatzsteuerermäßigung für Leistungen gemeinnütziger, mildtätiger und kirchlicher Einrichtungen	385	400	415		gelb	V Verzerrung
Insgesamt		58 107	58 050	57 745			
Steuervergünstigungen insgesamt		62 445	62 181	62 071			
Anteil an der Gesamtsumme in Prozent		93,05	93,36	93,03			
Davon							
	Grün:	1 600	1 630	1 680			
	Gelb:	39 576	39 440	38 810			
	Gelb/Orange:	5 946	5 755	5 760			
	Rot:	10 985	11 225	11 495			
In Prozent							
	Grün:	2,8	2,8	2,9			
	Gelb:	68,1	67,9	67,2			
	Gelb/Orange:	10,2	9,9	10,0			
	Rot:	18,9	19,3	19,9			

n.v. = nicht verfügbar.

Quelle: BMF (a); Koch und Steinbrück (2003); eigene Berechnungen.

5.3 Einzelposten bei den Finanzhilfen des Bundes

Wenn man sich den Einzelposten und deren Bewertung zuwendet, so zeigen sich bei den nach Größe geordneten Finanzhilfen des Bundes (Tabelle 8) am Anfang der Rangliste neben dem Zuschuss an die gesetzliche Krankenversicherung zahlreiche Posten aus dem Infrastrukturbereich, insbesondere der Förderung des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) und der Investitionen der Deutschen Bahn AG.

Gesetzliche Krankenversicherung

➤ Abgeltung versicherungsfremder Leistungen – Nr. 1, gelb (V)

Zahlungen des Bundes an die gesetzliche Krankenversicherung als Nr. 1 der Bundesfinanzhilfen werden häufig nicht als Subventionen angesehen. Nach dem Kieler Subventionsbegriff fallen diese jedoch sehr wohl unter die Subventionen. Der Zuschuss des Bundes an die gesetzliche Krankenversicherung in Höhe von 14 ½ Mrd. Euro im Jahr 2017 (sowie entsprechende Zahlungen an die landwirtschaftliche

Krankenversicherung in Höhe von 1,45 Mrd. Euro) stellt eine Subvention dar, weil es sich bei Gesundheitsdienstleistungen trotz aller Besonderheiten des Gesundheitsmarktes um ein privates Gut handelt. Zudem werden die neben der gesetzlichen Krankenversicherung existierenden privaten Krankenversicherungen nicht entsprechend bezuschusst und als normale Wirtschaftseinheiten im Unternehmenssektor eingestuft. Würden sie vergleichbare Zahlungen aus den öffentlichen Haushalten bekommen, würden diese als staatliche Leistungen an den Unternehmenssektor unter die Subventionen fallen. Selbst wenn der Zuschuss als eine Art Schadensersatz gilt, mit dem den gesetzlichen Krankenkassen die staatlicherseits vorgeschriebenen versicherungsfremden Leistungen wie die Mitversicherung von Familienangehörigen erstattet werden, bleibt eine Diskriminierung der privaten Kassen bestehen. Denn durch die versicherungsfremden Leistungen wird die Wettbewerbsposition der gesetzlichen Krankenversicherung gegenüber ihren Konkurrenten mittels der Finanzhilfen verbessert. Insofern handelt es sich um eine zweifelhafte gelbe Subvention der Kategorie „V“.¹⁴

In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, wie diese Subvention einzustufen wäre, wenn es nur eine einheitliche Krankenversicherung gäbe oder wenn gleiche Regulierungen bezüglich versicherungsfremder Leistungen für alle Anbieter gelten und die damit verbundenen Belastungen durch Finanzhilfen ausgeglichen würden. In beiden Szenarien verblieben aber immer noch die Tatbestände, dass (i) entweder einem Monopolisten oder allen Marktteilnehmern versicherungsfremde Leistungen auferlegt würden, (ii) damit mittels einer staatlichen Zahlung in die Geschäftspolitik der Versicherung(en) eingegriffen würde und (iii) eine Verzerrung zugunsten des Gesundheitswesens und zulasten anderer Sektoren stattfände. An der Einstufung würde sich auch in diesem Fall nichts ändern.

Verkehr

➤ *Regionalisierungsmittel – Nr. 2, gelb (I) mit Tendenz zu grün*

Der zweitgrößte Posten unter den Finanzhilfen des Bundes mit 8,1 Mrd. Euro im Jahr 2017 sind die an die Länder übertragenen Regionalisierungsmittel für die Förderung des SPNV und damit die größte Subvention aus dem Verkehrsbereich sowie aus der Kategorie Infrastrukturbeihilfen „I“. Der Subventionscharakter dieser (und weiterer) Finanzhilfen und zusätzlich von Steuerermäßigungen für die verschiedenen Zweige des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) ergibt sich grundsätzlich aus der Gemeinwirtschaftlichkeit der Leistungen – ÖPNV-Leistungen werden einerseits als prinzipiell private Güter über Märkte gehandelt und das Ausschlussprinzip gilt. Nicht zahlungswillige Nutzer können also von der Nutzung ausgeschlossen werden. Andererseits werden die Subventionen für den ÖPNV aber als gemeinwirtschaftliche Leistungen für notwendig erachtet, weil viele dieser Leistungen, insbesondere auf Strecken mit geringem Fahrgastaufkommen, eingestellt werden würden, da Nahverkehrsleistungen im allgemeinen kaum kostendeckend betrieben werden können.

Grundsätzlich kann der ÖPNV als Verkehrsweig für sich in Anspruch nehmen, (a) eine Art Grunderschließung der Fläche durch die Erreichbarkeit von Standorten, unabhängig vom Besitz eines Kraftfahrzeuges, zu bieten und (b) durch seine Existenz externen Nutzen in Form von geringeren Staukosten innerhalb des Straßennetzes zu stiften. Eine Förderung des ÖPNV kann grundsätzlich auch aus der Theorie der Optionsnachfrage abgeleitet werden, nach der Konsumenten eine Zahlungsbereitschaft haben können für die reine Option, den ÖPNV im Notfall nutzen zu können, selbst wenn sie diesen nie in Anspruch nehmen. In diesem Fall könne eine Deckung des dann zwangsläufig entstehenden Defizits aus dem Staatshaushalt gerechtfertigt sein (Blankart 1977). Für den ÖPNV auf der Schiene (SPNV) gilt zudem,

¹⁴ Siehe Laaser und Rosenschon (2013a: 8–11, 15–16) und Laaser und Rosenschon (2013b: 18). Es handelt sich daher um eine normale wettbewerbsverzerrende Subvention, selbst eingedenk der vielfältigen Kritik, die den privaten Krankenversicherungen aus Politik und Medien entgegengebracht wird.

dass die Ausgestaltung der Regionalisierung erlaubt, dass zumindest ein „Ausschreibungswettbewerb um den Markt“ möglich ist. Die Nahverkehrsbehörden der Länder können die gemeinwirtschaftlichen Verkehrsleistungen entweder einem Unternehmen gegen Entgelt auferlegen oder einen Vertrag mit einem Anbieter schließen – letztere Option gibt ihnen die Möglichkeit, die Leistung unter konkurrierenden Eisenbahnverkehrsunternehmen (EVU) auszuschreiben und so Effizienzvorteile aus der wettbewerblichen Organisation zu nutzen. Insofern sprächen hier einige Argumente dafür, die Regionalisierungsmittel mit der Ampelschaltung „grün“ zu versehen.

Dass die Regionalisierungsmittel jedoch in der Kieler Ampel nur „gelb“ kategorisiert werden, liegt zum einen daran, dass die früher dem Bund zustehende Mineralölsteuer – später aufgegangen in der Energiesteuer – gewissermaßen zu einer Quasi-Gemeinschaftssteuer gemacht worden ist und durch die Zuweisungen des Bundes an die Länder ein Mischfinanzierungstatbestand geschaffen worden ist. Eine Mischfinanzierung birgt immer die Gefahr, dass Verantwortlichkeiten teilweise auf andere Ebenen abgewälzt werden können (vgl. z.B. Aberle 1998: 239). Zum anderen sehen die Regelungen zur Beauftragung von EVU vor, dass es einen Ausschreibungswettbewerb geben *kann, aber nicht notwendigerweise geben muss*. Auch die freihändige Vergabe an einen Auftragnehmer ist möglich. Die Vorteile des Wettbewerbs würden dann in geringerem Maße zur Geltung kommen. Schließlich ist auch das grundsätzlich überzeugende Argument der Befriedigung der Optionsnachfrage nicht unproblematisch: Ohne den Zwang, tatsächlich ein Entgelt für eine Leistung entrichten zu müssen, kann die Zahlungsbereitschaft der Konsumenten nur schwierig ermittelt werden. Solange der anonyme Steuerzahler für eine Förderung aufzukommen hat, würden sich weder Mehrheiten gegen einen Defizitausgleich noch konkrete Hinweise auf den gewünschten Umfang oder die Qualität des ÖPNV-Angebots finden (Laaser und Rosenschon 2013b: 8–10). Fazit: Grundsätzlich kann die Förderung des SPNV (und des ganzen ÖPNV) nicht in Frage gestellt werden, wohl aber der Betrag als solcher – daher die Ampelschaltung „gelb“, vielleicht mit einem „leicht grünen“ Schimmer.

➤ *Erstattung von Verwaltungsausgaben des Bundeseisenbahnvermögens – Nr. 3, grün (I), aber eigentlich rot in Bezug auf die ehemalige Deutsche Bundesbahn*

Eine doppelte Farbgebung erhält auch der Posten Nr. 3 in Tabelle 8. Gut 5,2 Mrd. Euro machten im Jahr 2017 die Erstattung von Verwaltungsausgaben des Bundeseisenbahnvermögens aus, hinter denen sich im Wesentlichen die verbliebenen Entgelt- sowie Pensionszahlungen für die ehemaligen Beamten der Deutschen Bundesbahn (DB) verbergen. Als die ehemalige Deutsche Bundesbahn mit der Bahnreform in eine private Rechtsform überführt wurde, wurde das Bundeseisenbahnvermögen, das auch die Schulden der „alten“ DB übernahm, der Dienstherr der ehemaligen Beamten, die an die „neue“ Deutsche Bahn AG als Angestellte ausgeliehen wurden. Die Differenz zwischen dem Beamten- und Angestelltenentgelt wurde vom Bundeseisenbahnvermögen beglichen, das dann auch die Zuständigkeit für die Pensionszahlungen der in den Ruhestand gehenden Bundesbahnbeamten erhielt (vgl. Laaser 1994: 5). Wenn dieser Posten in der Spalte „Ampel 2017“ daher die Ampelschaltung „grün“ erhält, dann deswegen, weil damit Vertrauensschutz für die ehemaligen Bundesbahnbeamten im Rahmen der staatlichen Fürsorgepflicht gewahrt wurde. Kein Staat der Welt, es sei denn, er habe einen totalen Staatsbankrott erlitten, kann es sich leisten, seinen Beamten die Fürsorge völlig zu entziehen. An dieser Zahlung kommt der Bund also nicht vorbei, sie wird daher in der Spalte „Bemerkungen“ als unausweichlich „U“ gekennzeichnet. Das ändert freilich nichts daran, dass es sich hierbei um eine „waschechte“ Subvention der ehemaligen DB handelt, die den Wettbewerb im Verkehrswesen verzerrt hat und damit eigentlich auch „rot“ markiert werden müsste (vgl. Bemerkungsspalte in Tabelle 8).

➤ *Infrastrukturbeihilfen für Schienenwege – Nr. 4, 6, 20, 31 und 45, gelb (I)*

Ebenfalls dem Verkehrswesen zuzuordnen sind eine Reihe von Infrastrukturfinanzhilfen des Bundes zugunsten des Ausbaus oder der Unterhaltung der Schienenwege der DB AG, und zwar die Nr. 4 mit 3,1 Mrd. Euro im Jahr 2017, Nr. 6 mit 1,35 Mrd. Euro, Nr. 20 mit 380 Mill. Euro, Nr. 31 mit 240 Mill. Euro und die Nr. 45 mit 150 Mill. Euro. Eigentlich müsste die Bahn als Unternehmen, das sie nach der Bahnreform ist, in der Lage sein, aus ihren Fahrgeldeinnahmen zumindest den Unterhalt ihres Netzes zu bestreiten. Hier hilft jedoch der Eigentümer Bund mit Finanzhilfen aus. Bei Erweiterungsinvestitionen kann gegebenenfalls argumentiert werden, dass der Eigentümer Investitionsmittel zur Verfügung stellt, um zusätzliche Produktionskapazitäten zu schaffen. Wenn aber die teilweise eher fragwürdige Verwendung der Mittel etwa für die Dauerbaustelle des neuen Stuttgart21-Hauptbahnhofs oder die im Sommer 2017 passierten Pannen beim Ausbau der überaus wichtigen Rheinstrecke in Baden-Württemberg nahe Rastatt vergegenwärtigt werden, dann kommen auch bei den für Netzerweiterung bestimmten Mitteln Zweifel auf, ob dies gerechtfertigt ist. Die genannten Posten der Infrastrukturkategorie „I“ bekommen daher lediglich eine Ampelschaltung „gelb“, es sind also sicher Einsparpotenziale vorhanden.

Bei dieser Einschätzung ist ferner zu bedenken, dass die Bahnreform von 1994, anders als zumindest im Vorwege diskutiert, keine Trennung von Fahrweg und Betrieb gebracht hat mit der Folge, dass Netzsparte und Bahnbetrieb weiter unter dem Dach der DB AG vereint sind.¹⁵ Damit sind im Prinzip Diskriminierungspotenziale gegen andere Betreiber von Schienenverkehrsleistungen gegeben, nicht nur durch Trassenentgelte, sondern auch durch nichtpreisliche Infrastrukturmaßnahmen.¹⁶ Daher hinkt ein Vergleich mit dem Autobahnnetz und den für alle diskriminierungsfrei offenen Infrastruktureinrichtungen, die eher eine Einstufung in „grün“ nahelegen würden.

➤ *Erstattung von Fahrgeldausfällen aufgrund der entgeltfreien Beförderung von Menschen mit Behinderung im ÖPNV – Nr. 26, grün (U)*

Dem Verkehrssektor können ferner die Finanzhilfen zur Erstattung von Fahrgeldausfällen aufgrund der entgeltfreien Beförderung von Menschen mit Behinderung im ÖPNV in Höhe von 265 Mill. Euro im Jahr 2017 (Nr. 26 in Tabelle 8) zugerechnet werden. Bei dieser eher sozialpolitisch motivierten Finanzhilfe könnte man argumentieren, dass eine Subjektförderung der Betroffenen (in gleicher Höhe) ökonomisch vorzuziehen wäre, weil es der Konsumentensouveränität dienen würde, wenn die Empfänger mit den gewährten Zuschüssen selbst entscheiden können, ob sie damit ÖPNV-Leistungen oder andere Güter und Dienste nachfragen wollen. Auf der anderen Seite gibt es transaktionskostentheoretische Argumente dafür, nicht Menschen mit Behinderungen direkt, sondern die sie entgeltfrei befördernden ÖPNV-Unternehmen zu unterstützen. Natürlich ist diese Finanzhilfe eine Subvention, da sie den ÖPNV-Unternehmen eine sichere Einnahmequelle verschafft, ohne dass die konkrete Nachfrage nach der entgeltfreien Beförderung bekannt wäre. Aufgrund der insgesamt vermutlich geringen Verzerrungen kann diese Finanzhilfe aber in der Ampel „grün“ erscheinen.

➤ *Zahlungen an den mautpflichtigen Güterverkehr – Nr. 29 und 49, rot (V)*

Während die im Zusammenhang mit Bahn und ÖPNV stehenden Bundesfinanzhilfen betragsmäßig in der Rangliste von Tabelle 8 relativ weit vorne stehen, tauchen in der Liste der 100 Mill. Euro übersteigenden Finanzhilfen auch noch Zahlungen an den mautpflichtigen Güterverkehr für verschiedene

¹⁵ Zur Trennung von Fahrweg und Betrieb siehe Laaser (1994: 11–12 und 21–23).

¹⁶ Siehe zu nichtpreislichen Diskriminierungen von Konkurrenten Monopolkommission (2007: 199–212, Tz. 197–202).

Zwecke auf, und zwar unter der Nr. 29 mit 252 Mill. Euro und unter Nr. 49 mit 125 Mill. Euro. Vor allem unter dem Aspekt der ohnehin starken Marktstellung des Straßengüterverkehrs erscheinen diese als nicht gerechtfertigte verzerrende Subvention „V“ und erhalten die Ampelstellung „rot“.

Weitere Infrastrukturbereiche

➤ *Flächendeckender Breitbandausbau – Nr. 13, 36 und 43, gelb (I)*

Nicht dem Verkehrssektor, wohl aber einem engen Verwandten – nämlich dem Kommunikationssektor – zuzurechnen sind eine Reihe von Bundesfinanzhilfen, die ebenfalls in die Kategorie „I“ für Infrastruktur fallen und für den Ausbau des flächendeckenden Ausbaus des Breitbandnetzes vorgesehen sind. Hierbei handelt es sich um die Nr. 13 mit 500 Mill. Euro in 2017, Nr. 36 mit knapp 190 Mill. Euro und Nr. 43 mit 154 Mill. Euro. Zweifellos ist das Breitbandkommunikationsnetz eine immer wichtiger werdende Infrastrukturressource, vor allem auch im Hinblick auf das derzeit viel diskutierte Thema der Digitalisierung – nicht nur der privaten Kommunikation und Internetnutzung, sondern auch der industriellen Digitalisierung von Arbeitsabläufen und Wertschöpfungsketten. Und wie beim Ausbau von Verkehrsnetzen ist zu vermuten, dass sich die privaten Betreiber der Kommunikationsnetze vor allem auf den Ausbau der zentralen Netzteile in Metropol- und urbanen Regionen konzentrieren, die Fläche und die Peripherie mit ihrem geringeren Verkehrsaufkommen dagegen vernachlässigen. Wenn die Breitbandausbau-Subventionen dennoch nur „gelb“ markiert werden, so liegt das daran, dass mit der Arbeitsteilung zwischen „aufkommensstark“ = privat und „aufkommenschwach“ = Staat falsche Anreize gesetzt werden. Denn damit verlassen sich die privaten Netzanbieter, die bei sich insgesamt amortisierenden Investitionen in das Netz keine Verluste fürchten müssen – man erinnere sich an die enormen Summen, die bei den Versteigerungen für Lizenzen geboten wurden –, auf den Staat und vernachlässigen die Fläche nur umso mehr.

➤ *Städtebauförderung – Nr. 10, gelb (I)*

Eine weitere Finanzhilfe lässt sich als Infrastrukturmaßnahme kennzeichnen, und zwar die Förderung städtebaulicher Maßnahmen, wofür 2017 – an Nr. 10 der Liste stehend – knapp 628 Mill. Euro vorgesehen waren. Bei der Gestaltung urbaner Zentren spielen zum Teil verkehrliche Aspekte eine Rolle, zum Teil geht es aber auch um andere Infrastrukturkategorien, soziale Förderung, kulturelle Maßnahmen oder auch um gestalterische Fragen.¹⁷ Auf kommunaler Ebene werden städtebauliche Maßnahmen selten ohne Hilfe von Landes- oder Bundesmitteln in Angriff genommen. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, weshalb Städtebau eine (teilweise) Bundesaufgabe sein soll, wenn das Wissen um Erträge und Kosten sowie eventuell auftretende Probleme vor Ort eigentlich größer sein sollte. Insofern sind die unter diesem Posten verbuchten Finanzhilfen wohl eher als Art Trostpflaster für eine den Bund begünstigende und die Kommunen benachteiligende Aufteilung der staatlichen Einnahmen zu interpretieren und daher bestenfalls mit der Ampelschaltung „gelb“ zu versehen.

¹⁷ So wird die Städtebauförderung durch das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit folgendermaßen begründet: „Bund und Länder messen der Städtebauförderung große wirtschaftliche, soziale und kulturelle Bedeutung bei. Sie sehen in ihr eine wichtige innen- und kommunalpolitische Aufgabe und im Sinne eines Leitprogramms ein zentrales Instrument der nachhaltigen Stadtentwicklung. Hauptziel der Städtebauförderung ist es, die Städte und Gemeinden nachhaltig als Wirtschafts- und Wohnstandorte zu stärken und entgegenstehende Mängel oder Missstände dauerhaft zu beheben“ (BMU 2017).

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Zwar ist der Verkehrssektor nach der Kieler Definition der größte Empfänger von Subventionen, aber ein traditionell ebenfalls mit besonders vielen Subventionen bedachter Sektor ist die Landwirtschaft. Dabei ist zu berücksichtigen, dass nach der auf den Bund konzentrierten neuen Systematik des Kieler Subventionsberichts die Länderfördermittel nicht mehr und die seitens der EU gezahlten Finanzhilfen für Marktordnungsausgaben nur als gesonderte Kategorie erfasst werden. Im Kieler Subventionsbericht von 2016, der alle Gebietskörperschaften umfasste, machten die Marktordnungsfinanzhilfen der EU im Jahr 2015 mit 4,3 Mrd. Euro 43,1 Prozent der gesamten dem Agrarsektor zufließenden Subventionen aus, gefolgt von den Länderfinanzhilfen mit 27,3 Prozent, den Bundesfinanzhilfen mit 17,7 Prozent und den Steuervergünstigungen mit 11,8 Prozent (Laaser und Rosenschon 2016: 26, 41, 50, 52). Daher wird im aktuellen Subventionsbericht nur über knapp drei Viertel der Subventionen für die Landwirtschaft berichtet.

➤ *Agrarförderung – Nr. 5, 18, 39 und 40, rot (E)*

Größte Posten bei den Bundesfinanzhilfen für das Jahr 2017 sind die Zuschüsse an die Träger der Krankenversicherung der Landwirte mit 1,45 Mrd. Euro auf Nr. 5 der Rangliste in Tabelle 8, die Ausgaben zur Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur“ auf Nr. 18 mit 405 Mill. Euro, weitere 178 Mill. Euro für die Träger der Unfallversicherung der Landwirte auf Rang Nr. 39 und 165 Mill. Euro auf Nr. 40 als kleiner Teilbetrag der landwirtschaftlichen Marktordnungsausgaben, wobei es sich im Wesentlichen um Transaktionskosten handelt.¹⁸ Alle diese Erhaltungssubventionen der Kategorie „E“, die auch im Falle der Versicherungen der Land- und Forstwirtschaft diesem Sektor zugutekommen, werden „rot“ gekennzeichnet, sollten also als Zuwendungen für einen seit langem schrumpfenden Sektor auslaufen. Bei den genannten Versicherungen stellt sich die Frage, weshalb es brancheninterne Kranken- und Unfallversicherungen geben muss.

An den Marktordnungsfinanzhilfen der EU in Höhe von fast 5 Mrd. Euro wurde bereits in den vorherigen Kieler Subventionsberichten ausführliche Kritik geübt.¹⁹ Sie erhalten deshalb trotz der Festlegung durch die Europäische Agrarpolitik die Ampelschaltung „rot“.

Gewährleistungen

➤ *Gewährleistungen – Nr. 7 und 22, gelb (V)*

Branchenübergreifend werden dagegen die Finanzhilfen für Gewährleistungen vergeben, davon auslandsbezogene als Nr. 7 mit 1,15 Mrd. Euro und inlandsbezogene als Nr. 22 mit 335 Mill. Euro. Hierbei handelt es sich um Finanzhilfen, die etwa für entstehende Kosten bei Exportkrediten, Bürgschaften oder Garantien vergeben werden und zum normalen Kanon von Unternehmensfinanzierungen gehören.²⁰ Eine ökonomische Rechtfertigung für derartige Bürgschaften besteht durchaus, die Vergabe von Bürgschaften außerhalb des engeren Bankensektors kann aber in Frage gestellt werden. Bei diesen Finanzhilfen sind Verzerrungen möglich, da nur Antragsteller diese Mittel erhalten und seitens des Referates im Bundesfinanzministerium die Auswahl der zu fördernden Unternehmen erfolgt. Insgesamt handelt es sich bei den Finanzhilfen für Gewährleistungen um eine Aufgabe, die nicht generell zu

¹⁸ Die eigentlichen Marktordnungsausgaben von Seiten der EU werden im Bundeshaushalt als Anlage zum Einzelplan 10 des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft dokumentiert (BMF, b, 2017: 1216–1228). Sie sind nachrichtlich in Tabelle 6 wiedergegeben.

¹⁹ Siehe dazu z.B. Laaser und Rosenschon (2013b: 2–4) und die dort zitierte Literatur.

²⁰ Konkret handelt es sich um Entschädigungen und Kosten aus auslands- und inlandsbezogenen Gewährleistungen und Umschuldungen sowie Zahlungen zur Abwendung oder Minderung von Schäden (siehe BMF 2017).

verneinen ist, weil sie im Prinzip dem Abpuffern von zum Teil unbekanntem Risiken auf Auslandsmärkten dient, unter dem Aspekt möglicher Verzerrungen und der Mitteleinsparung aber überwacht werden sollte. Demzufolge ergibt sich eine „gelbe“ Ampelschaltung.

(Auslaufende) Steinkohleförderung

➤ *Steinkohlebeihilfen – Nr. 8 und 52, rot (E)*

Die achtgrößte Finanzhilfe des Bundes sind die noch verbliebenen Zahlungen für den Absatz deutscher Steinkohle zur Verstromung und an die Stahlindustrie sowie zum Ausgleich von Belastungen aus dem Kapazitätsabbau von für 2017 geplanten 1,05 Mrd. Euro. Hinzu kommen an Nr. 52 der Liste weitere 109 Mill. Euro als Anpassungsgelder für Arbeitnehmer des Steinkohlebergbaus. Ursprünglich war die Förderung des Absatzes der deutschen Steinkohle ein fester Bestandteil der deutschen Subventionslandschaft. Begründet wurden die Subventionen für den deutschen Steinkohlenbergbau stets mit dem Wunsch, einen „angemessenen Beitrag zum Absatz deutscher Steinkohle in Kraftwerken und zur Stahlerzeugung“ zu leisten, so § 1 Abs. 1 des alten Steinkohlebeihilfengesetzes 1995.²¹ Hintergrund der Steinkohleförderung waren ursprünglich ein Autarkiedenken und die Angst, von ausländischen Anbietern abhängig zu sein. All diese Argumente wurden im Laufe der Zeit widerlegt, u.a. durch die Erkenntnis, dass die Produktion einer Tonne deutsche Steinkohle schließlich etwa dasselbe kostete, wie 3 Tonnen Importkohle zu kaufen und heranzuschaffen. Hinzu kommt die weltweite Anbietervielfalt mit zahlreichen Produzentenländern mit vorteilhafteren und ökonomisch günstigeren Förderbedingungen, als es in Deutschland der Fall ist. Somit zeigte sich, dass diese Furcht im Prinzip unbegründet ist (vgl. Sachverständigenrat 2009: Ziffer 371). Damit ist für diese Finanzhilfen die Ampelschaltung „rot“ angebracht.

Allerdings handelt es sich hier um einen der wenigen Fälle, wo sich eine Subvention von selbst erledigt. Schon der Kohlekompromiss von 1997 hatte eine schrittweise Rückführung der Zuschüsse mit sich gebracht, aber noch im Jahr 2000 wurden fast 3,8 Mrd. Euro an den Steinkohlebergbau geleistet (Tabelle A1). Im Jahr 2007 ist dann durch die „kohlepolitische Verständigung vom 7. Februar 2007“ ein Abbauplan für die Steinkohlesubventionen bis zum Jahr 2018 beschlossen worden (BMWi-Pressemitteilung vom 28.12.2007). Das neue Steinkohlefinanzierungsgesetz 2007, welches nunmehr die Rechtsgrundlage ist und das alte Steinkohlebeihilfengesetz 1995 ablöste, führt nun im Namen sogar die „Beendigung des subventionierten Steinkohlebergbaus“.²² In diesem Gesetz wurde ein allmählicher Ausstieg aus der Förderung bis zum Jahr 2018 konzediert; es wurden aber in der Zwischenzeit noch umfangreiche Anpassungsbeihilfen geleistet.

Der Sachverständigenrat (2009: Ziffer 373) verwies in diesem Zusammenhang darauf, dass „... die Einstellung der Förderung von Steinkohle aber nicht das völlige Ende der Subventionen darstellen [würde]...“. Es werden nämlich auch nach 2018 sozialpolitisch motivierte Ausgaben und Ausgaben zur Beseitigung der durch den Steinkohlenbergbau verursachten Umweltschäden anfallen. Insofern wird die Steinkohleförderung erst sehr viel später auslaufen, als es der Titel des entsprechenden Gesetzes vermuten lässt.

²¹ Bis 2006 galt das Gesetz über Hilfen für den deutschen Steinkohlebergbau bis zum Jahr 2005 (Steinkohlebeihilfengesetz vom 12. Dezember 1995 (BGBl. I S. 1638, 1639), zuletzt geändert durch Artikel 168 der Verordnung vom 31. Oktober 2006 (BGBl. I S. 2407)). Hierin wurde die Förderung des Absatzes der deutschen Steinkohle uneingeschränkt befürwortet.

²² Gesetz zur Finanzierung der Beendigung des subventionierten Steinkohlenbergbaus zum Jahr 2018 (Steinkohlefinanzierungsgesetz vom 20. Dezember 2007 (BGBl. I S. 3086), geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 11. Juli 2011 (BGBl. I S. 1344)).

Umwelt und Energie

➤ *Umwelt- und Energiefinanzhilfen mit größeren Beträgen – Nr. 9, 16 und 34, gelb (O)*

Ebenfalls im vorderen Drittel der Rangliste in Tabelle 8 sind die Umweltfinanzhilfen des Bundes vertreten. Die drei Positionen der CO₂-Gebäudesanierungsprogramme, die sich unter den größten Bundesfinanzhilfen finden, sind die Nr. 9 mit gut 722 Mill. Euro in 2017 aus dem Sonderhaushalt „Energie- und Klimafonds“, Nr. 16 mit Zinszuschüssen der KfW in Höhe von 455 Mill. Euro und Nr. 34 mit über 205 Mill. Euro aus einem anderen Titel des Energie- und Klimafonds. In der Kommentarspalte erhalten diese Finanzhilfen ein „O“, das besagt, dass eigentlich alternative wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Verfügung stünden, nämlich ordnungsrechtliche Vorschriften, welche die CO₂-Emission mit einem Preis belegen, was aus ökonomischer Sicht vorzuziehen wäre. Wie eine solche CO₂-Steuer konkret auszusehen hätte, ist in Boss, Klodt et al. (2011: 49–50) ausführlich beschrieben worden. Bis zur Verwirklichung einer solchen Lösung, die einen erheblichen politischen Aufwand verursachen dürfte, wird sicher noch etliche Zeit verstreichen. Die CO₂-Finanzhilfen erhalten daher hier die Ampelschaltung „gelb“.

➤ *Finanzhilfen zur Förderung des sparsamen Umgangs mit Energie sowie der erneuerbaren Energien – Nr. 14, 17, 21, 23, 32, 41, 53 und 54, gelb (O)*

Zahlreiche weitere Finanzhilfen im Umwelt- und Energiebereich betreffen den sparsamen Umgang mit Energie sowie die erneuerbaren Energien. Dabei handelt es sich um Nr. 14, wobei für 2017 knapp 463 Mill. Euro aus dem Energie- und Klimafonds für die Förderung der rationalen und sparsamen Energieverwendung vorgesehen sind; um Nr. 17, wobei gut 430 Mill. Euro für Forschungs- und Entwicklung zur rationellen Energieverwendung und der Umwandlungs- und Verbrennungstechnik zur Verfügung gestellt werden; 346 Mill. Euro zur Pumpen- und Heizungsoptimierung (Nr. 21, aus dem Energie- und Klimafonds); 300 Mill. Euro zur Strompreiskompensation für energieintensiv produzierende Unternehmen (Nr. 23, aus dem Energie- und Klimafonds); Nr. 32 mit 230 Mill. Euro zur Förderung der Nutzung erneuerbarer Energien; das Anreizprogramm Energieeffizienz in Höhe von 165 Mill. Euro (Nr. 41, aus dem Energie- und Klimafonds); schließlich Nr. 53 mit 105 Mill. Euro für Programme und Maßnahmen der Energiewende und Nr. 54 mit 100 Mill. Euro für wettbewerbliche Ausschreibungen für Energieeffizienz.

Zusammen sind das mehr als 2,1 Mrd. Euro. Für die meisten dieser Posten gilt das bereits oben Gesagte zur CO₂-Einsparung: Eigentlich stünde die ordnungspolitische Alternative einer CO₂-Steuer zur Verfügung. Selbst mittelfristig erscheint deren Realisierung aber als sehr schwierig. Daher sind die entsprechenden Finanzhilfen, die mit „O“ gekennzeichnet sind, Second- oder Third-best-Lösungen für die Umwelt- und Energieproblem im Zusammenhang mit der Energiewende und daher mit einer zu qualifizierenden Ausnahme als „gelb“ einzustufen.

➤ *Strompreiskompensation für energieintensiv produzierende Unternehmen – Nr. 23, gelb/orange (O)*

Ein Sonderfall sind die 300 Mill. Euro zur Strompreiskompensation für energieintensiv produzierende Unternehmen auf Rang Nr. 23. Hintergrund dieser Maßnahme, die uns noch in der Diskussion zu den Steuererleichterungen in Tabelle 9 in Form verschiedener Stromsteuerermäßigungen wiederbegegnen wird, ist die Befürchtung, energieintensiv produzierende Unternehmen würden angesichts hoher Strompreise ihre Produktion und die entsprechenden Emissionen ins Ausland verlagern. Abgesehen vom Argument des Erhalts inländischer Arbeitsplätze könnte man hier nicht ohne Grund die Ansicht vertreten, dass ohne diese Subvention lediglich Emissionen weltweit verschoben statt gemindert würden. Andererseits sind dies wahrlich „widersprüchliche“ Subventionen der Kategorie „W“, die

eigentlich statt „gelb“ „orange“ gekennzeichnet werden müssten, weil sie einen Verstoß gegen eine konsequent betriebene Umweltpolitik darstellen. Wenn nämlich die größten Emittenten von den Wirkungen einer die Emissionen begrenzenden Steuer ausdrücklich ausgenommen sind, dann stellt das den Sinn der Maßnahme per se in Frage.

➤ *Nachträgliche Beseitigung von Umweltschäden durch Bergbau und Energieerzeugung in den neuen Ländern – Nr. 38, 47 und 48 grün (U), aber eigentlich rot (E)*

Gleichfalls noch dem Umweltbereich zuzuordnen sind drei Bundesfinanzhilfen, die der nachträglichen Beseitigung von Umweltschäden gewidmet sind, die andere Sektoren verursacht haben: Nr. 38 für die Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbauverwaltungsgesellschaft (LMBV) in Höhe von 179 Mill. Euro, Nr. 47 für die Energiewerke Nord GmbH (EWN) in Höhe von 135 Mill. Euro und Nr. 48 für die Wismut GmbH in Chemnitz in Höhe von 132 Mill. Euro. Die LMBV beschäftigt sich mit der Sanierung, Renaturierung und Wiedernutzbarmachung der Hinterlassenschaften des DDR-Braunkohlenbergbaus in den Revieren der Lausitz und Mitteldeutschlands (LMBV 2017). Die EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH (kurz EWN) ist verantwortlich für den Rückbau und die Entsorgung der Kernkraftwerke in den neuen Bundesländern.²³ Bei den Zahlungen an die Wismut GmbH geht es ebenfalls um die Beseitigung der früheren Schäden, hier in den vom Uranerzbergbau geschädigten Regionen in Sachsen und Thüringen (Wismut GmbH 2017).

Für all diese Finanzhilfen gilt die grundsätzliche Einschätzung von Boss, Klodt et al. (2011: 48), wonach die Sanierung ökologischer Altlasten aus dem Bergbau ökologisch und ökonomisch vertretbar ist und die Zahlungen wirtschaftlich letztlich sinnvolle finanzielle staatliche Leistungen darstellen. Zudem entziehen sich diese Finanzhilfen einer völligen Streichung, obwohl über die Höhe der benötigten Mittel sicher diskutiert werden könnte. Gleichwohl handelt es sich eindeutig um nachträgliche Subventionen für die verursachenden Unternehmen und Wirtschaftszweige, also den Bergbau und die Braunkohlenförderung. Es sind Subventionen, für die der Steuerzahler aufgrund von Versäumnissen bei früheren Produktionen aufkommen muss und von denen er sich nicht befreien kann. Insofern wurden hier analog zu den Zahlungen an das Bundeseisenbahnvermögen die Ampelschaltung „grün“ und die Kategorien „U“ und „E“ mit der Bemerkung „eigentlich rot“ vergeben.

➤ *Förderung der Elektromobilität – Nr. 33 und 35, rot (H)*

Sehr wohl befreien könnte man sich indes von einer Reihe weiterer Finanzhilfen, die einerseits als Umwelthilfen, andererseits aber auch als Forschungssubventionen eingestuft werden könnten: der Förderung der Elektromobilität. Die zu diesem Stichwort in Tabelle 8 aufgeführten Posten sind Nr. 33 mit 220 Mill. Euro und Nr. 35 mit 192 Mill. Euro. Aus Umweltsicht kann die Elektromobilität zweifellos einen Beitrag zur Verbesserung der lokalen Luftqualität durch Verringerung von Stickoxid- und Feinstaubemissionen beizutragen und mittelfristig eine wichtige Technologie sein, um den CO₂-Ausstoß im Verkehrssektor zu reduzieren. „Eine solche Förderung kann Kosten für die Industrie abfedern und die nötige Investitionssicherheit gewährleisten, um den Ausbau zu beschleunigen oder gar erst möglich zu machen,“ so Peterson (2017), die dafür plädiert, dass der Staat einspringen solle, weil bei kapitalintensiven Technologien die Investitionen risikoscheuer privater Investoren gesamtwirtschaftlich betrachtet zu niedrig sind. Zwar ist die Herstellung von sekundärer Batteriekapazität sehr

²³ „Am Standort Greifswald/Lubmin betreibt die EWN für die Durchführung dieser Aufgabe mehrere Entsorgungseinrichtungen und Zwischenlager für radioaktive Materialien. Die EWN ist ein 100%iges Unternehmen des Bundes, das Bundesministerium der Finanzen ist der alleinige Gesellschafter. Die EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH erhält ihre finanziellen Mittel allein aus dem Bundeshaushalt. Das Bundesministerium der Finanzen fungiert als Zuwendungsgeber“ (EWN 2017).

energieintensiv, da aber die mit der Stromerzeugung verbundenen CO₂-Emissionen durch das europäische Handelssystem gedeckelt sind, kommt es zu einer tatsächlichen Einsparung von CO₂-Emissionen bei der Substitution fossiler Kraftstoffe. Allerdings „...ist bei einer Förderung von E-Fahrzeugen mit sogenannten Reboundeffekten zu rechnen. ... Klimapolitik mithilfe der Förderung einzelner Technologien hat schließlich den großen Nachteil, dass alternative Technologien vernachlässigt werden. Doch gerade im Verkehrssektor gibt es eine Vielzahl an Möglichkeiten und Konzepten, die eine Reduktion des CO₂-Ausstoßes versprechen. Es droht daher die Gefahr, dass einmal geschaffene Förderinstrumente wegen damit verbundener politischer Kosten nicht mehr reformiert oder abgeschafft werden – selbst wenn sich andere Lösungen ökonomisch oder ökologisch als sinnvoller herausstellen.“ (Boysen-Hogrefe 2017a). Insbesondere letzteres Argument kann für viele Forschungs-, Innovations- und Investitionsbeihilfen gelten, weil staatliche Stellen eine Auswahl über die angebliche Technologie der Zukunft treffen, ohne notwendigerweise die technologische Kompetenz dafür zu besitzen, ob man womöglich auf das „falsche Pferd“ setzt. Daher erhalten die Finanzhilfen für die Elektromobilität hier die Kategorie „H“ für angemessenes Wissen im Sinne von Hayek und die „rote“ Ampelstellung. Das ist nicht zuletzt auch deshalb der Fall, weil es bei den Fördermaßnahmen offenbar primär um Prämien für den Erwerb von Fahrzeugen und weniger deren Nutzung geht und zudem nicht ersichtlich ist, inwieweit eine flächendeckende komplementäre Ladeinfrastruktur gefördert wird, auf die das Risikoargument am ehesten zutrifft (Peterson 2017).

Forschungs-, Innovations- und Investitionsbeihilfen

➤ *Förderung spezifischer Technologien – Nr. 12, 19, 25, 30, 42 und 44, rot (H)*

Das letztgenannte Argument, dass eine bestimmte Technologie gefördert wird, ohne dass klar ist, ob es sich um eine zukunftssträchtige Lösung oder einen „Holzweg“ handelt, trifft letztlich auch auf Nr. 12 (Innovationsförderung im Mittelstand) mit mehr als 548 Mill. Euro, Nr. 19 (Zuweisungen für betriebliche Investitionen) in Höhe von 400 Mill. Euro, Nr. 25 (Subventionsäquivalente der Kredite der KfW, die 300 Mill. Euro ausmachen), Nr. 30 (Förderung der industriellen Gemeinschaftsforschung mit 240 Mill. Euro), Nr. 42 (Förderung innovativer Regionen in den neuen Ländern mit 161 Mill. Euro) und die Forschungsförderung für die zivile Luftfahrtindustrie als Nr. 44 mit 152 Mill. Euro zu. Hier wird eine Vorauswahl von Technologien getroffen, obwohl eigentlich nur risikobereite Unternehmen am Markt im Wettbewerb herausfinden könnten, was die vielversprechendste Technologie ist. So kommt zur rein selektiven Verzerrung – nur wer sich bewirbt, erhält eine Förderung – eine technologische hinzu, indem gegen andere Technologien diskriminiert wird, ohne dass klar ist, welche ökonomisch und ökologisch vorzuziehen wäre. Diese Posten erhalten daher ebenfalls die Kategorie „H“ für angemessenes Wissen im Sinne von Hayek und die „rote“ Ampelstellung.²⁴ Das würde anders aussehen, also mindestens in Richtung auf ein „gelb“ oder „hellgrün“ tendieren, wenn die Forschungsbeihilfen „technologieoffen“ und „lediglich zielorientiert“ gewährt würden. Dann würde im „Wettbewerb als Entdeckungsverfahren“ (Hayek 1968) versucht werden, die geeignetste technologische Lösung zu finden. Eine solche Praxis würde etwa dem Petitum im klassischen Lehrbuch von Giersch (1977: 345–349) entsprechen, wonach zwar nur Grundlagenforschung eindeutig staatlich finanziert werden sollte, während anwendungsorientierte Zweckforschung sich privatwirtschaftlich lohnen kann, jedoch im Interesse des Wachstums staatliche Förderung verdient. Dabei fordert Giersch freilich, dass das mit staatlicher Förderung gewonnene Anwendungswissen zu möglichst geringen Kosten allgemein zugänglich werden müsse. Gegen lediglich zielorientierte Beihilfen kann eingewendet werden, dass der

²⁴ Für die Subventionsäquivalente der KfW-Kredite wurde abweichend von den anderen Posten die Ampel auf „gelb“ geschaltet, weil es sich hier um einen Mischposten handelt, dem im Haushalt nicht anzusehen ist, wie viel davon in die im Text genannten Verwendungen fließt und wie viel in eher offene Fördermaßnahmen.

Staat dann mit Finanzhilfen ganz sicher einige Irrwege fördern würde, sofern er konkurrierende Technologieansätze bezuschusst, von denen sich, ex post betrachtet, nur einer durchsetzt. Aber das macht letztlich nur transparent, dass vorab niemand weiß – auch nicht staatliche Technologieförderstellen –, welche Lösung wirklich nachhaltig und zukunftssträftig ist.

Arbeitsmarktmaßnahmen

➤ Arbeitsmarktmaßnahmen der BfA – Nr. 11 und 28, gelb (A)

Die Arbeitsmarktmaßnahmen der Bundesagentur für Arbeit Nr. 11 (Leistungen zur Eingliederung in Arbeit) in Höhe von 550 Mill. Euro und Nr. 28 (Förderung der beruflichen Ausbildungsförderung) mit 265 Mill. Euro sollen zur Verbesserung der beruflichen Bildung der Arbeitnehmer eingesetzt werden. Dies erscheint grundsätzlich als berechtigt, weil der Standort Deutschland im internationalen Wettbewerb nur bestehen kann, wenn die Qualifikation der Arbeitnehmer ständig nach oben angepasst wird. Dennoch sind diese Finanzhilfen aus Sicht der Subventionsberichterstattung nicht völlig unproblematisch. Zwar ist es nicht völlig auszuschließen, dass am Markt für berufliche Bildung positive externe Effekte vorliegen, deren Existenz zu geringeren Eigenanstrengungen von Arbeitnehmern und Unternehmen führen kann.²⁵ Grundsätzlich wäre bei derartigen externen Erträgen eine Subventionierung der sonst zu gering ausfallenden Ausbildungsaktivitäten denkbar. Jedoch hat es sich die Wirtschaftspolitik in diesem Fall mit der immer wieder angewendeten Taktik leicht gemacht, das Externalitätenproblem mittels staatlicher Fördermittel statt alternativ denkbarer ordnungspolitischer Maßnahmen anzugehen. Problematisch ist indes, dass die Höhe der Finanzhilfen wegen des Informationsproblems nicht ohne weiteres adäquat festgesetzt werden kann und externe Vorteile mittels Rückzahlung an einen Weiterbildungsfonds kaum internalisiert werden können (Boss und Rosenschon 2008: 43–44). Diese Hilfen, die als Anpassungshilfen („A“) klassifiziert werden können, bekommen daher die Ampelschaltung „gelb“.

Kultur und Sport

➤ Kultur- und Sportförderung – Nr. 15, 37, 46, 50 und 51, gelb (V), bis auf Nr. 50, grün (V und U)

Auch der Bund betreibt in geringerem Maße Kulturförderung, obwohl Kulturpolitik im Prinzip Ländersache ist. Zudem engagiert er sich in der Sportförderung. In Tabelle 8 sind dies die Posten Nr. 15 (Kulturförderung im Inland ohne Zahlungen an die Länder) in Höhe von 461 Mill. Euro, Nr. 37 (Allgemeine kulturelle Angelegenheiten, ebenfalls ohne Zahlungen an die Länder) mit 189 Mill. Euro, ferner Nr. 46 (Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur) mit 150 Mill. Euro und Nr. 50 (Globalzuschüsse zur gesellschaftspolitischen und demokratischen Bildungsarbeit) mit 116 Mill. Euro sowie Nr. 51 Aufwendungen für zentrale Maßnahmen auf dem Gebiete des Sports, 114 Mill. Euro. Gerechtfertigt wird die Kulturförderung mit einer Reihe von Argumenten, die allerdings meist wenig operational formuliert sind. Dabei wird zum einen auf die gesellschaftspolitische Rolle der Kultur verwiesen. Ihr wird eine erzieherische Aufgabe bei der Bildung von Grundwerten zugemessen. Ferner wird postuliert, die Integration der Gesellschaft werde durch gemeinschaftliche Kulturerlebnisse vorangetrieben, und die These vertreten, der Geist der Freiheit als Grundlage für Demokratie und Marktwirtschaft könne sich besonders gut entfalten, wenn der Staat

²⁵ Im Bereich der beruflichen Weiterbildung können insofern externe Erträge entstehen, als im Betrieb Erlerntes bei einem Arbeitsplatzwechsel oder im persönlichen Umfeld weitergegeben wird sowie den ausbildenden Unternehmen bei der Weiterbildung ihrer Arbeitnehmer damit Kosten entstehen, deren Erträge möglicherweise bei anderen Unternehmen anfallen.

eine breite Kulturförderung bereitstelle. Zum anderen wird in der zitierten Begründung auf verschiedene Arten von positiven Externalitäten abgestellt.²⁶

Am überzeugendsten erscheint das Argument des gesellschaftspolitischen Mehrwerts bei den Globalzuschüssen zur gesellschaftspolitischen und demokratischen Bildungsarbeit (Nr. 50), wobei es natürlich auf die vermittelten Inhalte ankommt. Insgesamt wird dieser Posten aber mit der Ampelschaltung „grün“ versehen.

Was ansonsten die gesellschaftspolitische Rolle von Kunst und Kultur angeht, so lassen sich positive Externalitäten für die Gesellschaft sicherlich nicht grundsätzlich wegdiskutieren. Es fällt indes schwer, wesentliche von unwesentlichen Externalitäten zu trennen. Gemeinschaftlichkeit beim Kulturkonsum mag zwar wichtig sein, doch ist dies vorwiegend eine Aufgabe, die im privaten Sektor des Gemeinwesens anfällt. Was die behaupteten externen Vorteile im Konsumbereich anbelangt, so ist gegenüber Bewertungen, die aus Konsumenten- oder Wählerbefragungen gewonnen werden, Vorsicht angebracht. Soweit der Einzelne glaubt, seine bekundete „Wertschätzung“ sei für ihn kostenlos, ist ein Bias bei den Antworten zugunsten einer intensiveren Förderung nicht auszuschließen. Auch die Begründungen der Kulturförderung mit externen Effekten im Produktionsbereich sind problematisch. Das Kreativitätsargument spricht für Kunstunterricht an den Schulen; eine weiterführende Kunst- und Kulturförderung lässt sich daraus nicht zwingend ableiten. Wenn man dennoch Kultur subventionieren will, dann wäre es besser, von der Objekt- zur Subjektförderung überzugehen (Pommerehne und Frey 1993: 210). Zu denken wäre an Kulturgutscheine. Gottschalk (2011: 382–383) führt Beispiele auf, bei denen in den USA mit Kulturgutscheinen experimentiert wurde und bei denen sowohl aufseiten der geförderten Institutionen als auch der Konsumenten, die diese Gutscheine erhielten, gute Erfahrungen gemacht worden sind. Ein Gutschein-System erfordert freilich ebenfalls Verwaltungsaufwand und wäre daher nicht kostenlos zu haben. Insgesamt erhalten Maßnahmen der Kulturförderung, von der oben genannten Ausnahme abgesehen, die Ampelschaltung „gelb“. Bezüglich der Zuschüsse für die Sanierung von Einrichtungen in den Kommunen wird dadurch die generelle Notwendigkeit angesichts des Sanierungsstaus auch in diesem Infrastrukturbereich nicht in Frage gestellt. Die Existenz dieses Postens gibt jedoch zu der Vermutung Anlass, dass der Finanzausgleich zwischen den föderalen Ebenen trotz aller Reformen sanierungsbedürftig ist.

Sonstiges

Zwei Positionen im Mittelfeld der Liste der größten Bundesfinanzhilfen sind noch nicht diskutiert worden, die Nr. 24 für Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen mit 300 Mill. Euro in 2017 und die Nr. 27 für Prämien nach dem Wohnungsbauprämiengesetz in Höhe von 265 Mill. Euro.

➤ *Flüchtlingsintegration – Nr. 24, grün (U)*

Bei den Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen kann die Ampelschaltung „grün“ vergeben werden, weil es sich hier um eine unabwendbare gesamtgesellschaftliche Aufgabe handelt, selbst wenn durch die Finanzhilfe einzelne Unternehmen etwa der Baubranche begünstigt werden. Sollten die Mittel in den sozialen Wohnungsbau zur Unterbringung von Flüchtlingen fließen, kommen nicht einmal die beim sozialen Wohnungsbau sonst zuweilen angebrachten verteilungspolitischen Bedenken zum Tragen, dass diese Hilfe häufig wenig zielgerichtet ist und nicht zwingend bei den Bedürftigsten ankommen (Boss, Klodt et al. 2011: 95).

²⁶ Vgl. die ausführliche Diskussion in Laaser und Rosenschon (2013b: 21–23).

➤ *Prämien nach dem Wohnungsbauprämienengesetz – Nr. 27, rot (V)*

Bei den Prämien nach dem Wohnungsbauprämienengesetz handelt es sich um ein relativ altes Instrument, das in den fünfziger Jahren eingeführt wurde, teils, um die Wohnraumnot nach dem Zweiten Weltkrieg zu mindern, teils aber auch, um als Instrument der Vermögensbildung bei weniger wohlhabenden Familien zu dienen. Auch wenn derzeit – wenn auch aus anderen Gründen, nämlich wegen der Nullzinspolitik der Europäischen Zentralbank und der Suche vieler Bürger nach sicheren Anlagequellen – Engpässe und Bodenpreis- und Mieterhöhungen nicht nur in Ballungsgebieten zu verzeichnen sind, passt das Instrument der Förderung privaten Wohneigentums wenig in die Gegenwart. Für die Bevorzugung von Wohneigentum gegenüber anderen Formen der Vermögensbildung lassen sich letztlich keine ökonomisch stichhaltigen Argumente finden, so Boss, Klodt et al. (2011: 94–95). Wenn die privaten Haushalte Wohneigentum als Vermögensanlage bevorzugen, dann sollte sie der Staat dabei nicht stören, aber auch nicht paternalistisch eingreifen, wenn die Bürger andere Vermögensformen präferieren. Im Übrigen wäre dann eine überlegene Strategie, die EZB-Nullzinspolitik zu korrigieren und die Verzerrungen der relativen Preise an den Vermögensmärkten zu beseitigen.

In der heutigen Zeit lässt sich diese Förderung am ehesten noch mit Verteilungszielen rechtfertigen. Wohnen sei ein Grundbedürfnis – so lautet die verteilungspolitische Argumentation – und angemessener Wohnraum solle auch für einkommensschwächere Bevölkerungsschichten erschwinglich sein. Bei einer solchen Argumentation spricht aber alles dafür, die Förderung der Wohnungswirtschaft als Subjektförderung auszugestalten und nicht als Objektförderung. Denn die Subjektförderung ist erheblich zielgenauer, da die staatlichen Hilfgelder unmittelbar den bedürftigen Zielgruppen zugeleitet werden, wie es beim Wohngeld geschieht, und bedürftige Gruppen von der Förderung nicht ausgeschlossen werden. Gerade dagegen verstößt aber das System der Wohnungsbauprämien. Sie können sogar eine Umverteilung zugunsten des Mittelstandes bewirken, denn den Ärmsten der Armen fehlen in aller Regel die Mittel, Wohnungseigentum zu erwerben und die erforderliche Eigenkapitalbasis bei Bausparverträgen zu erreichen. Aus ökonomischer Sicht sind daher die Kürzungspotenziale bei der Wohnungsbauprämie, die für Bausparleistungen gewährt wird, eindeutig. Ihre Höhe wurde bereits ab 2004 von 10 Prozent auf 8,8 Prozent der prämienebegünstigten Aufwendungen reduziert (Boss, Klodt et al. 2011: 94–95). Aber sie belastet den Bundeshaushalt nach den Angaben aus Tabelle 8 immer noch mit 265 Mill. Euro jährlich. Die Subventionen nach dem Wohnungsbau-Prämienengesetz erhalten daher die Ampelschaltung „rot“.

5.4 Einzelposten bei den Steuervergünstigungen

Die 25 größten Steuervergünstigungen machten im Jahr 2017 93 Prozent der gesamten Steuervergünstigungen aus (Tabelle 9). Die mit 17 Mrd. Euro größte Position ist die Umsatzsteuerbefreiung der ärztlichen Leistungen und der Sozialversicherungsträger, Krankenhäuser, Diagnosekliniken, Altenheime, Pflegeheime, der ambulanten Pflegedienste und der Wohlfahrtsverbände. Die Steuervergünstigungen verteilen sich auf die verschiedenen Gebietskörperschaften, da eine Reihe von Steuern Gemeinschaftssteuern sind, die sich Bund, Länder und Gemeinden teilen.

Generell ist in der wirtschaftspolitischen Diskussion in Bezug auf Subventionskürzungen die Abschaffung von Steuervergünstigungen populärer, weil dies zu Mehreinnahmen der Gebietskörperschaften führt. In diesem Zusammenhang lässt allerdings Folgendes die Anrechnung von Steuervergünstigungen als Subvention in einem etwas anderen Licht erscheinen: Wenn ein Steuersatz – vielleicht gar erheblich – erhöht wird und mit einer deutlichen Mehrbelastung der Zensiten verbunden ist, dann erhöhen eventuelle weiterbestehende Steuervergünstigungen die Subventionssumme allein durch

diese Maßnahme. Ob das dann wirklich eine erhöhte Subvention ist, lässt sich wohl nur aus steuer-technischer Sicht uneingeschränkt mit „ja“ beantworten.

Vereinheitlichung der Umsatzsteuer

➤ *Umsatzsteuerbefreiung für die Sozialversicherungsträger und ärztliche und pflegerische Leistungen – Nr. 1, gelb (V)*

Größter Posten in der Liste von Tabelle 9 ist die Umsatzsteuerbefreiung für die Sozialversicherungsträger und die verschiedenen Arten von ärztlichen und pflegerischen Leistungen. Im Jahr 2017 machten diese Mindereinnahmen knapp 17 Mrd. Euro aus. An diesem Posten wird das Dilemma des geteilten Umsatzsteuersatzes bzw. der völligen Umsatzsteuerbefreiung für bestimmte Wertschöpfungsvorgänge besonders deutlich. Auf der einen Seite werden hiermit sozial und gesellschaftlich besonders wertvolle wirtschaftliche Leistungen gefördert. Diese Subvention dürfte in einer öffentlichen Debatte wenig Widerstand ernten, weil für die Betroffenen oftmals keine Wahlfreiheit im Sinne der Konsumentensouveränität besteht, da sie derartige Leistungen aus gesundheitlichen Gründen im weitesten Sinne nachfragen müssen. Einschließlich eines vollen Umsatzsteuersatzes dürften zudem die Versicherungsprämien sowohl der gesetzlichen Krankenversicherung als auch der privaten Krankenversicherungen höher sein als heute. Auf der anderen Seite stellt diese Subvention aber eine Bevorteilung für die Anbieter von Gesundheitsleistungen im weitesten Sinne und damit eine Verzerrung der Preisrelationen dar. Angesichts der ohnehin hohen und steigenden Kosten der Leistungen der Gesundheitsbranche sowie der erzielten Gewinne scheidet ein distributives Motiv aus. Eigentlich wäre ein einheitlicher Umsatzsteuersatz für alle Arten von Wertschöpfungen eine anzustrebende Lösung. Eine solche Reform wäre freilich ein schwieriges Unterfangen, sie würde vielfach in das gesamte Sozialsystem eingreifen und eine Reihe von Folgeänderungen nach sich ziehen. Es mag zudem für viele Bürger durchaus nachvollziehbar sein, dass beispielsweise Nahrungsmittel nur mit dem halben Umsatzsteuersatz belegt werden. Andererseits haben sich gerade bei geteilten Umsatzsteuersätzen in vielen Fällen Einzelmaßnahmen und dann auch generelle Ermäßigungen als widersprüchlich herausgestellt.

Bei den Gesundheitsdiensten mag eine Ermäßigung als unmittelbar lebensnotwendige Leistungen am ehesten angebracht sein. Ob die Präferenz eine völlige Freiheit der Besteuerung nahelegt, wäre noch zu diskutieren. Diese Leistung erhält ein „gelb“ auf der Ampel, wird also nicht völlig in Frage gestellt, man sollte aber einen Blick auf die Höhe haben.

➤ *Weitere Umsatzsteuerbefreiungen – Nr. 18, 20 und 25 gelb (V), Nr. 5, 12 und 13 rot (V)*

Weitere Umsatzsteuervergünstigungen sind

- Nr. 5 (Ermäßigung für kulturelle und unterhaltsame Leistungen) in Höhe von 3,9 Mrd. Euro,
- Nr. 12 (Ermäßigung für die Personenbeförderung im ÖPNV) mit 1,4 Mrd. Euro,
- Nr. 13 (Ermäßigung für Beherbergungsleistungen) in Höhe von 1,4 Mrd. Euro,
- Nr. 18 (Ermäßigung für medizinische Hilfsmittel wie Krankenrollstühle etc.) in Höhe von 595 Mill. Euro,
- Nr. 20 (Ermäßigung für Zahntechniker und -ärzte) mit 570 Mill. Euro,
- Nr. 25 (Ermäßigung für Leistungen gemeinnütziger Organisationen ohne Erwerbscharakter) in Höhe von 415 Mill. Euro.

Von diesen kann am ehesten noch die Nr. 18 für medizinische Hilfsmittel die gleiche Einschätzung „gelb“ erhalten wie die Nr. 1 für medizinische Leistungen, gegebenenfalls auch noch die Nr. 20 für Zahnmedizinische Leistungen. Allerdings zeigt sich bei diesem Vergleich auch, dass für ähnliche Leistungen vom Steuergesetzgeber die Vergünstigung in unterschiedlichem Maße gewährt worden ist.

Bei den Leistungen von Organisationen ohne Erwerbszweck, der Nr. 25, ist zu bedenken, dass es bei marktgängigen Leistungen – und um solche handelt es sich, denn wie sollten sonst Umsätze generiert werden? – eigentlich nicht darauf ankommt, ob der Anbieter eine Gewinnerzielungsabsicht hat oder nicht. Denn ohne eine solche können gegebenenfalls auch Kosten höher ausfallen.²⁷ Hier wäre eine Angleichung – notwendigerweise aber auch eine allgemeine Satzsenkung – daher ebenfalls denkbar. Da allerdings Leistungen erbracht werden, die denen des Gesundheitswesens ähnlich oder verwandt sind, ist noch eine Ampelschaltung „gelb“ mit Kategorie „V“ vertretbar.

Bei den Ermäßigungen für Kultur und Personenverkehr dagegen ist die Argumentation, die für medizinische Leistungen vorgebracht wurde, weniger überzeugend. Hier wäre eine Angleichung des Normalsatzes – freilich zusammen mit dessen aufkommensneutraler Senkung – anzustreben. Für Nr. 5 und 12 wird daher die Ampelschaltung „rot“ vergeben.

Schließlich gilt für die verbleibende Nr. 13 ebenfalls die Ampelschaltung „rot“, weil für eine Steuerermäßigung für das Gastronomiegewerbe keinerlei ökonomische Rechtfertigung erkennbar ist, die diese Branche im Vergleich zu anderen als besonders belastet erscheinen ließe. Weil es sich bei ihrer Einführung um reine Klientelpolitik handelte, ist diese Subvention in der Kommentarspalte auch mit der Einschätzung „G“ für „grotesk“ versehen. Eigentlich hätte man für diese Subvention sogar die Ampelschaltung „dunkelrot“ einführen müssen.

Erbschaftsteuerermäßigung

➤ *Erbschaftsteuerermäßigung bei Betriebsübergang – Nr. 2, gelb (A)*

Zweitgrößter Posten unter den Steuerermäßigungen ist die Erbschaftsteuerermäßigung beim Betriebsübergang an Unternehmensnachfolger mit 2017 noch 7,1 Mrd. Euro. Dieser Posten sorgte ab dem Jahr 2013 wegen vorgezogener Erbübergänge durch Schenkungen zu abrupt gestiegenen Einnahmeausfällen durch Erbschaftsteuerbefreiung und -minderung beim Übergang von Betriebsvermögen an den/die Unternehmensnachfolger. Dies geschah im Vorfeld des Urteils des Bundesverfassungsgerichts und der anstehenden Erbschaftsteuerreform. Der steile Anstieg des Betrages dieser Steuerermäßigung war erheblich (siehe Anhangtabelle A2 sowie Laaser und Rosenschon 2016: 18–19). Die Erbschaftsteuerreform ist im November 2016 rückwirkend ab Juli 2016 in Kraft getreten und trägt sowohl den zuvor geäußerten Bedenken des Bundesfinanzhofes, Betriebsvermögen werde übermäßig von der Steuer ausgenommen, und dem darauf folgenden Urteil des Bundesverfassungsgerichts Rechnung als auch dem Argument, dass Firmenerben weitgehend von der Erbschaftsteuer verschont werden sollten, wenn sie das Unternehmen weiterführen und Arbeitsplätze erhalten (Bundesregierung 2016). Da letzteres Argument gerade für den Industriestandort Deutschland wichtig ist, wird hier keine Abschaffung dieser Regelungen gefordert, sondern statt dessen die Ampel für diese Anpassungssubvention „A“ auf „gelb“ geschaltet. Und das heißt, dass hier eine ständige Überprüfung notwendig ist.

²⁷ Aus diesem Grunde enthalten die Kieler Subventionsberichte auch die sogenannten weichen Subventionen „im weiteren Sinne“, die unter dem etwas sperrigen Stichwort „allokationsverzerrende Transfers und Zuwendungen an private und staatliche Organisationen ohne Erwerbszweck“ verbucht werden. Siehe Summenzeile IV in den Tabellen 4 und 5 sowie in Laaser und Rosenschon (2017a und 2017b).

Einkommenssteuerermäßigungen

➤ *Entfernungspauschale – Nr. 3, rot (Z)*

Nr. 3 der Liste in Tabelle 9 ist die sogenannte Entfernungspauschale mit 4 Mrd. Euro. Diese Steuerermäßigung, mit der die erhöhten Fahrtkosten bei größeren Entfernungen zwischen Wohnort und Arbeitsstelle eines Arbeitnehmers abgepuffert werden sollen, ist stets Gegenstand von intensiven Diskussionen unter Ökonomen gewesen.²⁸ Die Entfernungspauschale kann ebenfalls als erhebliche steuerliche Vergünstigung eingestuft werden. Zwar kann der Abzug entsprechender Beträge für gerechtfertigt erachtet werden, weil die Ausgaben für Fahrten von der Wohnung zur Arbeitsstätte und zurück zur Einkommenserzielung notwendig sind („Nettoprinzip“).²⁹ Aber die Entscheidung für einen Wohnsitz ist nicht die primäre Aktion; sie erfolgt wohl häufig erst nach der Entscheidung für einen Arbeitsplatz, so dass die Fahrtkosten nicht oder zumindest nicht vollständig „berufsbedingt“ sind. Abgesehen davon kann die Entfernung zwischen Wohnung und Arbeitsplatz Nutzen mit sich bringen (Wohnen „im Grünen“, niedrige Mieten, niedrige Immobilienpreise) und „die Arbeit beginne am Werk-“.³⁰ Deshalb werden diese in der sogenannten Zusatzliste der Studie Koch/Steinbrück aufgeführt und dort auch den Steuervergünstigungen zugerechnet (Koch und Steinbrück 2003: 17). Im Übrigen ist die Entfernungspauschale auch aus raumwirtschaftlicher Sicht nicht unumstritten, weil sie im Prinzip zur Zersiedelung führt, weil die Pendelkosten zur und von der Arbeit subventioniert und die Pendelentfernungen möglicherweise länger werden, als sie es ohne diese Maßnahme wären.³¹ Daher wird sie hier mit der Ampelschaltung „rot“ versehen.

➤ *Abzug der Kirchensteuer als Sonderausgabe – Nr. 4, gelb (V)*

Als Nr. 4 erscheint in der Liste der Abzug der Kirchensteuer als Sonderausgabe bei der Einkommensteuer, was 2017 fast 3,8 Mrd. Euro ausmachen dürfte. Angesichts der offiziellen Trennung von Kirche und Staat erscheinen Subventionen an die Kirchen zumindest fraglich. Problematisch kann etwa sein, dass Kirchen als ausgewählte Religionsgemeinschaften Staatszuschüsse erhalten, die Finanzierung aber vom allgemeinen Steuerzahler ungeachtet dessen eigener Religionszugehörigkeit erfolgt. Dies könnte auch im Widerspruch zur Neutralität des Staates gegenüber allen ausgeübten Religionen stehen.³² Da zumindest ein Teil der den Kirchen zufließenden Kirchensteuermittel sozialen und mildtätigen Zwecken zukommt (Klodt et al. 2012: 44–45), wird für diese Steuerermäßigung zumindest noch die Ampelschaltung „gelb“ vergeben.

²⁸ Als Beispiel seien die drei aufeinanderfolgenden Beiträge von Homburg (2008), Karrenbrock (2008) und Eekhoff (2008) genannt.

²⁹ So argumentiert beispielsweise Karrenbrock (2008).

³⁰ So etwa Eekhoff (2008: 66–69), der sich gegen eine Subventionierung der Fahrtkosten innerhalb einer Arbeitsmarkt-/Pendelregion ausspricht. Homburg (2008: 48–50) rechnet die Fahrtkosten nur in kurzfristiger Sicht mit gegebener Raumstruktur dem Arbeitsplatz zu, in langfristiger Sicht mit endogener räumlicher Verteilung von Unternehmen und Wohnungen dagegen der Privatsphäre. Blankart (1977: 429–430) gibt ferner zu bedenken, dass pekuniäre Vorteile für Pendler verteilungspolitisch zweischneidig sein können, sofern in weiter von den Zentren entfernt gelegenen Wohnorten häufig Familien angesiedelt sind, die eher wohlhabend sind.

³¹ Homburg (2008: 51). Dieses Argument führt auch der Kronberger Kreis (2008: 7) an. Gleichwohl gibt er auch zu bedenken, dass es für das Ziel, die Zersiedelung zu begrenzen, noch zielgenauere Instrumente gebe.

³² In Deutschland treibt der Staat für die großen christlichen Kirchen einen bedeutenden Teil von deren Einnahmen (Kirchensteuer) ein, soweit die Steuerpflichtigen nicht aus ihrer Kirche ausgetreten sind. Zu alternativen Modellen siehe die in Klodt et al. (2012: 44, Fußnote 38) zitierten Quellen.

➤ *Steuerermäßigungen für Sonntagsarbeit, Übungsleiter und Handwerkerleistungen – Nr. 6, 7 und 8, gelb (V oder Z)*

Auf den Rängen 6 bis 8 folgt eine Reihe von weiteren Einkommensteuerermäßigungen:

- für bestimmte Zuschläge für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit (knapp 2,8 Mrd. Euro),
- der Freibetrag für nebenberufliche Tätigkeiten, z.B. als Übungsleiter (2 Mrd. Euro), und
- die Steuerermäßigung für Handwerkerleistungen (knapp 2 Mrd. Euro).

Sie alle erhalten hier die Ampelschaltung „gelb“. Zwar werden die meisten Einkommensteuerzahler diese Ermäßigungen als gerechtfertigt erachten, ökonomisch gesehen sind aber Zweifel angebracht. So ist es z.B. nicht ausgeschlossen, dass die Ermäßigung der Steuer für *Überstundenzuschläge* einfach nur dazu führt, dass von den Arbeitgebern der entsprechenden Arbeitnehmer geringere Brutto-Zuschläge gezahlt werden, so dass die Subvention gar nicht bei den Destinatären ankommt, sondern gewissermaßen abgeschöpft wird. Die *Übungsleiterpauschale* soll ehrenamtliches Wirken von Bürgern fördern und entsprechende Aufwandsentschädigungen von der Steuer ausnehmen. Grundsätzlich ist diese Maßnahme durchaus sinnvoll, sie ist aber durch ihre Gestaltung schlecht von Einkünften aus selbständiger Arbeit abzugrenzen und könnte daher Verzerrungen auslösen. Mit den (begrenzten) Abzugsmöglichkeiten für *Handwerkerleistungen* in der selbstgenutzten Wohnung soll der Schwarzarbeit vorgebeugt werden. Mit den dafür geltenden Einschränkungen kann aber eine Verzerrung entstehen.

➤ *Steuerermäßigungen für Spenden, betriebliche Veräußerungsgewinne, Haushaltshilfen und Vorsorgeaufwendungen – Nr. 11, grün, 17, 22 und 23, gelb (V oder Z)*

Hinzu gesellen sich weitere Ermäßigungen auf weiter hinten stehenden Rängen:

- Nr. 11 (Steuerbegünstigung für Spenden) mit knapp 1,7 Mrd. Euro,
- Nr. 17 (Halbierung des Steuersatzes für betriebliche Veräußerungsgewinne) mit 735 Mill. Euro,
- Nr. 22 (für nicht schwarz beschäftigte Haushaltshilfen) mit 480 Mill. Euro und
- Nr. 23 (Sonderausgabenabzug für Vorsorgeaufwendungen) mit 460 Mill. Euro.

Durch die Steuerbegünstigung für Spenden an mildtätige Organisationen wird deren Arbeit als Nichtregierungsorganisationen, die ähnliche soziale und gemeinnützige Aufgaben wahrnehmen wie die staatliche Sozialpolitik selbst, gefördert. Angesichts dieser Quasi-Auftragsverwaltung, die für die große Vielzahl mildtätiger Aufgaben staatliche Maßnahmen ersetzt, kann diese Steuerermäßigung „grün“ markiert werden, zumal die Gemeinnützigkeit hierbei durch die Finanzämter geprüft und von diesen eine entsprechende Bescheinigung erteilt wird.

Bei der Halbierung des Steuersatzes für Gewinne aus der Veräußerung von Betrieben, Betriebsteilen oder Anteilen von Unternehmen Nr. 17 geht es letztlich um die Klassifizierung der Einkunftsarten im Rahmen der Veranlagung zur Einkommensteuer. Diese Steuerermäßigung betrifft außerordentliche Einkünfte nach § 34 EStG. Mit dieser Maßnahme soll der Übergang von Unternehmensanteilen erleichtert werden, um den Unternehmen mehr Flexibilität bei der Gestaltung der Unternehmensstruktur zu gewähren. Wenn sie die Flexibilität tatsächlich erhöht, kann der Maßnahme eine gewisse Berechtigung nicht abgesprochen werden. Auf der anderen Seite sind bei derartigen Transaktionen spekulative Einnahmen von beträchtlichem Umfang möglich. Daher ist zu fragen, in welchem Ausmaß die Erleichterung erfolgen sollte. Koch und Steinbrück (2003: 18) haben diese Steuervergünstigung deshalb in ihre Liste „Regelabbau von Steuervergünstigungen“ aufgenommen und empfahlen eine

Erhöhung des ermäßigten Steuersatzes um 6 Prozent. Dieser mittleren Position beim Subventionsabbau entsprechend kann bei dieser Maßnahme die Ampelschaltung „gelb“ vergeben werden.

Bei der Steuerermäßigung für Aufwendungen für eine Haushaltshilfe Nr. 22 sehen Koch und Steinbrück (2003: 32) jedoch davon ab, diese Maßnahme in Frage zu stellen und reihen sie in ihre eigene Liste ein, für die ein Abbau aus wirtschaftspolitische Gründen (z.B. Wettbewerb, Wirtschaftsförderung, Mittelstandsförderung) nicht in Frage kommt. Mit dieser Maßnahme soll der Schwarzbeschäftigung von Haushaltshilfen vorgebeugt werden. Nach wie vor ist allerdings die große Mehrzahl von Haushaltshilfen nicht wenigstens als Minijobber/in angemeldet.³³ Insofern kann die Wirksamkeit dieser steuerlichen Regelung nicht zweifelsfrei nachgewiesen werden. Angesichts der durchaus sinnvollen Grundidee wird ihr hier die Ampelschaltung „gelb“ mit der Kategorisierung „Z“ für zweifelhafte Wirkung gegeben.

Das gilt auch für den Abzug von Vorsorgeaufwendungen als Sonderausgaben bei der Einkommensteuer Nr. 23. Man mag argumentieren, dass diese Maßnahme zur Kapitalbildung der Bürger für das Alter beiträgt. Auf der anderen Seite gehen hier durchaus Verzerrungen mit der Ermäßigung einher, weil sie nur für bestimmte Versicherungen, wie die Lebensversicherung, gilt. Dabei bleibt möglicherweise außer Betracht, dass andere Vermögensanlagen eine bessere Chance auf Altersvorsorge bieten. Zudem wird die Maßnahme als „W“ widersprüchlich eingestuft, weil auf der anderen Seite durch die anhaltende Nullzinspolitik der Europäischen Zentralbank die Rentabilität von Vermögensanlagen auf breiter Front in Frage gestellt wird. Dies ist allerdings eine Widersprüchlichkeit jenseits des engeren Politikfelds „Förderung der Vermögensbildung“. Vor diesem Hintergrund wird die Ampel auf „gelb“ geschaltet. Würde die EZB die Nullzinspolitik aufgeben, wäre auch eine bessere Einstufung denkbar.

Energie- und Stromsteuerermäßigungen

➤ *Energiesteuerermäßigungen – Nr. 9, 10, 14, 16 und 21, gelb /orange (W)*

In der Rangliste der größten Steuervergünstigungen folgt auf Platz 9 die erste Energiesteuerbegünstigung, und zwar mit 1,7 Mrd. Euro für die Stromerzeugung und Kraft-Wärme-Kopplung.

Weitere der Energiesteuer zuzurechnende Ermäßigungen sind

- Nr. 10 (Spitzenausgleich für Unternehmen des produzierenden Gewerbes) in Höhe von ebenfalls 1,7 Mrd. Euro,
- Nr. 14 (für Strom, den Unternehmen des produzierenden Gewerbes und der Landwirtschaft für den Eigenbedarf entnehmen) mit 1 Mrd. Euro,
- Nr. 16 (für bestimmte – im Zweifel sehr energieintensive – Prozesse und Verfahren) mit 800 Mill. Euro,
- Nr. 19 (Kerosinsteuerbefreiung für den inländischen Luftverkehr) in Höhe von 570 Mill. Euro,
- Nr. 21 (Energiesteuerbegünstigung für bestimmte Prozesse und Verfahren) mit 560 Mill. Euro und
- Nr. 24 (Agrardieselbegünstigung) in Höhe von 450 Mill. Euro.

Für diese Ermäßigungen der Strom- und der Energiesteuer, die sich auf fossile und nachwachsende Energiearten sowie synthetische Kohlenwasserstoffe bezieht, ist in der ersten Kieler Subventions-

³³ Nach der Studie von Enste und Heldman (2017: 3–4) waren 2016 rund 80 Prozent der Haushaltshilfen in Deutschland schwarz beschäftigt. Dass ist nach wie vor ein hoher Wert, allerdings sind es 10 Prozentpunkte weniger als noch 2005.

ampel die Kategorie „rot mit Ausnahmen“ vergeben worden (Boss, Klodt et al. 2011: 40–44 und 115–116, Anhangtabelle A2). Denn es handelt sich hierbei um eine Subventionierung gerade von Produktionsverfahren und -prozessen, die ausgesprochen umweltfeindlich sind bzw. besonders viel Energie verbrauchen, also gerade jene, bei denen mit den beiden Steuerarten die größte Reduzierung der Emissionen erreicht werden könnte. Im Grunde genommen führen diese Ausnahmen die gesamte betriebene Energie- und Umweltpolitik ad absurdum.

Begründet worden sind diese Steuerermäßigungen ursprünglich damit, dass deutsche Unternehmen Wettbewerbsnachteile gegenüber ausländischen Konkurrenten hätten, die geringere Energiekosten tragen müssen. Das überzeugt jedoch wegen des offensichtlichen Widerspruchs zu den erklärten Zielen der Energie- und Umweltpolitik nicht und ließe sich auf die Formel bringen: „Entweder wird Energie- und Umweltpolitik betrieben oder man lässt es bleiben“. Boss, Klodt et al. (2011: 41–42) haben von der Rotampel nur eine begrenzte Ausnahme zugelassen:

„Eine Ausnahme sollte für jene Branchen und Unternehmen vorliegen, die (1) einen sehr hohen Energiebedarf bei der Produktion bzw. Verarbeitung ihrer Güter besitzen, (2) sich in einem besonders starken internationalen Wettbewerb befinden und bei denen (3) die Gefahr des „Carbon Leakage“ bestehen. Unter diesen Umständen könnte der Abbau der Vergünstigungen zu einer Verlagerung der Produktion ins Ausland führen, so dass, falls dort die Produktion weniger ökologisch ist, aus dieser Perspektive nichts gewonnen wäre. ... Ähnlich wie im Fall der Stromsteuervergünstigungen, sind nur in begründeten Ausnahmen Energiesteuervergünstigungen zu gewähren. Die drei zuvor entwickelten Kriterien sollten auch hier gelten, ...“

Ansonsten, also dort, wo die genannten Kriterien nicht zutreffen, wird die Abschaffung dieser Ermäßigungen als generelle Regel empfohlen.³⁴ Dieser Ansicht schließen sich die Autoren dieser Studie an. Zur besonderen Kennzeichnung dieser Spezialfälle wird hier die Ampelschaltung „Orange“ vergeben.

➤ *Energiesteuerermäßigungen – Nr. 19 und 24, rot (V oder Z)*

Besonderes Augenmerk verdienen noch die Nr. 19 (Kerosinsteuerfreiheit des Luftverkehrs) und die Agrardieselermäßigung Nr. 24.

Luftverkehrsgesellschaften, die gewerbsmäßig Leistungen erbringen, müssen keinerlei Mineralölsteuer für Flugturbinenkraftstoffe entrichten.³⁵ Die grundlegenden Kriterien für das Vorliegen eines öffentlichen Gutes – nichtprivater Konsum und/oder fehlende Möglichkeit, Entgelte für Leistungen zu erzielen – treffen auf den gewerblichen Luftverkehr jedoch in keiner Weise zu. Ferner lässt sich eine Trennung in gewerbliche und private Verwender von Mineralöl oder in steuerpflichtige oder steuerbefreite Verkehrsträger verkehrspolitisch kaum rechtfertigen. Letztlich müssen die Betriebskosten aller Transporte von den Nutznießern der Transportleistungen, also den Nachfragern an den Verkehrsmärkten getragen werden; die Verkehrsunternehmen müssen die Steuerbeträge an die Endverbraucher weiterwälzen. Aber auch aus umweltpolitischer Sicht erscheint die Steuerbefreiung der Luftfahrt unter dem Aspekt von prinzipiell die Umwelt schädigenden Transportleistungen fragwürdig. Inwieweit internationale Vereinbarungen – in diesem Fall bilaterale Luftverkehrsabkommen – einer Abschaffung dieser Steuervergünstigung im Wege stehen, ist strittig. Ein im Auftrag des Bundesumweltamtes erstelltes

³⁴ In der Ampeltabelle 1* in Boss, Klodt et al. (2011: 8*–11*) sind diese Posten zwar „gelb“ gekennzeichnet. Das erklärt sich aber daraus, dass im Umwelt- und Energiekapitel (Boss, Klodt et al. 2011: 41–44) eine gemischte Beurteilung vorgenommen wird, bei der eine Abschaffung, verknüpft mit einer Härtefallregelung, in den genannten Ausnahmefällen empfohlen wird. Die Ampelschaltung „gelb“ ist daher eine Mischung aus „rot“ und „grün“.

³⁵ Gleiches gilt für Bundeswehr, Behörden und Luftrettung (Real 2005: 24).

Rechtsgutachten (Pache 2005: 110–113) sieht indes keine rechtlichen Hemmnisse für eine Kerosinsteuer, solange es sich (a) um *reinen Inlandsluftverkehr* handelt und (b) eine *Kombination* gewählt wird, die aus einer Besteuerung des aus einem inländischen Steuerlager getanktem Kerosins einerseits und aus Nachweispflichten der Luftverkehrsunternehmen für im Ausland getanktes, aber im Inlandsverkehr verbrauchten Kerosins andererseits besteht. Insofern wäre eine Ampelschaltung auf „rot“ aus umweltpolitischer Sicht vertretbar. Demgegenüber stehen einer Besteuerung von Kerosin für internationale Flüge die internationalen Luftverkehrsabkommen im Wege.³⁶

Bezüglich des Betrags von 570 Mill. Euro für den inländischen Luftverkehr im Jahr 2017, den der offizielle Subventionsbericht des BMF nennt, sind gewisse Zweifel angebracht, weil die Zeitreihe zumindest seit 2008 einen zunächst deutlich sinkenden und danach nur milden Anstieg zeigt, wobei sich die Werte häufig wiederholen (Anhangtabelle A2, I. Steuervergünstigungen für Unternehmen, 3. Verkehr). Vermutlich ist hier das „Ende der Fahnenstange“ noch nicht erreicht. Der Wert von 7,4 Mrd. Euro, den Zorzawy et al. (2017: 30) für 2015 auf der Basis des in Deutschland verkauften Kerosins errechnen, gibt den Umfang der inländischen Subvention allerdings auch nicht korrekt an, weil darin das Kerosin für internationale Flüge enthalten ist, das aufgrund der Luftverkehrsabkommen nicht besteuert werden könnte, auch wenn dies aus umweltpolitischer Sicht wünschenswert wäre.

Bei der Agrardieselmäßigung handelt es sich um eine weitere Begünstigung des Agrarsektors, die schon bei der Diskussion der entsprechenden Finanzhilfen mit der Ampelschaltung „rot“ versehen wurde. Diese sektorale Bevorzugung ist ökonomisch nicht gerechtfertigt. Bei dieser Verbrauchssteuer sollte eine Gleichbehandlung aller Branchen die Regel sein.

Exkurs: Weitere Energiesteuerermäßigungen

➤ *Weitere Steuerermäßigungen im Energiebereich – rot (V oder Z)*

Neben den bisher erwähnten umweltpolitisch relevanten Steuerermäßigungen gibt es eine Reihe weitere Posten, die nicht in Tabelle 8 aufgeführt sind, weil beim Kieler Subventionsbericht das Aggregat „Steuerermäßigungen“ traditionell auf dem offiziellen Subventionsbericht der Bundesregierung beruht und die entsprechenden Posten dort nicht vorkommen. Über diese soll hier aber dennoch berichtet werden, zum einen, weil sie in Boss, Klodt et al. (2011: 115–116, Anhangtabelle A2) ebenfalls mit der Rotampel für die Abschaffung gekennzeichnet wurden, zum anderen, weil es sich um substantielle Beträge handelt und weil aktuell um einen davon – nämlich die Dieselsubvention – eine intensive öffentliche Debatte geführt wird. Bei diesen Steuerermäßigungen handelt es sich um

- die Energiesteuerbegünstigung für Dieselkraftstoffe gegenüber dem Steuersatz für Benzin³⁷ und
- die Energiesteuerbegünstigung für Kohle.³⁸

³⁶ Innerhalb der EU wären Besteuerungsoptionen denkbar (Pache 2005: 110–113). Entgegen manchmal geäußerten Meinungen steht einer Kerosinbesteuerung auf internationalen Flügen nicht das Chicagoer Abkommen von 1944 im Wege, das lediglich die Abgabenfreiheit mitgebrachten Treibstoffes bei Landungen im fremden Territorium vorsieht. Es waren erst die wegen fehlender Multilateralität zwischen den luftfahrttreibenden Staaten abgeschlossenen bilateralen Luftverkehrsabkommen, in denen eine Abgabenfreiheit auch für jegliches nachgetankte Kerosin vereinbart wurde (Niclaß 2004).

³⁷ Im Haushaltsjahr 2010 machte diese Begünstigung nach einer Schätzung in Boss, Klodt et al. (2011: 115, Anhangtabelle A2) 6,15 Mrd. Euro aus. Zorzawy et al. (2017: 25, Tabelle 6) schätzen in einer neuen Studie zu den Subventionen für fossile Energieträger den Betrag für 2015 auf knapp 8 Mrd. Euro.

³⁸ 2010 waren dies geschätzt 3,7 Mrd. Euro (Boss, Klodt et al. 2011: 116, Anhangtabelle A2). Zorzawy et al. (2017: 30) nennen für 2015 für das Teilaggregat „Kohle zur Wärmeerzeugung“ noch einen Betrag von 195 Mill.

Die Rotampel für die Energiesteuerermäßigungen kann beim Dieselprivileg mit den höheren Gesundheits- und Umweltrisiken als bei Benzin begründet werden, die durch die bei der Verbrennung entstehenden Rußpartikel anfallen. Zudem entsteht ein höherer Anteil NO_x als bei Benzin pro Liter, allerdings ist Diesel energieeffizienter und folglich verbrauchsärmer. Deshalb haben Boss, Klodt et al. (2011: 43) eine Angleichung des Steuersatzes für Dieselkraftstoff an den Benzinsteuersatz empfohlen. Angesichts des mittlerweile hohen Anteils von Diesel-PKW,³⁹ die ebenfalls von der ursprünglich zugunsten des gewerblichen Straßengüterverkehrs eingeführten Subvention profitieren, ist hier an eine schrittweise und vorhersehbare Anpassung zu denken. Zudem müsste dann konsequenterweise die derzeit höhere Besteuerung von Dieselfahrzeugen bei der KfZ-Steuer gesenkt werden.

Durch die explizite *Begünstigung der Kohle* werden fossile Energieträger unterschiedlich behandelt, was zu Verzerrungen führt. Kohle kann zudem als klimaschädlichster Energieträger gelten, weil ihre Verbrennung zu einem besonders hohen CO₂-Ausstoß führt. Hinzu kommt das schon im Zusammenhang mit den auslaufenden Steinkohlebeihilfen angeführte Argument, dass mit dieser Begünstigung ein schon lange unrentabler Wirtschaftssektor künstlich aufrechterhalten wird. Daher gilt die Rotampel auch hier.

Förderung der Riesterreute

➤ *Riesterreute – gelb (W)*

Schließlich verbleibt unter den 25 größten Steuerermäßigungen noch die Nr. 15, nämlich die Förderung der privaten kapitalgedeckten Altersvorsorge mit 970 Mill. Euro. Dabei handelt es sich um die Fördermaßnahmen für die sogenannte Riesterreute.⁴⁰ Hier lässt sich analog zur Abzugsfähigkeit der Vorsorgeauswendungen (Nr. 23, siehe oben) argumentieren, dass derartige Steuersubventionen zwar den guten Zweck verfolgen, die Kapitalbildung in breiten Schichten der Bevölkerung zu fördern. Auf der anderen Seite stehen dieser Förderung eine ganze Reihe im Steuerrecht verankerte Regelungen gegenüber, mit denen die Kapitalbildung besteuert wird, also gegenteilige Anreize wirken. Zudem wird gerade die langfristige Kapitalbildung für Zwecke der Altersvorsorge im Grunde genommen durch die Nullzinspolitik der Europäischen Zentralbank ad absurdum geführt, weil dadurch langfristige Einlagen entwertet und der Sinn solcher Subventionen wie der Nr. 15 konterkariert wird. Deshalb wird sie als „W“, also eine widersprüchliche Subvention eingestuft und mit der Ampelschaltung „gelb“ versehen.

In diesem Zusammenhang sind zwei weitere Aspekte von Belang: (i) Ein Argument könnte sein, dass hier mit der einen Maßnahme – der Riester-Subvention zugunsten der Kapitalbildung – versucht wird, die negative Wirkung einer anderen Maßnahme – der künstlich gedrückten Zinsen – wenigstens teilweise auszugleichen. Abgesehen davon, dass beide Maßnahmen kausal nicht unmittelbar in

Euro, jedoch sind in anderen in dieser Studie genannten Energiesteuerermäßigungen weitere auf den Energieträger Kohle entfallende Subventionen enthalten (Zerzawy et al. 2017: 29, Tabelle 10).

Zwei weitere in Boss, Klodt et al. (2011: 44) genannte Vergünstigungen, die Nichtbesteuerung von Kernbrennstoffen und die Steuervorteile bei den Atom-Rückstellungen, bleiben hier außer Betracht, weil der Bund von 2011 befristet bis 2016 eine Kernbrennstoffsteuer eingeführt hatte, die allerdings vom Bundesverfassungsgericht aufgrund fehlender Gesetzgebungskompetenz nachträglich für verfassungswidrig erklärt wurde (Beck 2017). Steuererleichterungen für die Rückstellungen könnten damit begründet werden, dass es sich hier um künftige Kosten handele und Rückstellungen steuerrechtlich für die verschiedensten Zwecke gebildet werden können. Siehe hierzu Pfitzer (2017): „Rückstellungen sind nach Handelsrecht Verbindlichkeiten, Verluste oder Aufwendungen, die hinsichtlich ihrer Entstehung oder Höhe ungewiss sind.“

³⁹ Im Januar 2016 hatte knapp ein Drittel der neu zugelassenen PKW einen Dieselantrieb (Zerzawy et al. 2017: 30, die sich auf Angaben des Kraftfahrtbundesamtes stützen).

⁴⁰ Siehe hierzu ausführlich Schneider et al. (2008/17).

Beziehung stehen, sind hier Zweifel angebracht. Denn diese Doppelmaßnahme dürfte ökonomisch insgesamt keine effiziente Lösung sein – eine Milderung der Störung der Kapitalbildung für das Alter durch die erste Maßnahme wäre vorzuziehen. Bei einer derartigen Doppelmaßnahme drängt sich im Übrigen der Vergleich des Besteuerns des Inhalts der sogenannten rechten Tasche zwecks Finanzierung eines Transfers in die linke Tasche auf. Dort wird nicht der besteuerte Betrag ankommen, sondern es sind verwaltungsbedingte Transaktionskosten in Abzug zu bringen. (ii) Weiterhin ist zu berücksichtigen, dass sich die Widersprüchlichkeit der Riester-Subvention nicht systemimmanent ergibt, sondern aus dem gemeinsamen Auftreten mit den aufgrund der EZB-Politik künstlich gedrückten Zinsen. Das hieße, dass im Falle einer Normalisierung des Zinsniveaus eine bessere Einstufung der Riester-Subvention erfolgen könnte.

5.5 Einnahmeverzichte aus kostenlos vergebenen CO₂-Zertifikaten

In Boss, Klodt et al. (2011: 8*, Tabelle 1*) ist die kostenlose Vergabe von CO₂-Zertifikaten für Alt- und Bestandsanlagen im Zuge des sogenannten „Grandfathering“ mit einem roten Ampelsignal versehen worden. Denn diese Praxis stellt letztlich eine Begünstigung der betroffenen Branchen dar, da sie nicht dem Verursacherprinzip folgt und stattdessen Emissionen ermöglicht, deren Kosten der Allgemeinheit zur Last fallen. Damit unterbleibt für die von den verschenkten Zertifikaten gedeckten Emissionen eine Internalisierung der externen Effekte durch Klima- und Umweltverschmutzung. Als Rechtfertigung für dieses „Grandfathering“ wurden seinerzeit vor allem Wettbewerbsnachteile europäischer Unternehmen gegenüber Betrieben aus (außereuropäischen) Ländern, die nicht dem Emissionshandel unterliegen, genannt. Dennoch haben sich Boss, Klodt et al. (2011: 44–45) für eine langfristig vollständige Auktionierung der Emissionsrechte ausgesprochen, da nur so effektive Anreize für die Emissions einsparung gegeben werden können. Letztlich wird durch die inzwischen im Zuge der dritten Handelsperiode stattfindende Verringerung der Zahl der verschenkten Lizenzen immerhin ein Weg beschritten, der in die geforderte Richtung geht. Zudem hat sich mit der Einstellung der Vergabe von kostenfreien Zertifikaten an die Energiewirtschaft im Jahr 2013 ein weiterer Eckpunkt zu einer in Zukunft vollständigen Versteigerung ergeben. Die getroffene Regelung, den Anteil der versteigerten Zertifikate lediglich um einen einstelligen Prozentsatz pro Jahr steigen zu lassen, ist als eine Übergangsregelung für Bestandsanlagen zu verstehen. Das ändert allerdings nichts an der Einschätzung der kostenfreien Vergabe von Zertifikaten als einer ineffizienten Subvention, die deshalb ihr rotes Ampelsignal behält.

6 Fazit

Der Bund hat im Jahr 2016 direkt sowie indirekt über die Länder und über Sonderhaushalte Finanzhilfen an Leistungserbringer in Höhe von 47,6 Mrd. Euro gezahlt; einschließlich der Kompensationszahlungen an die Länder für die Streichung der Bundesmittel für die soziale Wohnraumförderung und für die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden beträgt das vom Bund 2016 geleistete Finanzhilfenvolumen sogar 49,9 Mrd. Euro. Gegenüber dem Jahr 2015, in dem die gesamten Finanzhilfen bei 44,8 Mrd. Euro gelegen hatten, errechnet sich für 2016 eine Steigerung von 11,5 Prozent. Das ist eine erhebliche Steigerung – auch angesichts der schon längere Zeit stabilen Konjunkturlage –, wenn auch nicht ganz so stark, wie man ursprünglich befürchten musste. Im Jahr 2017 haben laut dem Bundeshaushaltsplan die gesamten Finanzhilfen des Bundes abermals deutlich zugenommen, und zwar um weitere 10,8 Prozent auf 52,5 Mrd. Euro; einschließlich der Kompensationszahlungen an die

Länder sind es sogar 55,3 Mrd. Euro. Das sind 20,8 Mrd. Euro mehr als vor der Finanzkrise im Jahr 2007. Seither hält der Bund die subventionspolitischen Zügel deutlich lockerer, obwohl mittlerweile die Gründe entfallen sind, die seinerzeit eine Ausweitung der Finanzhilfen nahelegten. Die Finanzhilfen des Bundes sind damit weiter in einem deutlichen Aufwärtstrend.

Etwas anders sieht dies bei den Steuervergünstigungen, über alle Gebietskörperschaften gerechnet, aus. Diese betragen im Jahr 2017 insgesamt 62,1 Mrd. Euro und sind damit 0,3 Mrd. niedriger als beim Höchststand im Jahr 2015. Grund für diese Abnahme ist ein allerdings ein Sondereffekt, der in den Jahren zuvor die Steuervergünstigungen deutlich nach oben getrieben hatte: die abrupt gestiegenen Einnahmeausfälle durch Erbschaftsteuerbefreiung/-minderung beim Übergang von Betriebsvermögen an Unternehmensnachfolger. Im Vorfeld des Urteils des Bundesverfassungsgerichts und der anstehenden Erbschaftsteuerreform war es zu vorgezogenen Erbübergängen durch Schenkungen gekommen. Diese Entwicklung ebte seit 2015 wieder ab. Wenn man diesen Sondereffekt abzieht, zeigt sich auch bei den Steuervergünstigungen ein Anstieg: von 52,7 Mrd. Euro im Jahr 2015 auf 54 Mrd. Euro im Jahr 2017.

Auf einem deutlichen Rückzug sind dagegen die Einnahmeausfälle aufgrund der kostenlosen Vergabe von CO₂-Lizenzen. Dies liegt aber weniger an der turnusmäßigen Kürzung der Zahl der verschenkten Lizenzen, die derzeit unter 2 Prozent pro Jahr liegt, sondern an den stark gefallen Preisen für die versteigerten Lizenzen, weil offenbar mehr Lizenzen abgegeben wurden, als für die tatsächlichen Emissionen nötig gewesen wären.

Die Diskussion der Subventionen anhand der Kieler Subventionsampel zeigt, dass der überwiegende Teil der Finanzhilfen des Bundes (einschließlich Nebenhaushalte) in der Kategorie „gelb“ zu finden ist, also diejenigen Subventionen, die nicht als völlig sinnlos einzustufen sind, bei denen aber über eine Kürzung nachgedacht werden sollte. Sie machen fast drei Viertel der größten Finanzhilfen und zwei Drittel der größten Steuervergünstigungen aus. Dagegen ergibt die „Verampelung“ der Subventionen bei den Finanzhilfen des Bundes und seiner Nebenhaushalte einen in den Jahren 2015 bis 2017 von 15 auf 13 Prozent sinkenden Anteil für die Kategorie „grün“. Nur sehr wenige Finanzhilfen sind also als nicht kürzbar einzustufen, während die als überflüssig anzusehenden Finanzhilfen der Kategorie „rot“ rund 13 Prozent ausmachen.

Bei den Steuervergünstigungen, die sich auf alle Gebietskörperschaften beziehen, ist der Anteil der „grünen“ Subventionen mit nur 3 Prozent deutlich geringer. Hier ist noch eine Sonderkategorie „orange“ eingeführt worden, die sich auf 10 Prozent der untersuchten Steuervergünstigungen beläuft und bei der Energiesteuerermäßigungen, die dem vorgegebenen Ziel der Einsparung von Energie, Emission und CO₂ gerade bei besonders energieintensiven Produktionen zuwiderlaufen, als „widersprüchlich“ eingestuft werden. „Rote“, also ersatzlos abzuschaffende Subventionen machen knapp 20 Prozent aus.

Damit zeigt sich, dass es genügend Spielraum für Subventionskürzungen gibt, der bei künftig entstehenden Engpässen zur Verfügung stünde. Die aktuelle Analyse von Boysen-Hogrefe (2017b) zur Finanzlage der öffentlichen Haushalte zeigt zudem, dass die gegenwärtig günstige Kassenlage nicht darüber hinwegtäuschen sollte, dass der Finanzpolitik rasch wieder ein rauerer Wind entgegenblasen dürfte.

Literatur

- Beck aktuell Nachrichten (2017). BVerfG kippt Kernbrennstoffsteuer. Zu BVerfG, Beschluss vom 13.04.2017 - 2 BvL 6/13. München: C.H. Beck. Via Internet (Zugriff am 13.12.2017) <<https://rsw.beck.de/aktuell/meldung/bverfg-kippt-kernbrennstoffsteuer>>.
- Blankart, Ch.B. (1977). Wohlfahrtsökonomie und Defizite öffentlicher Unternehmungen: Das Beispiel der Bundesbahnen. *Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik* 115 (4): 425–446.
- BMF (Bundesministerium der Finanzen) (2017). Der Bundeshaushalt. Via Internet (Zugriff am 1.12.2017) <<https://www.bundeshaushalt-info.de/#/2015/ist/ausgaben/einzelplan/3208.html>>.
- BMF (Bundesministerium der Finanzen) (a, lfd. Jgg.). Bericht der Bundesregierung über die Entwicklung der Finanzhilfen des Bundes und der Steuervergünstigungen für die Jahre Subventionsbericht. Berlin.
- BMF (Bundesministerium der Finanzen) (b, lfd. Jgg.). Bundeshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 20.. . Berlin.
- BMF (Bundesministerium der Finanzen) (c, lfd. Jgg.). Haushaltsrechnung und Vermögensrechnung des Bundes für das Haushaltsjahr ... Berlin.
- BMU (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit) (2017). Städtebauförderung / Grundlagen / Ziele, Finanzierung und Mittelverteilung. Via Internet (Zugriff am 1.12.2017) <http://www.staedtebaufoerderung.info/StBauF/DE/Grundlagen/Mittelverteilung/Mittelverteilung_node.html>.
- Boss, A., et al. (2011). Die Kieler Subventionsampel. Kiel Policy Brief 28. Institut für Weltwirtschaft, Kiel. Via Internet (Zugriff am 10.11.2017) <https://www.ifw-kiel.de/wirtschaftspolitik/zentrum-wirtschaftspolitik/kiel-policy-brief/kpb-2011/kiel_policy_brief_28.pdf>.
- Boss, A., H. Klodt et al. (2011). Haushaltskonsolidierung und Subventionsabbau: Wie der Staat seine Handlungsfähigkeit zurückgewinnen kann. Kieler Beiträge zur Wirtschaftspolitik 3. Institut für Weltwirtschaft, Kiel. Via Internet (Zugriff am 10.11.2017) <https://www.ifw-kiel.de/pub/wipo/volumes/wipo_03.pdf>.
- Boysen-Hogrefe, J. (2017a). Helfen E-Autos wirklich der CO2-Bilanz? Nein! Wieso eine Förderung durch den Staat nicht sinnvoll ist. Contra-Beitrag in: Sinn und Unsinn der E-Mobilität. Helfen E-Autos dem Klima – oder schaden sie ihm? Zwei Wissenschaftler streiten, ob der Staat die Elektromobilität stärker fördern sollte. Ein Pro und Contra. Ein Gastbeitrag von Sonja Peterson und Jens Boysen-Hogrefe. *Zeit.de* vom 4. Dezember 2017. Via Internet (Zugriff am 5.12.2017) <<http://www.zeit.de/mobilitaet/2017-11/elektromobilitaet-klima-auswirkungen-pro-contra/komplettansicht>>.
- Boysen-Hogrefe, J. (2017b). Trotz voller Kassen nicht jedes Wahlversprechen im nächsten Koalitionsvertrag umsetzen! Institut für Weltwirtschaft, Kiel, Prognosezentrum. Via Internet (Zugriff am 20.12.2017) <https://www.ifw-kiel.de/medien/medieninformationen/2017/essay_boysen-hogrefe_parteiprogramme.pdf>.
- Bundesregierung (2016). Bund-Länder-Kompromiss. Erbschaftsteuerreform in Kraft getreten. Berlin. Via Internet (Zugriff am 11.12.2017) <<https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2016/09/2016-09-29-erbschaftsteuer-reform-beschlossen.html>>.
- Cantarelli, C.C., B. Flyvbjerg, E.J.E. Molin, and B. van Wee (2010). Cost Overruns in Large-Scale Transportation Infrastructure Projects: Explanations and Their Theoretical Embeddedness. *European Journal of Transport and Infrastructure Research* 10 (1): 5–18.
- Cludius, J., und H. Hermann (2014). Die Zusatzgewinne ausgewählter deutscher Branchen und Unternehmen durch den EU-Emissionshandel. Untersuchung des Öko-Instituts e.V. im Auftrag der Umweltstiftung WWF Deutschland. Berlin. Via Internet (Zugriff am 25.07.2014) <<http://www.wwf.de/fileadmin/fm-wwf/Publikationen-PDF/Zusatzgewinne-ausgewaehlder-deutscher-Branchen-und-Unternehmen-durch-den-EU-Emissionshandel.pdf>>.
- DEHSt (Deutsche Emissionhandelsstelle im Umweltbundesamt) (2012). Auktionierung. Versteigerung von Emissionsberechtigungen in Deutschland Periodischer Bericht: „Early Auctions“ und Versteigerungen im Luftverkehr 2012. Berlin, Stand 12.2012. Via Internet (Zugriff am 25.07.2014) <http://www.dehst.de/SharedDocs/Downloads/DE/Auktionierung/2012_Bericht_Early-Auctions.pdf?__blob=publicationFile>.
- DEHSt (Deutsche Emissionhandelsstelle im Umweltbundesamt) (2014a). Versteigerungen in der zweiten Handelsperiode (2008–2012). Via Internet (Zugriff am 25.07.2014) <http://www.dehst.de/DE/Emissionshandel/Versteigerung/Versteigerungen_2008-2012/Versteigerung_2008-2012_node.html>.
- DEHSt (Deutsche Emissionhandelsstelle im Umweltbundesamt) (2014b). Zuteilung 2013–2020. Ergebnisse der kostenlosen Zuteilung von Emissionsberechtigungen an Bestandsanlagen für die 3. Handelsperiode 2013–2020. Berlin, Stand April 2014. Via Internet (Zugriff am 28.07.2014) <http://www.dehst.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/Zuteilungsbericht.pdf?__blob=publicationFile>.

- DEHSt (Deutsche Emissionshandelsstelle im Umweltbundesamt) (2017). Emissionshandel verstehen, Versteigerung, Versteigerungen in der dritten Handelsperiode im zeitlichen Verlauf, 2015-2016, Übersicht zur dritten Handelsperiode einschließlich Early Auctions in 2012. Via Internet (Zugriff am 20.12.2017) <<https://www.dehst.de/DE/Emissionshandel-verstehen/Versteigerung/versteigerung-node.html>>.
- DEHSt (Deutsche Emissionshandelsstelle im Umweltbundesamt) (a, lfd. Jgg.). VET-Bericht. Treibhausgasemissionen der emissionshandelspflichtigen stationären Anlagen (und im Luftverkehr) in Deutschland im Jahr 20... . Via Internet (Zugriff am 01.08.2014, 30.03.2016 und 15.12.2017) <http://www.dehst.de/DE/Service/Publikationen/publikationen_node.html, Seiten 1–3>.
- DEHSt (Deutsche Emissionshandelsstelle im Umweltbundesamt) (b, lfd. Jgg.). Auktionierung. Deutsche Versteigerungen von Emissionsberechtigungen. Jahresbericht 20... Berlin, Stand April 20... Via Internet (Zugriff am 25.07.2014, 30.03.2016 und 15.12.2017) <https://www.dehst.de/DE/Service/Publikationen/publikationen_node.html, Seiten 1–3>.
- Deutscher Bundestag (2016). Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2017 (Haushaltsgesetz 2017) – Drucksache 18/9200 – und Finanzplan des Bundes 2016 bis 2020 – Drucksache 18/9201 – Stellungnahme des Bundesrates und Gegenäußerung der Bundesregierung. Deutscher Bundestag, 18. Wahlperiode, Drucksache-Nr. 18/9202 vom 16.10.2016. Via Internet (Zugriff am 20.11.2016) <<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/18/092/1809202.pdf>>.
- Eekhoff, J. (2008). Entfernungspauschale nicht wieder einführen. Wirtschaftspolitisches Forum: Werbungskosten oder Subvention? Zur Rechtfertigung der Entfernungspauschale und Perspektiven ihrer Ausgestaltung. *Zeitschrift für Wirtschaftspolitik* 57 (1): 65–72.
- Enste, D. H., und C. Heldman (2017). Arbeitsplatz Privathaushalt. Minijobs und Schwarzarbeit von Haushaltshilfen. Kurzexpertise für die Minijob-Zentrale – 45115 Essen. Institut der deutschen Wirtschaft Akademie GmbH, Köln. Via Internet (Zugriff am 09.02.2018) <https://www.iwkoeln.de/fileadmin/publikationen/2017/361031/Gutachten_IW-Akademie_Arbeitsplatz_Privathaushalt_2017.pdf>.
- European Parliament and European Council (2009). Directive 2009/29/EC of 23 April 2009 amending Directive 2003/87/EC so as to improve and extend the greenhouse gas emission allowance trading scheme of the Community. Brüssel. Via Internet (Zugriff am 20.12.2017) <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/PDF/?uri=uriserv:OJ.L_.2009.140.01.0063.01.ENG>.
- EWN (Energiewerke Nord GmbH) (2017). Webseite der EWN. Via Internet (Zugriff am 4.12.2017) <<http://www.ewn-gmbh.de/startseite/>>.
- Flyvbjerg, B., M.K. Skamris Holm und S.L. Buhl (2003). How common and how large are cost overruns in transport infrastructure projects? *Transport Reviews* 23 (1): 71–88.
- Flyvbjerg, B., M.K. Skamris Holm und S.L. Buhl (2004). What Causes Cost Overrun in Transport Infrastructure Projects? *Transport Reviews* 24 (1): 3–18.
- Giersch, H. (1977). *Konjunktur- und Wachstumspolitik. Allgemeine Wirtschaftspolitik, Bd. 2*. Wiesbaden: Betriebswirtschaftlicher Verlag Dr. Th. Gabler.
- Gottschalk, I. (2011). Kulturökonomik. In A. Klein (Hrsg.), *Kompendium Kulturmanagement. Handbuch für Studium und Praxis*. München.
- Homburg, S. (2008). Die Entfernungspauschale als Steuertheoretische Herausforderung. Wirtschaftspolitisches Forum: Werbungskosten oder Subvention? Zur Rechtfertigung der Entfernungspauschale und Perspektiven ihrer Ausgestaltung. *Zeitschrift für Wirtschaftspolitik* 57 (1): 45–53.
- Karrenbrock, H. (2008). Wehret den Anfängen: Wider die Aushöhlung des Nettoprinzips durch die Beschränkung des Fahrtkostenabzugs. Wirtschaftspolitisches Forum: Werbungskosten oder Subvention? Zur Rechtfertigung der Entfernungspauschale und Perspektiven ihrer Ausgestaltung. *Zeitschrift für Wirtschaftspolitik* 57 (1): 54–64.
- Klodt, H., C.-F. Laaser und A. Rosenschon (2012). Potenziale zum Subventionsabbau in Baden-Württemberg. Kieler Beiträge zur Wirtschaftspolitik 4. Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- Koch, R., und P. Steinbrück (2003). *Subventionsabbau im Konsens*. Wiesbaden.
- Kronberger Kreis (J. B. Donges, J. Eekhoff, W. Franz, C. Fuest, W. Möschel und M. J. M. Neumann) (2008). Gegen die Neubelebung der Entfernungspauschale. Argumente zu Marktwirtschaft und Politik, Nr. 102 (Mai 2008). Via Internet (Zugriff am 7.12.2017) <https://www.stiftung-marktwirtschaft.de/uploads/tx_ttproducts/datasheet/Argument_102_Entfernungspauschale.pdf>.
- Laaser, C.-F. (1994). Die Bahnstrukturreform. Richtige Weichenstellung oder Fahrt aufs Abstellgleis? Kieler Diskussionsbeiträge 239. Institut für Weltwirtschaft, Kiel.

- Laaser, C.-F., und A. Rosenschon (2013a). Subventionen in Deutschland in den Jahren 2000 bis 2011/2012: Der Kieler Subventionsbericht. Institut für Weltwirtschaft, Kiel. Via Internet (Zugriff am 10.11.2017) <<https://www.ifw-kiel.de/pub/kd/2013/kd516-517.pdf>>.
- Laaser, C.-F., und A. Rosenschon (2013b). Anhang zu: Subventionen in Deutschland in den Jahren 2000 bis 2011/2012: Der Kieler Subventionsbericht. Institut für Weltwirtschaft, Kiel. Via Internet (Zugriff am 10.11.2017) <https://www.ifw-kiel.de/pub/kd/2013/kd516-517_anhang.pdf>.
- Laaser, C.-F., und A. Rosenschon (2016). Subventionen in Deutschland bis zum Jahre 2015/2016 – Das Geld sitzt deutlich lockerer. Kieler Beiträge zur Wirtschaftspolitik 9. Institut für Weltwirtschaft, Kiel. Via Internet (Zugriff am 10.11.2017) <https://www.ifw-kiel.de/pub/wipo/volumes/wipo_9.pdf>.
- Laaser, C.-F., und A. Rosenschon (2017a). Subventionen in Deutschland so hoch wie noch nie. Wirtschaftliche Freiheit. Das ordnungspolitische Journal. 6. Februar. Via Internet (Zugriff am 7.12.2017) <<http://wirtschaftlichefreiheit.de/wordpress/?p=20396>>.
- Laaser, C.-F., und A. Rosenschon (2017b). Subventionen in Deutschland – aus der Perspektive des Kieler Subventionsberichts. *Wirtschaftswissenschaftliches Studium (WiSt), Zeitschrift für Studium und Forschung* 46 (12): 27–33.
- LMBV (Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbauverwaltungs-gesellschaft) (2017). Einblicke. Sanierung, Sicherung und Rekultivierung von Bergwerken und Tagebauen. Via Internet (Zugriff am 4.12.2017) <https://www.lmbv.de/index.php/Publikationen.html?file=files/LMBV/Publikationen/Publikationen%20Zentrale/Publikationen%20Diverse/LMBV_Einblicke_2017_deutsch_englisch.pdf>.
- Matthes, F.C., S. Gores und H. Hermann (2011). Zusatzerträge von ausgewählten deutschen Unternehmen und Branchen im Rahmen des EU-Emissionshandelssystems. Analyse für den Zeitraum 2005–2012. Untersuchung des Öko-Instituts e.V. im Auftrag der Umweltstiftung WWF Deutschland. Berlin. Via Internet (Zugriff am 06.02.2013) <<http://www.oeko.de/oekodoc/1136/2011-019-de.pdf>>.
- Monopolkommission (2007). *Die Privatisierung der Deutschen Bahn AG. Wettbewerbs- und Regulierungsversuche im Eisenbahnverkehr*. Sondergutachten 46 und 48. Baden-Baden.
- Niclauß, K. (2004). Flugverkehr und öffentliche Hand. In S. Brink und A. Wolff (Hrsg.), *Gemeinwohl und Verantwortung. Festschrift für Hans Herbert von Arnim zum 65. Geburtstag*. Berlin.
- Pache, E. (2005). Möglichkeiten der Einführung einer Kerosinsteuer auf innerdeutschen Flügen. Gutachten im Auftrag des Umweltbundesamtes. *Umweltbundesamt Texte* (12/05). Via Internet (Zugriff am 01.03.2011) <<http://www.umweltbundesamt.de>>.
- Peterson, S. (2017). Wie(so) der Staat Elektromobilität stärker fördern sollte. Pro-Beitrag in: Sinn und Unsinn der E-Mobilität. Helfen E-Autos dem Klima – oder schaden sie ihm? Zwei Wissenschaftler streiten, ob der Staat die Elektromobilität stärker fördern sollte. Ein Pro und Contra. Ein Gastbeitrag von Sonja Peterson und Jens Boysen-Hogrefe. *Zeit.de* vom 4. Dezember 2017. Via Internet (Zugriff am 5.12.2017) <<http://www.zeit.de/mobilitaet/2017-11/elektromobilitaet-klima-auswirkungen-pro-contra/komplettansicht>>.
- Pfitzer, N. (2017). Rückstellung. *Gablers Wirtschaftslexikon*. Via Internet (Zugriff am 13.12.2017) <<http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Archiv/54462/rueckstellung-v8.html>>.
- Pommerehne, W., und B.S. Frey (1993). *Musen und Märkte, Ansätze zu einer Ökonomik der Kunst*. München.
- Real, G.K.L. (2005). Steuerfrei fliegen? – Für manche durchaus Realität. *AOPA-Letter* (5): 24–25. Via Internet (Zugriff am 01.03.2011) <<http://www.aopa.de/aopa-letter/aopa-letter.html>>.
- Sachverständigenrat (Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung) (2009). Die Zukunft nicht aufs Spiel setzen. Jahresgutachten 2009/10. Wiesbaden.
- Schneider, J., B. Becht, J. Patt, M. Preißer und N. Schütte (2008/17). *Lexikon des Steuerrechts*. 6., neu bearbeitete Auflage. Stuttgart: Schäffer-Poeschel. Via Internet, Ausgabe vom 28.07.2107 (Zugriff am 11.12.2017) <<https://www.smartsteuer.de/online/lexikon/s/steuerliche-foerderung-der-privaten-altersvorsorge-lexikon-des-steuerrechts/>>.
- Spiegel online (2018). Air-Berlin-Insolvenz: Bund bleibt wohl auf großem Teil des Kredits sitzen. Via Internet (Zugriff am 12.01.2018) <<http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/air-berlin-insolvenz-bund-bleibt-wohl-auf-groessem-teil-des-kredits-sitzen-a-1187499.html>>.
- Tagesschau.de (2018). Air-Berlin-Pleite: Staat bleibt auf 200 Millionen Euro sitzen. Via Internet (Zugriff am 24.01.2018) <<https://www.tagesschau.de/wirtschaft/airberlin-pleite-101.html>>.
- von Hayek, F.A. (1968). Der Wettbewerb als Entdeckungsverfahren. Kieler Vorträge: gehalten im Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, Neue Folge, 56. Kiel: Institut für Weltwirtschaft.

- von Hayek, F.A. (1996). Die Anmaßung von Wissen. In W. Kerber (Hrsg.), *Die Anmaßung von Wissen: Neue Freiburger Studien. Wirtschaftswissenschaftliche und wirtschaftsrechtliche Untersuchungen*, 32. Tübingen: J. C. B. Mohr.
- Wismut GmbH (2017). Webseite der Wismut GmbH. Via Internet (Zugriff am 4.12.2017) <<http://www.wismut.de/de/>>.
- Zerzawy, F., S. Fiedler und A. Mahler (2017). Subventionen für fossile Energien in Deutschland. Beitrag für eine transparente Berichterstattung im Rahmen der G20. Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft e.V. Studie im Auftrag von Greenpeace e.V., Hamburg, Juni. Via Internet (Zugriff 12.12.2017) <https://www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/publications/2017-07-04_gpd_report_subventionen_fuer_fossile_energien_in_deutschland.pdf>.

Anhang

<i>Tabelle A1:</i> Finanzhilfen des Bundes 2000–2017 (in 1 000 Euro)	52
<i>Tabelle A2:</i> Steuervergünstigungen in den Jahren 2000–2018 (Mill. Euro)	80
<i>Tabelle A3:</i> Einnahmeverzichte durch kostenfrei abgegebene CO ₂ -Zertifikate	89

Tabelle A1:
Finanzhilfen des Bundes 2000–2017 (in 1 000 Euro)

Kapitel, Titel	Erläuterung	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016 Soll	2016 Ist	2017
I.	Sektorspezifische Finanzhilfen																			
	zugunsten von Unternehmen																			
1)	Land- und Forstwirtschaft,																			
	Fischerei																			
	<i>Direkte Finanzhilfen</i>																			
0820–68201	Zuschuss an die Bundesmonopol- verwaltung für Branntwein	132 887	109 901	107 354	109 152	98 898	90 988	85 950	79 766	79 789	79 792	75 073	74 727	64 837	79 181	49 792	54 951	45 000	51 625	40 000
1002–66203	Zinsverbilligung, Bundesprogramm „Tiergerechte Haltungsverfahren“	0	0	0	773	568	645	911	375	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
66101	Zinsfreistellung bzw. Verbilligung von Liquiditätskrediten	0	0	0	0	0	0	0	0	0	16 192	25 000	0	0	0	0	0	0	0	0
–66201	Liquiditätssicherungsprogramm																			
	Gartenbau	0	5 100	5 100	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
68303	Grünlandmilchprogramm	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	183 876	183 328	945	6	13	0	0	0	0
–68306	Gasölbeihilfe	448 396	206 196	100	43	11	0	0	3	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
–68601	Beteiligung des Bundes an Bundesgartenschauen	0	0	867	3 639	1 002	1 572	120	67	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1010–68601	Förderung von Wettbewerben und Vergabe von Ehrenpreisen	0	0	371	332	394	377	279	333	407	340	432	435	281	418	514	295	480	281	480
1010–68301	Hilfe für landwirtschaftliche Betriebe aufgrund von Marktkrisen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	58 000
1006–68601	Internationaler Praktikantenaustausch	0	0	397	400	385	401	404	415	413	412	426	447	480	475	469	468	530	491	530
1006–68602	Für Umsiedlung des internationalen Fonds für Nutzpflanzenvielfalt	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	50	50	50	250	50	350
1002–68606	Markteinführung „biogener Treib- und Schmierstoffe“	116	2 835	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
–68607	Ausgaben für das Modellvorhaben „Projekt im Allgäu“	597	0	1 114	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
–68608	Zuschuss zur Förderung nachwachsender Rohstoffe	8 933	9 469	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1005–68601	Zuschuss für das Modell- und Demonstrationsvorhaben	402	1 418	5 133	12 180	14 051	17 948	6 801	8 960	6 130	9 745	4 669	3 347	3 586	6 484	8 064	5 459	13 500	7 155	13 500
1002–68610	Zuschuss zur Umsiedlung des Hauptbüros des Forest Stewardship Council International nach Bonn	0	0	0	74	50 000	25	75	50	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
68612	Datenbank Futtermittel	0	0	0	0	0	231	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
68614	Förderung von Innovationen im Bereich Verbraucher, Ernährung und Landwirtschaft	0	0	0	0	0	0	623	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1005–68602	Förderung des ökologischen Landbaus	0	0	10 190	15 172	18 036	18 498	15 551	13 606	16 000	14 926	13 632	14 460	14 752	16 572	14 211	14 299	17 000	15 054	20 000
1010–83101	Nachschüsse an die deutsche Bauernsiedlung	0	0	0	0	0	414	410	439	510	490	480	452	437	416	418	410	550	380	530
–89308	Förderung nachwachsender Rohstoffe	10 961	11 372	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1005–89301	Modell- und Demonstrationsvorhaben	0	0	0	1 972	1 661	3 036	0	850	0	0	0	0	0	0	0	0	500	0	500

Fortsetzung Tabelle A1:

Kapitel, Titel	Erläuterung	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016 Soll	2016 Ist	2017
89302	Zuschüsse zur Förderung von Maßnahmen für eine Verbesserung der Energieeffizienz in Landwirtschaft und Gartenbau	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	13 000	1 467	21 000
1005-68612	Zuschüsse zur Markteinführung nachwachsender Rohstoffe	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	500	0	0
1005-88411	Zuschüsse zur Markteinführung nachwachsender Rohstoffe	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	500	0	0
1002-89314	Förderung von Innovationen im Bereich Verbraucher, Ernährung und Landwirtschaft	0	0	0	0	0	0	400	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
-89319	Förderung des ökologischen Landbaus	0	0	14 928	17 281	1 734	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1001-63602	Zuschuss an die Träger der landwirtschaftlichen Unfallversicherung	255 646	255 646	255 646	250 000	216 500	150 000	200 000	200 000	400 000	400 000	300 000	200 000	175 000	150 000	125 000	100 000	178 000	178 000	178 000
1001-63603	Zuschüsse zur Gewährung einer Rente an Kleinlandwirte bei Landabgabe	95 701	90 643	86 302	81 175	75 034	69 061	63 221	57 903	52 975	48 379	43 771	39 046	34 847	30 661	26 971	23 312	24 000	20 191	22 000
1002-Tgr 5	Abwicklung alter Verpflichtungen und auslaufende Förderungsmaßnahmen, Ansatz nach Subventionsbericht	2 825	2 485	2 269	2 019	1 722	1 653	1 369	1 152	41 388	1 161	1 080	925	812	0	0	0	0	0	0
1001-63604	Zuschuss an die Träger der Krankenversicherung der Landwirte	1 015 883	1 196 867	1 226 272	1 202 685	1 150 561	1 112 020	1 101 660	1 147 876	1 173 851	1 200 382	1 261 893	1 214 993	1 225 748	1 252 574	1 357 027	1 371 130	1 410 000	1 351 062	1 450 000
1001-63606	Zuschüsse zur Förderung der Einstellung der landwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit	201 863	182 326	166 626	135 170	88 726	47 470	18 391	5 225	4 099	3 319	2 873	2 629	2 293	2 315	2 323	2 069	2 000	1 790	18 000
1005-Tgr. 03	Förderung landwirtschaftlicher Forschung	5 389	5 075	6 319	6 591	6 046	7 010	7 265	13 805	20 037	24 177	24 153	22 483	31 684	36 816	33 925	31 971	53 186	36 220	67 651
68603	Zuschüsse zu Maßnahmen für eine nachhaltige Nährstoffversorgung und für die Gesunderhaltung von Wäldern	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	995	1 000	900	1 000
68604	Zuschüsse zur Förderung von Maßnahmen zur Verbesserung der Versorgung mit pflanzlichen Eiweißen heimischer Produktion	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1 850	2 870	6 000	4 220	6 000	
68605	Bundesprogramm Ländliche Entwicklung	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	3 340	10 000	8 875	55 000
68606	Zuschüsse zur Förderung von Maßnahmen für eine Verbesserung der Energieeffizienz in Landwirtschaft und Gartenbau	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2 000	467	4 000
1002 - 66271	Zinsverbilligung für Darlehen an die Fischerei	306	250	239	200	357	218	28	19	3	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0
-66293	Zinsverbilligung für Darlehen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	73	0	0	0	0	0	0	0
-68372	Förderung des Fischabsatzes	311	190	233	229	80	203	110	270	89	64	112	0	0	0	0	0	0	0	0
1010-68304	Hilfe zur Anpassung der Kapazitäten in der Seefischerei	464	893	2 323	2 041	1 978	2 297	9	0	1 006	1 581	1 893	1 957	2 020	1 758	1 673	2	2 200	14	4 200

Fortsetzung Tabelle A1:

Kapitel, Titel	Erläuterung	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016 Soll	2016 Ist	2017
1010-89201	Strukturmaßnahmen für die Seefischerei	1 537	637	1 005	455	400	441	236	33	10	184	130	113	6	190	266	162	500	19	500
1005-Tgr. 01	Zuschüsse zur Markteinführung nachwachsender Rohstoffe	0	18 520	31 131	27 333	25 669	32 290	31 828	36 663	43 993	45 780	48 396	46 051	43 970	52 614	46 520	47 862	61 000	51 484	61 000
1004	Ausgaben des Haushaltskapitels „Marktordnung“ (abzüglich Verwaltungseinnahmen)	197 142	212 420	112 461	80 603	91 497	75 222	45 840	99 762	85 369	67 047	74 035	70 049	78 581	99 596	105 207	104 220	128 053	106 376	165 111
	Zusammen	2 379 359	2 312 243	2 036 380	1 949 519	1 845 310	1 632 020	1 581 481	1 667 572	1 926 069	1 913 972	2 061 924	1 875 515	1 680 279	1 730 126	1 774 293	1 763 865	1 969 749	1 836 121	2 187 352
	<i>Indirekte Finanzhilfen</i>																			
1002-63204	Ausgleichsmaßnahmen für von Trockenheit und Hitze geschädigte landwirtschaftliche Betriebe	0	0	0	40.464	-196	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1003-Tgr. 1	Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur etc.“ (ohne Küstenschutz, Dorferneuerung, ohne Teile der Ausgaben für Wasserversorgung und ohne Darlehen)	610 600	595 200	619 400	533 500	512 600	483 600	463 900	442 866	461 611	437 344	435 389	372 784	374 410	369 086	393 045	317 423	395 579	441 774	405 075
	Dorferneuerung (teils geschätzt)	70 000	62 726	67 110	60 941	55 277	62 499	38 170	45 795	50 000	52 982	52 017	34 827	33 853	36 799	40 274	48 083	62 758	52 771	64 264
	Zusammen	680 600	657 926	686 510	634 905	567 877	546 099	502 070	488 661	511 611	490 326	487 406	407 611	408 263	405 885	433 319	365 506	458 337	494 545	469 339
	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	3 059 959	2 970 169	2 722 890	2 584 424	2 412 991	2 178 119	2 083 551	2 156 233	2 437 680	2 404 298	2 549 330	2 283 126	2 088 542	2 136 011	2 207 612	2 129 371	2 428 086	2 330 666	2 656 691
	2) Bergbau																			
	<i>Direkte Finanzhilfen</i>																			
0802-69704	Bedienung einer Schuldbuchforderung der Saarbergwerke AG	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0803-Tgr. 01	Ausgaben für die Gesellschaft zur Verwahrung u. Verwertung stillgelegter Bergwerksbetriebe (Nachfolgeeinrichtung der Treuhandanstalt)	21 781	234 172	16 752	19 351	13 912	14 228	12 350	12 800	13 010	11 840	16 750	15 250	21 317	18 400	15 350	0	0	0	0
-Tgr. 03	Ausgaben für die Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbauverwaltungs-gesellschaft (Nachfolgeeinrichtung der Treuhandanstalt)	323 073	287 978	309 769	293 237	266 474	222 361	182 086	148 676	146 844	160 556	146 034	137 535	123 889	166 405	172 980	195 109	190 023	189 697	179 251
0803-68211	An die Gesellschaft zur Verwahrung und Verwertung stillgelegter Bergwerke (GVV)	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	9 150	0	0	0	0
0803-89111	An die Gesellschaft zur Verwahrung und Verwertung stillgelegter Bergwerke (GVV)	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	6 200	0	0	0	0
0902-68113	Beteiligung der EU an den Anpassungsbeihilfen	0	0	0	0	607	0	0	-48	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0902-68111	Anpassungsbeihilfen	0	0	0	17 324	2 123	2 490	962	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0902-68312	Zuschuss zur Verringerung der Belastungen aus dem Wegfall von Revierausgleich etc.	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0902-68315	Abwicklung des Sondervermögens „Ausgleichsfonds zur Sicherung des Steinkohleneinsatzes“	406	39 776	3 200	373	10	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0902-69715	Ausgleich von Belastungen infolge von Kapazitätsanpassungen	98 685	166 992	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0

Fortsetzung Tabelle A1:

Kapitel, Titel	Erläuterung	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016 Soll	2016 Ist	2017
0902-69713	Erstattung der Erblasten des Steinkohlenbergbaus	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0902-69714	Bedienung einer Schuldbuchforderung der Ruhrkohle AG	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0903-68211 und 89111	Ausgaben für die Wismut GmbH Chemnitz	248 806	246 272	240 827	228 142	215 577	203 973	197 495	181 500	176 317	158 337	146 305	146 985	123 000	140 000	139 650	121 511	136 000	142 400	132 000
0903-68311	Zuschüsse für den Absatz deutscher Steinkohle zur Verstromung, zum Absatz an die Stahlindustrie sowie zum Ausgleich von Belastungen infolge von Kapazitätsanpassungen	3 711 979	3 379 639	2 896 217	2 558 718	2 101 943	1 645 168	1 561 883	1 771 577	1 815 856	1 375 273	1 319 438	1 348 577	1 181 751	1 082 428	1 168 677	1 088 300	1 282 000	1 287 534	1 053 600
0903-69811	Anpassungsgeld für Arbeitnehmer des Steinkohlenbergbaus	119 107	118 618	119 649	118 625	119 620	122 895	129 711	130 762	120 855	109 722	105 613	99 830	105 775	114 867	116 596	111 576	113 200	107 256	108 700
1102-Tgr. 02	Soziale Hilfsmaßnahmen für Arbeitnehmer der Kohle- und Stahlindustrie	41 350	23 878	19 766	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	Bergbau	4 565 187	4 497 325	3 606 180	3 235 770	2 720 266	2 211 115	2 084 487	2 245 267	2 272 882	1 815 728	1 734 140	1 748 177	1 555 732	1 522 100	1 628 603	1 516 496	1 721 223	1 726 887	1 473 551
	3) Schiffbau																			
	<i>Direkte Finanzhilfen</i>																			
0902-66274	Zinszuschüsse zur Finanzierung von Aufträgen an die deutschen Schiffswerften	77 909	60 506	46 576	35 127	26 152	18 530	12 581	8 127	4 607	2 216	744	72	0	0	0	0	0	0	0
0901-66211	Zinsausgleichssystem auf CIRB-Basis	0	0	0	0	0	0	0	0	252	320	291	262	243	203	174	427	480	117	500
0902-68374	Wettbewerbshilfen für deutsche Werften	47 238	71 412	50 798	40 935	32 073	29 446	22 402	11 100	10 933	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0901-89210	Innovationsbeihilfen zugunsten der deutschen Werfindustrie	0	0	0	0	0	3 552	9 514	10 899	6 995	5 540	8 489	9 465	8 586	10 157	8 936	8 807	25 000	12 247	25 000
	Schiffbau	125 147	131 918	97 374	76 062	58 225	51 528	44 497	30 126	22 787	8 076	9 524	9 799	8 829	10 360	9 110	9 234	25 480	12 364	25 500
	4) Verkehr																			
	<i>Direkte Finanzhilfen</i>																			
1502-68241	Erstattung von Fahrgeldausfällen	197 747	213 251	203 638	248 460	194 404	205 745	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1105- 68201	Erstattung von Fahrgeldausfällen	0	0	0	0	0	0	217 516	187 024	196 454	216 343	224 956	234 641	230 551	246 682	250 023	258 727	265 000	196 149	265 000
1202-68205	Zahlung an die Ostthannoversche Eisenbahnen AG Celle	383	256	179	306	0	1 462	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1210-68301	Finanzbeitrag an die Seeschifffahrt	1 656	4 090	41 134	30 926	44 933	51 839	56 701	57 001	57 142	57 097	57 846	47 436	61 329	67 792	53 590	52 795	57 800	49 054	57 800
68312	Ausbildungsförderung in der Binnenschifffahrt	501	854	1 189	1 102	1 531	1 489	1 581	1 601	1 907	2 267	2 006	1 816	1 773	1 664	1 696	1 250	2 534	960	2 543
68313	Förderung von umweltfreundlichen Motoren für Binnenschiffe	0	0	0	0	0	0	0	24	1 128	1 759	1 679	1 286	1 200	822	971	1 366	3 000	2 854	4 000
1202-69703	Umstrukturierungshilfe für die Binnenschifffahrt	2 100	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
68304	Aufbau und Einführung eines deutschlandweiten interoperablen Fahrgeldmanagements („e-ticking“)	0	0	0	0	0	0	0	79	772	1 950	2 907	3 256	2 539	0	1 101	543	0	0	0
68308	Modernisierung der deutschen Binnenschiffsflotte	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	353	1 449	0	1 843	0	0	0	0	0
1210-68411	Beihilfen für Schiffsjungenheime und Schifferkinderheime der Binnenschifffahrt	0	0	0	0	51	50	51	51	51	51	80	80	80	80	880	680	680	80	80

Fortsetzung Tabelle A1:

Kapitel, Titel	Erläuterung	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016 Soll	2016 Ist	2017
53207	Beratung zur Nutzung der Ergebnisse des Weiterentwicklungsprogramms der Magnetschwebbahntechnik und der Transrapidversuchsanlage Emsland	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	205	31	19	57	0	6	10	3	0
53204	Beratung zum Rückbau der Transrapidversuchsanlage Emsland	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	31	28	140		140
89202	Rückbau der Transrapidversuchsanlage Emsland	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2 000	0	2 000
68303	Innovative Verkehrstechnologien	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	20 000	0	11 000
68613	Deutsches maritimes Zentrum Hamburg																	0	0	3 000
1202-53232	Gutachten und Untersuchungen zur Magnetschwebbahntechnik	21	1 218	2 059	2 712	3 299	2 495	2 563	3 880	3 894	1 372	0	0	0	0	0	0	0	0	0
-68531	Bundesanteil an den Kosten der Planungsgesellschaft Transrapid	984	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
-68533	Bundesanteil für den Betrieb des Transrapid Versuchsanlage Emsland	2 684	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
68602	Innovative Mobilitätskonzepte	0	0	0	0	0	59	253	561	1 830	974	416	782	0	0	0	0	0	0	0
68604	Umsetzung der deutsch-chinesischen Regierungsvereinbarung zur Zusammenarbeit bei alternativen Kraftstoffen und Antrieben	0	0	0	0	0	0	0	0	0	550	304	0	0	0	0	0	0	0	0
-68603	Zuwendungen für den Betrieb der Transrapid Versuchsanlage Emsland	948	6 163	10 143	10 352	10 226	8 740	8 000	7 943	9 629	5 660	5 562	4 933	0	0	0	0	0	0	0
-68633	Zahlungen an die Magnetschnellbahn-Fahrtweggesellschaft mbH oder Rechtsnachfolger	0	1 465	155	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
-68634	Bundesanteil für Studien zur Auswahl von Anwendungsstrecken	716	3 484	498	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
-71832	Anwendungsnahe Weiterentwicklung der Magnetschwebbahntechnik	0	0	8 885	21 635	14 590	43 247	60 640	16 297	9 507	11 148	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1210-89101	Für die Schienenwege der nicht bundeseigenen Eisenbahnen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	9 796	21 276	20 000	17 133	25 000
1202-68341	An private Unternehmen zur Förderung neuer Verkehre im kombinierten Verkehr	0	0	0	0	0	1 200	3 527	8 211	9 958	1 945	4 257	0	0	0	0	0	0	0	0
1210-89241	Baukostenzuschüsse an private Unternehmen des kombinierten Verkehrs	36 808	44 526	53 069	45 111	57 838	54 104	73 388	45 809	57 364	35 094	46 800	51 592	52 542	45 032	17 854	27 608	92 700	38 617	92 700
89242	An private Unternehmen zur Errichtung, Ausbau und Reaktivierung von Gleisanschlüssen	0	0	0	0	0	3 424	8 569	3 675	12 016	14 227	6 246	14 152	14 282	9 358	2 436	3 274	14 000	5 216	14 000
68661	Für Tank- und Ladeinfrastruktur für alternative Kraftstoffe	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	6 000	3 672	16 000
89162	Für Tank- und Ladeinfrastruktur für alternative Kraftstoffe	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	10 000	9 102	38 790
1202-66251	Zinszuschüsse für Anschaffung besonders emissionsarmer LKW (ERP-Programm der KfV)	0	0	0	0	0	0	0	7	355	406	237	164	0	0	0	137	0	0	0
-89151	Zuweisung für Investitionen in die Schienenwege für Eisenbahnen des Bundes (Konjunkturprogramm)	0	0	0	0	246 724	450 342	682 505	954 402	1 059 372	1 104 399	1 031 926	0	0	0	0	0	0	0	0

Fortsetzung Tabelle A1:

Kapitel, Titel	Erläuterung	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016 Soll	2016 Ist	2017
89171	Für Eisenbahnen des Bundes und Bundeseisenbahnvermögen (Augusthochwasser)	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	20 505	0	15 000	0	0	0	0	0
89191	Innovations- und Investitionsprogramm im Schienenverkehr (Konjunkturprogramm)	0	0	0	0	0	0	0	0	0	110 856	369 800	137 253	0	0	0	0	0	0	0
Tgr. 08	Innovationen für eine nachhaltige Mobilität/ Elektromobilität	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	11 097	0	0	0	0	0	0	0
66201	Zinszuschüsse der KfW für Anschaffung schwerer emissionsarmer LKW	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0
1201-68421	Zinszuschüsse für Anschaffung besonders emissionsarmer LKW (ERP-Programm der KfW)	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0
1201-68422	Förderung von Beschäftigung, Qualifizierung, Umwelt und Sicherheit in Unternehmen des maupflichtigen Güterverkehrs	0	0	0	0	0	0	0	0	0	4 157	74 119	70 281	14 842	11 423	12 232	8 396	15 143	0	0
68423	Aus- und Weiterbildungsprogramm in Unternehmen des maupflichtigen Güterverkehrs	0	0	0	0	0	0	0	0	0	49 096	118 876	296 462	256 701	167 702	141 484	156 518	260 695	156 589	251 900
68424	Förderung energieeffizienter und/oder CO ₂ -armer Nutzfahrzeuge	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1210-68201	An nichtbundeseigene Eisenbahnen für höhengleiche Kreuzungen	745	799	964	896	1 189	1 094	1 200	1 199	1 871	1 500	1 500	1 700	1 268	1 561	0	0	0	0	0
89201	An Flughafen Berlin-Schönefeld für Anbindung an das Verkehrsnetz	0	0	0	0	0	0	0	0	17 500	4 630	23 650	7 000	7 408	0	0	0	0	0	0
1201-74501	Kostendrittel nach § 13 Abs. 1 Satz 2 Eisenbahnkreuzungsgesetz	14 598	13 114	11 630	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
74521	Maßnahmen nach Eisenbahnkreuzungsgesetz	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	17 031	20 181	23 177	10 410	10 000	16 980	10 000
1206-89101	Investitionszuschüsse für Vorhaben des ÖPNV unter 50 Mill. Euro an die Deutsche Bahn AG	98 842	101 485	133 611	130 768	117 640	48 169	63 462	64 619	119 252	92 783	85 650	65 972	68 601	75 329	66 351	62 008	81 890	57 836	97 420
1216-63401	Erstattung von Verwaltungsausgaben des Bundeseisenbahnvermögens	5 740 478	3 456 794	5 861 700	5 795 945	5 537 435	5 472 100	5 360 790	5 262 910	4 325 500	5 263 400	5 153 600	4 950 100	5 104 600	5 239 800	5 279 100	5 253 800	5 252 390	5 231 100	5 242 218
1202-63403	Personalkostenzuschuss an die DB AG aufgrund des technischen Rückstandes der früheren Deutschen Reichsbahn	757 639	515 919	263 880	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
68204	Abgeltung übermäßiger Belastungen der Eisenbahnen für Betrieb und Erhaltung höhengleicher Kreuzungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	75 150	76 100	88 500	76 100	86 100	75 600
-68206	Zuschuss für die Beseitigung ökologischer Altlasten und zum erhöhten Materialaufwand im Bereich der früheren Deutschen Reichsbahn	465 276	322 114	178 952	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1216-63404	Erstattungen des Bundes wegen Personalüberhang	0	0	0	0	0	0	0	0	0	69 661	69 660	69 661	69 661	80 000	85 385	5 204	31 000	0	9 000
1202-88321	Kostendrittel des Bundes an Kreuzungsmaßnahmen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	51 862	39 109	50 350	42 338	50 350

Fortsetzung Tabelle A1:

Kapitel, Titel	Erläuterung	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016 Soll	2016 Ist	2017	
1202-86101	Investitionsdarlehen für Schienenwege (Umwandlungsklausel in Zuschuss)	608 871	335 699	309 829	344 065	253 093	94 500	97 725	88 000	95 019	10 000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
-89101	Investitionszuschuss für Schienenwege	1 984 487	1 944 432	2 132 520	3 336 206	2 432 305	2 508 158	2 156 333	2 287 561	2 129 916	37 288	69 763	1 023 621	1 237 300	1 019 108	934 060	963 000	1 255 446	1 139 300	1 349 978	
-89102	Hilfe zur Nachholung von Investitionen im Bereich der ehemaligen Deutschen Reichsbahn	735 156	991 973	780 417	0	71 690	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
1202-89103	Zuschuss von der EU für Investitionen in Transeuropäische Verkehrsnetze	11 331	34 850	57 230	110 697	0	109 616	40 044	68 031	38 373	90 937	77 215	56 802	61 476	143 019	32 558	32 983	0	262 110	0	
-89104	Baukostenzuschüsse des EFRE	0	0	27 809	100 513	84 576	36 060	150 941	183 617	85 283	90 219	47 770	111 541	167 960	159 784	70 256	69 760	0	645	0	
-89105	Zuschuss zur Lärmsanierung an Schienenwegen	7 158	19 421	41 150	56 130	52 244	50 980	39 800	52 959	73 609	80 492	100 000	90 575	94 749	99 006	113 104	107 302	150 000	85 365	150 000	
89106	internationale Korridore mit dem Europäischen Eisenbahnverkehrssystem	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2 022	0	7 080	0	29 548	
89108	Baukostenzuschuss zur Schienenverkehrsanbindung des Flughafens Berlin-Brandenburg International (BBI)	0	0	0	0	699	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
89109	Seehafenhinterlandverkehr zur Beseitigung von Engpässen im Güterverkehr	0	0	0	0	0	0	0	0	25 000	50 000	30 000	45 000	31 600	49 540	0	0	0	0	0	
-89197	Baukostenzuschuss für die Schienenwege der Eisenbahnen des Bundes	0	522 579	930 051	398 094	267 878	114 000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
89198	Baukostenzuschuss für die Schienenwege der Eisenbahnen des Bundes (2-Mrd.-€-Programm)	0	0	0	0	0	0	165 000	250 000	280 000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
1202-Tgr 1	Infrastrukturbeitrag des Bundes für die Erhaltung der Schienenwege der Eisenbahnen des Bundes	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2 500 146	1 500 198	2 500 437	2 500 377	2 751 356	2 752 306	3 350 427	3 156 724	3 652 000	3 078 724	
1202-Tgr 2	Eisenbahnkreuzungsmaßnahmen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	62 086	81 030	59 489	81 030	
1204-68602	Umsetzung der Strategie automatisiertes und vernetztes Fahren	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	10 000	603	37 000	
89172	Investitionen in die Bundesschienenwege																	0	0	0	376 000
1226-89281	Zuschuss an d. DBAG für die S-Bahn-Linie in Berlin	18 274	21 194	16 381	7 861	16 100	7 784	5 008	56	1 225	775	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
3006-68340	Forschung und Entwicklung, Mobilität und Verkehr	33 936	34 466	37 512	31 173	43 163	43 030	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
89240	Bodengebundener Transport und Verkehr, Investitionszuschüsse	15 881	16 456	19 721	19 926	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
68341	Forschung und Entwicklung in der Meerestechnik und Schifffahrt	13 103	17 101	14 936	0	15 062	10 511	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
0902-68301	Mobilität und Verkehr	0	0	0	0	0	0	0	38 291	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
0902-68330	Forschung und Entwicklung, Mobilität u. Verkehr	0	0	0	0	0	0	34 833	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
0901-68312	Maritime Technologien	0	0	0	0	0	0	12 591	17 267	18 676	22 127	29 418	27 742	27 043	31 283	31 030	32 153	32 271	32 193	32 271	

Fortsetzung Tabelle A1:

Kapitel, Titel	Erläuterung	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016 Soll	2016 Ist	2017	
0901-68313	Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der maritimen Wirtschaft	3 000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	761	319	309	747	744	1 000	639	4 400	
0901-68311	Verkehrstechnologien	0	0	0	0	0	0	0	0	43 425	44 382	47 676	42 383	40 024	43 002	33 268	35 026	47 300	32 750	45 011	
6002-89131	Investitionen in die Bundesschienenwege	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	349 000	105 887	0	
	<i>Zusammen</i>	10 753 323	8 623 703	11 139 242	10 692 878	9 466 670	9 320 198	9 243 021	9 605 232	8 750 147	10 075 512	9 145 070	9 903 073	10 137 742	10 394 035	10 084 873	10 663 521	11 471 140	11 309 786	11 587 503	
	<i>Nachrichtlich:</i>																				
1202-83101	Erhöhung des Eigenkapitals der Deutschen Bahn AG																	0	0	0	1 000 000
	<i>Indirekte Finanzhilfen</i>																				
1202-88231	Zuschuss an Länder zur Realisierung von Anwendungsstrecken für die Magnetschwebebahn Technik	0	0	0	10 970	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	-65202 Zahlung an das Land Berlin (Regionalisierungsgesetz)	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1202-74521	Kostendrittel des Bundes an Kreuzungsmaßnahmen	0	0	0	13 716	16 108	13 598	10 318	12 305	8 349	10 701	4 349	8 015	8 850	11 222	7 244	7 712	12 780	6 326	12 780	
6002-88201	Für Investitionen im Bereich der Seehäfen	0	0	0	0	0	38 346	38 346	38 346	38 346	38 346	38 346	38 346	38 346	38 346	38 346	38 346	38 346	38 346	38 346	
2010-88201	Kostendrittel nach § 13 Abs. 1 Satz 2 Eisenbahnkreuzungsgesetz	16 761	12 241	14 455	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
88301	Kostendrittel nach § 13 Abs. 1 Satz 2 Eisenbahnkreuzungsgesetz	57 009	43 807	40 004	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
88303	Kostendrittel nach § 13 Abs. 1 Satz 2 Eisenbahnkreuzungsgesetz	55	34	54	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
1218-88201	Ausgaben für kommunalen Straßenbau und Investitionsvorhaben des ÖPNV	1 340 513	1 337 043	1 339 362	1 342 935	1 329 927	1 323 326	1 329 908	1 343 555	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
1206-88202	Ausgaben für Schieneninfrastruktur des ÖPNV	188 198	155 431	224 527	244 125	248 782	251 349	295 602	231 950	233 073	176 529	245 401	277 511	242 893	220 653	206 553	255 966	250 677	213 961	235 147	
1202-88221	Kostendrittel des Bundes an Kreuzungsmaßnahmen nach §13 Abs. 1 Satz 2 Eisenbahnkreuzungsgesetz, Baulast: Länder	0	0	0	17 564	22 164	18 270	14 061	12 979	14 372	20 605	18 219	19 380	21 768	16 983	15 085	15 265	17 900	10 824	17 900	
	-88321 Kostendrittel des Bundes an Kreuzungsmaßnahmen nach §13 Abs. 1 Satz 2 Eisenbahnkreuzungsgesetz, Baulast: Kommunen	0	0	0	57 353	68 999	44 370	40 140	41 760	50 215	38 754	57 164	53 046	51 667	44 899	51 862	39 109	50 350	42 338	50 350	
	-88303 Zuschüsse nach § 17 Eisenbahnkreuzungsgesetz	0	0	0	4	6	1	5	0	0	8	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
1210-88281	Investitionszuweisungen gemäß Hauptstadtvertrag	0	0	0	0	0	0	2 000	12 000	0	0	12 242	11 250	5 000	7 750	4 500	0	3 000	0	0	
6001-03105	Zuweisungen an die Länder (Regionalisierungsmittel)	6 772 757	6 831 131	6 745 000	6 846 175	6 809 890	7 053 100	7 053 100	6 709 900	6 675 000	6 775 125	6 876 752	6 979 903	7 084 602	7 191 871	7 298 734	7 408 215	8 000 000	8 200 000	8 144 000	
	*03112 Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Regionalisierungsgesetzes	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
	<i>Zusammen</i>	8 375 293	8 379 687	8 363 402	8 532 842	8 495 876	8 742 360	8 783 480	8 402 795	7 019 355	7 060 068	7 252 473	7 387 451	7 453 126	7 531 724	7 622 324	7 764 613	8 373 053	8 511 795	8 498 523	
	<i>Finanzhilfen des Investitions- und Tilgungsfonds</i>																				

Fortsetzung Tabelle A1:

Kapitel, Titel	Erläuterung	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016 Soll	2016 Ist	2017
6091–89121	Investitionen in Schienenverkehr	0	0	0	0	0	0	0	0	0	48 446	168 042	0	0	0	0	0	0	0	0
89221	Investitionen in kombinierten Verkehr	0	0	0	0	0	0	0	0	0	35	3 610	0	0	0	0	0	0	0	0
68361	Innovative Mobilitätskonzepte	0	0	0	0	0	0	0	0	0	13 235	101 666	0	0	0	0	0	0	0	0
89161	Modellvorhaben und Demonstrationsprojekte im Bereich innovativer Mobilitätskonzepte	0	0	0	0	0	0	0	0	0	13 374	64 867	3 500	0	0	0	0	0	0	0
	Zusammen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	75 090	338 185	3 500	0	0	0	0	0	0	0
	Verkehr	19 128 616	17 003 390	19 502 644	19 225 720	17 962 546	18 062 558	18 026 501	18 008 027	15 769 502	17 210 670	167 357 28	17 294 024	17 590 868	17 925 759	17 707 197	18 428 134	19 844 193	19 821 581	20 086 026
	5) Wohnungsvermietung																			
	<i>Direkte Finanzhilfen</i>																			
1225–Tgr. 04	Zuschüsse für Forschung zum experimentellen Städtebau	5 590	0	0	0	0	0	124	0	834	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
–66101	Zinszuschüsse im Rahmen des Wohnungsbauprogramms der KfW	76 949	5 369	10 500	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
–66102	Zinszuschüsse im Rahmen des Wohnraummodernisierungsprogramms der KfW für die neuen Länder	690 244	715 809	613 550	511 292	480 614	460 163	434 598	255 646	153 388	76 693	32 213	0	0	0	0	0	0	0	0
–66103	CO ₂ -Minderungsmaßnahmen im Wohnbestand der alten Länder	8 436	6 647	7 669	6 500	6 254	5 500	3 250	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
–66104	Zinszuschüsse für Wohnraum-Modernisierungsprogramm der KfW	0	2 812	6 250	11 589	17 875	17 755	18 637	18 000	14 750	13 875	16 230	11 850	4 775	0	0	0	0	0	0
0903–66121	Zuschüsse im Rahmen des Programms „Niedrigenergiehaus im Bestand“	0	0	0	1 999	1 000	2 250	33 400	75 500	103 750	69 000	32 250	18 750	16 700	13 100	11 500	8 070	3 750	3 700	0
1225–66106	KfW-Wohnraummodernisierungsprogramm 2003	0	0	0	1 453	12 727	46 774	67 550	93 500	17 500	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0903–66122	Zinszuschüsse an KfW für Gebäudesanierungsprogramm zur CO ₂ -Minderung	0	0	0	0	0	0	7 455	61 865	130 506	312 713	514 558	677 940	750 392	664 404	600 817	540 473	508 250	559 111	455 000
1606–66123	Sozialer Wohnungsbau, öffentliche Wohnungsbauunternehmen	5 720	70	33	22	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
–66197	Zinszuschüsse an KfW für Gebäudesanierungsprogramm zur CO ₂ -Minderung	0	204 517	204 331	204 227	204 828	204 531	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
66108	Für Programm „seniorengerechtes Wohnen“	0	0	0	0	0	0	0	0	0	88	5 148	5 052	9 516	9 523	11 109	10 771	10 250	11 432	10 500
66109	Investitionsoffensive für strukturschwache Kommunen (Energieeinsparung etc.)	0	0	0	0	0	0	0	0	0	124	6 070	22 537	26 280	17 450	0	0	0	0	0
–68601	Aufwendungen für Wettbewerbe u. Ä. im Wohnungs- und Städtebau	0	780	1 167	249	161	159	202	289	169	177	266	172	88	114	73	116	250	187	250
68602	Für Steigerung der Energieeffizienz und für verbesserten Klimaschutz im Gebäudebereich	0	0	0	0	0	0	0	0	2 500	4 196	4 611	2 496	0	0	0	0	0	0	0
–68603	EU- Gemeinschaftsinitiative INTERREG (Raumentwicklung)	0	55	166	196	256	151	224	194	165	244	223	240	219	132	0	0	0	0	0
–68604	Initiative Architektur und Baukultur	0	0	140	507	388	187	74	179	130	637	1 754	299	556	429	268	122	1 350	1 225	3 820
–68605	Nationale Kofinanzierung von ESF-Bundesprogramm Soziale Stadt	0	0	0	498	2 449	1 152	773	430	551	773	665	448	292	462	23 809	17 362	9 100	14 711	9 600

Fortsetzung Tabelle A1:

Kapitel, Titel	Erläuterung	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016 Soll	2016 Ist	2017
68606	Initiative kostengünstig qualitätsbewusst bauen	0	0	0	0	240	439	394	250	323	373	10	104	0	0	0	0	0	0	0
68607	Modellvorhaben zur Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft	0	0	0	0	0	0	0	470	4 259	6 773	0	0	0	0	0	0	0	0	0
68608	Investorenwerbung für die neuen Länder	0	0	0	0	0	0	0	4 210	4 984	5 459	0	0	0	0	0	0	0	0	0
68681	Zuwendungen für Antragsforschung im Baubereich	0	0	0	0	0	0	0	0	0	4 435	0	0	0	0	0	0	0	0	0
-62223	Aufwendungszuschüsse in den alten Ländern – Abwicklung	0	0	564	359	0	0	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0903-89101	An KfW für Gebäudesanierungsprogramm zur CO ₂ -Minderung	0	0	0	0	0	0	0	520	8 014	44 539	120 004	60 699	31 321	31 062	8 382	1 767	2 000	408	0
1606-89103	Für Programm „altersgerechtes Bauen“	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	498	3 710	3 169	1 435	0	11 400	20 000	22 969	37 500
89102	„Altersgerechtes Umbauen“	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	494	341	0	53	0
89122	„Altersgerechtes Umbauen“																0	0	0	10 000
89301	Prämien nach dem Wohnungsbau-Prämiengesetz	450 625	486 336	482 432	612 243	567 757	492 736	500 321	453 306	458 069	440 112	514 548	434 685	385 560	357 483	341 744	378 993	217 000	223 077	265 000
89303	Programm „Kriminalprävention durch Einbruchsicherung“																12	10 000	13 961	50 000
89304	Für multifunktionale Gebäude in Holzbauweise																0	0	0	5 000
89351	Pilotprojekte Stadtentwicklungspolitik	0	0	0	0	0	0	0	0	651	1 562	1 779	2 010	1 386	0	998	1 042	1 000	0	0
0807-69801	Kostenbeteiligung für Schadstoffbeseitigung in ehemals bundeseigenen Wohnungen	8 922	11 957	11 990	1 187	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
-71839	Förderung der Energieeinsparung/Modernisierung in Wohngebäuden des Bundes	14 652	9 859	9 536	4 802	6 702	33	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
3006-68302	Zuweisung Forschung, Bauen, Wohnen	3 988	8 695	10 666	0	9 293	5 155	3 314	1 736	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1606-Tgr. 03	Wohnungsfürsorge für Angehörige der Bundeswehr und Bundesverwaltung, ohne Darlehen	6 812	6 622	2 773	434	399	677	1 280	2 194	1 598	2 956	3 398	2 585	1 137	5 353	4 298	3 222	2 885	5 149	4 985
67102	Vergütungen an die KfW für die Wahrnehmung von Aufgaben des Bundes bei der Durchführung des Altschuldenhilfegesetzes	14 500	12 915	6 882	3 081	2 894	1 592	1 107	1 107	1 106	1 107	1 107	720	652	600	0	0	0	0	0
Tgr. 5	Nationale Stadtentwicklungspolitik															998	1 840	2 000	1 871	2 000
Tgr. 6	Experimenteller Städtebau	0	0	0	0	0	0	0	0	0	13 824	6 938	6 963	6 360	4 561	4 004	3 282	5 466	3 794	5 466
Tgr. 8	Forschung auf den Gebieten der Raumordnung, des Städtebaus sowie des Bau- und Wohnungswesens	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	9 920	11 795	11 690	12 895	9 058	10 833	15 078	12 081	19 672
1607-Tgr. 06	Wohnungsfürsorge in Berlin und Bonn (Verlagerung von Parlaments- und Regierungsfunktionen), ohne Darlehen	30 275	8 843	5 711	7 042	8 094	6 208	6 351	5 983	3 787	3 185	2 767	3 054	1 150	1 450	955	809	1 150	543	1 150
1227-Tgr.02	Experimenteller Wohnungs- und Städtebau	0	3 379	3 862	3 921	5 291	6 232	13 054	15 948	12 029	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Tgr.03	Forschung auf den Gebieten der Raumordnung, des Städtebaus sowie des Bau- und Wohnungswesens	0	3 773	3 239	3 419	3 245	3 221	4 715	8 710	10 372	10 142	0	0	0	0	0	0	0	0	0
6002-66137	Förderung von Maßnahmen zur energetischen Gebäudesanierung (KfW)	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	12 000	0	0

Fortsetzung Tabelle A1:

Kapitel, Titel	Erläuterung	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016 Soll	2016 Ist	2017
89132	Für altersgerechtes Umbauen (KfW)	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	7 000	7 000	0
	Zusammen	1 316 713	1 488 438	1 381 461	1 375 020	1 330 467	1 254 915	1 096 828	1 000 037	929 435	1 012 987	1 274 957	1 266 109	1 251 243	1 120 453	1 018 507	990 455	828 529	881 272	879 943
	Indirekte Finanzhilfen																			
2502-88226	Zuweisung für im Bau befindliche Mietwohnungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1606-62203	Zinshilfe nach dem Altschuldenhilfegesetz – Abwicklung	0	0	0	486	294	60	11	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
-62201	Entlastung von Wohnungsunternehmen nach dem Altschuldenhilfegesetz	0	0	6	1	3	0	0	10	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
62202	Entlastung von Wohnungsunternehmen und Zinshilfen nach dem Altschuldenhilfegesetz	912	3 620	23 690	65 367	101 859	176 646	130 396	190 148	104 009	89 073	59 863	33 239	22 458	37 974	12 809	0	0	0	0
88204	Zuschuss an Länder zur Förderung von Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf	10 149	26 476	36 733	52 251	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
88211	Förderung städtebaulicher Maßnahmen	0	0	0	0	0	21 015	0	0	0	0	0	18 804	119 272	221 718	329 660	445 906	572 000	492 775	627 750
88212	Förderung der Innenentwicklung der Städte und Gemeinden	0	0	0	0	0	0	0	0	2 476	11 632	26 428	34 068	39 784	31 196	17 279	3 584	0	788	0
-88213	Förderung städtebaulicher Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen in den alten Ländern	42 692	55 227	63 076	82 147	82 605	89 279	80 263	89 078	83 982	84 091	71 875	43 525	33 338	25 906	3 481	-1 676	0	490	0
88214	Zuschuss an Länder zur Förderung von Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf	0	0	0	0	62 952	57 786	67 166	78 801	99 776	107 748	104 123	67 507	67 642	45 501	16 122	7 237	0	941	0
88215	Für den Stadtumbau West	0	0	0	0	0	0	19 458	33 194	31 859	54 459	62 373	51 358	53 273	47 338	18 974	4 074	0	971	0
88216	Für den Stadtumbau Ost	0	0	0	0	0	0	133 544	106 475	106 982	98 252	105 291	103 066	85 841	59 014	16 164	2 119	0	450	0
-88217	Förderung städtebaulicher Maßnahmen in den neuen Ländern	263 365	259 810	284 101	283 897	314 126	300 439	83 847	100 267	100 263	95 754	79 140	52 298	36 190	17 900	5 806	5 425	0	5	0
88291	Investitionspakt Bund-Länder-Gemeinden/Städtebau	0	0	0	0	0	0	0	0	3 920	48 246	128 921	126 911	100 756	66 196	4 823	668	0	0	0
88292	Für kleinere Gemeinden	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	139	0	21	0
88221	Zuweisungen für Investitionen in den alten und neuen Ländern	0	0	0	0	0	17 621	75 038	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
88222	Nationale Projekte des Städtebaus	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	38 000
-88225	Zuschüsse an die alten Länder zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus	482 236	343 041	258 385	221 277	216 110	148 320	107 137	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	dito, Schuldendiensthilfen	3 300	1 000	600	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
-88228	Zuweisungen an die neuen Länder zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus	352 118	293 820	224 036	197 878	153 486	115 261	81 446	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
-88229	Zuweisungen an die Länder für Bauinvestitionen in Regionen mit erhöhter Wohnungsnachfrage	41 860	11 737	2 351	1 509	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
88266	Modellvorhaben experimenteller Wohnungsbau	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1 436	4 531	3 695	3 850	2 467	2 101	0	2 733	0	0
88292	Zuweisung zur Förderung von kleineren Städten und Gemeinden	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	367	3 283	4 792	4 555	2 629	0	0	0	0
88293	Investitionen in nationale Projekte des Städtebaus	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2 036	10 005	30 000	18 796	47 500

Fortsetzung Tabelle A1:

Kapitel, Titel	Erläuterung	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016 Soll	2016 Ist	2017
88294	Investitionspakt Soziale Integration im Quartier															0	0	0	0	10 000
63202	Zahlung eines einmaligen Heizkostenzuschusses	0	22 644	10 433	206	584	42	171	115	0	32	0	0	0	0	0	0	0	0	0
6096-Tgr.1	Hilfen für Privathaushalte und Unternehmen aus dem Fonds „Aufbauhilfe“	0	0	0	0	0	0	8 100	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
6002-88232	Förderung von Investitionen in nationale Projekte des Städtebaus	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	22 000	13 770	0
	Zusammen	1 196 632	1 017 375	903 411	905 019	932 019	926 469	786 577	598 088	533 267	590 723	642 912	537 754	567 196	559 765	431 884	477 481	626 733	529 007	723 250
	Wohnungsvermietung	2 513 345	2 505 813	2 284 872	2 280 039	2 262 486	2 181 384	1 883 405	1 598 125	1 462 702	1 603 710	1 917 869	1 803 863	1 818 439	1 680 218	1 450 391	1 467 936	1 455 262	1 410 279	1 603 193
	6) Luft- und Raumfahrzeugbau																			
	<i>Direkte Finanzhilfen</i>																			
0902-89294	Forschungsförderung von Technologievorhaben der zivilen Luftfahrtindustrie	0	0	0	0	0	0	0	15 014	30 300	27 073	38 833	0	0	0	0	0	0	0	0
0901-66231	Finanzierungshilfen für den Absatz von zivilen Flugzeugen incl. Triebwerken	14 314	46 391	41 442	950	710	800	4 500	16 000	-2 310	35 000	41 000	5 980	139	93	54	34	200	15	200
0901-66232	Absicherung des Ausfallrisikos im Zusammenhang mit Darlehen zur Finanzierung von Entwicklungskosten	0	0	0	0	0	0	0	146	0	10	474	1 033	1 211	1 411	1 597	1 723	4 000	1 772	4 000
0901-68331	Forschungsförderung von Technologievorhaben der zivilen Luftfahrtindustrie	46 754	38 081	26 514	27 771	35 822	38 034	50 332	47 864	53 923	51 039	68 620	129 642	121 172	127 517	123 426	136 922	151 795	144 284	152 095
3008-Tgr. 33	Förderung der Luftfahrtforschung und -technologie	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	Luft- und Raumfahrzeugbau	61 068	84 472	67 956	28 721	36 532	38 834	54 832	79 024	81 913	113 122	148 927	136 655	122 522	129 021	125 077	138 679	155 995	146 071	156 295
	7) Abfall																			
	<i>Direkte Finanzhilfen</i>																			
1616	Defizit Endlagerung radioaktiver Abfälle	22 940	55 871	63 297	82 702	36 848	84 965	93 298	90 341	88 886	167 666	153 210	178 960	155 663	201 537	216 410	175 696	227 949	245 119	73 675
	Abfall	22 940	55 871	63 297	82 702	36 848	84 965	93 298	90 341	88 886	167 666	153 210	178 960	155 663	201 537	216 410	175 696	227 949	245 119	73 675
	8) Sonstige Sektoren																			
	<i>Direkte Finanzhilfen</i>																			
0803-Tgr. 02	Energiewerke Nord GmbH	142 146	135 032	132 434	128 590	125 687	121 060	112 000	109 900	111 000	107 700	98 300	104 300	102 495	87 451	102 025	118 110	133 150	130 150	135 000
0901-68302	Innovationsprogramm für Unternehmen der Verteidigungswirtschaft	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	126	10 000	0	0
68304	Schlüsseltechnologie für Industrie	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2 000	0	0
0902-68201	Finanzierungsbeiträge an die EXPO 2000 Hannover	230 081	76 694	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
68286	Zuschuss an das IIC (Industrial Investment Council – The New Länder GmbH)	0	0	0	0	0	2 386	2 386	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
68303	Förderung der Herstellung klimaschonender Nichteisenmetalle	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
-68501	Bundesanteil an den Kosten des deutschen Pavillons auf der EXPO 2000	45 955	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
-68651	Zuschuss an den Rat für Formgebung	256	256	250	180	208	169	158	166	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
-67101	Maßnahmen zur Sicherung der Mineralölversorgung	10 226	10 226	10 000	10 250	10 110	3 568	110	73	0	308	0	0	0	0	0	0	0	0	0

Fortsetzung Tabelle A1:

Kapitel, Titel	Erläuterung	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016 Soll	2016 Ist	2017	
-68405	Ausgaben für die Kommission Sicherheitstechnik, Normausschüsse bei DIN u. a. Ausschüsse	0	0	0	638	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
-68406	Zahlung an die Kommission Arbeitsschutz und Normung in der EU	0	0	0	778	781	795	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
-68407	Zahlung an die Initiative „Neue Qualität der Arbeit“	0	0	0	1 800	2 000	2 617	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
-68602	Mittelstandsinstitute	7 627	7 681	7 305	7 131	7 082	6 200	6 231	10 817	12 573	7 045	6 975	6 975	9 188	9 575	9 862	10 287	10 753	10 535	10 880	
-68657	Förderung des Normenwesens und der Gütekennzeichnung	2 864	2 959	3 163	2 813	3 487	3 388	4 028	4 820	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
-68563	Förderung der Leistungssteigerung im Handel	4 735	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
-Tgr. 7	Zahlung an Verbraucherschutzinstitutionen	15 103	13 922	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
-68612	Förderung der Leistungssteigerung im Tourismus	2 702	1 724	1 891	2 106	1 657	1 450	1 555	977	1 440	1 470	1 889	1 065	0	0	0	0	0	0	0	
68617	F&E Elektromobilität	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2 218	0	0	0	0	0	0	0	
0904-68601	Aufwendungen für die Deutsche Zentrale für Tourismus e.V.	20 452	21 439	22 459	23 184	23 410	24 467	24 964	24 974	25 473	25 262	28 451	27 213	27 713	28 275	28 361	30 574	30 574	30 574	30 649	
1204-89402	Zuschüsse zu den Umstellungskosten aus der Freigabe von Frequenzen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	88	884	674	86	49	600	32	300	
68501	Förderung von innovativen Ideen zum Thema Breitband	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	400	0	375	
68401	Förderung und Entwicklung der IKT-Nischen, Breitband	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1 440	0	0	0	0	
89403	Unterstützung des flächendeckenden Breitbandausbaus	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	154 241	1 414	189 241	
89404	Zuschüsse für Billigkeitsleistungen infolge umstellungsbedingter Kosten bei Rundfunk / drahtlosen Produktionsmitteln	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	25 000	771	25 000	
Tgr. 1	Digitale Innovationen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2 537	0	10 316	4 485	62 615	
0901-68623	Potentiale der digitalen Wirtschaft	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1 817	6 657	8 600	7 220	17 280	
0901-68624	Digitale Initiative Industrie																	0	4 000	3 253	4 000
0901-89221	Mikroelektronik für die Digitalisierung																	0	0	0	50 000
0910-68201	Zuschüsse für Investitionen an Unternehmen für Maßnahmen nach dem Post- und Telekommunikationssicherstellungsgesetz (PTSG)	0	0	0	0	0	0	562	562	562	562	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
89101	Zuschüsse für Investitionen an Unternehmen für Maßnahmen nach dem Post- und Telekommunikationssicherstellungsgesetz (PTSG)	0	0	0	0	0	0	128	128	128	128	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
1010-68602	Förderung von Informationsveranstaltungen und Tagungen (Landwirtschaft)	1 199	1 184	1 114	1 083	1 027	1 010	894	996	971	878	874	927	866	930	798	788	1 100	764	1 100	
0701-68401	Zuschüsse an die Vertretung der Verbraucher	0	0	9 744	8 466	8 766	8 766	8 756	8 700	8 700	8 700	8 700	8 700	8 729	9 444	9 524	10 779	11 086	11 086	12 007	
0701-68402	Zuschuss an die Stiftung Warentest	0	0	5 880	6 500	6 500	6 500	6 500	6 000	6 000	6 000	5 500	4 000	3 500	5 495	5 000	5 000	5 500	5 000	5 000	

Fortsetzung Tabelle A1:

Kapitel, Titel	Erläuterung	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016 Soll	2016 Ist	2017
0701-68403	Information der Verbraucher																9 902	17 342	15 200	18 942
0701-68404	Verbrauchereinrichtungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	20 000	20 000	10 000	0	0	0	10 000	10 000	90 000
1002-68501	Zahlung an die Deutsche Gesellschaft für Ernährung e.V.			2 198	2 100	1 856	2 020	2 056	2 182	2 229	2 478	2 482	2 350	2 645	3 188	3 248	3 505	4 010	3 635	4 126
1002-68404	Information der Verbraucher	0	4 040	12 890	13 510	10 980	10 584	10 623	10 043	12 849	16 415	16 142	15 955	16 101	17 108	11 382	11 562	16 000	13 173	16 000
68425	An die deutsche Stiftung für Verbraucherschutz	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	10 000	0	0	0	0	0	0	0
-Tgr. 02	Förderung von Messen, Ausstellungen; landwirtschaftliche Verbraucherberatung	7 059	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1202-89421	Breitbandausbau	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2 815	0	0	0
89422	Breitbandausbau / digitale Dividende	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	49	0	0	0
1210-89471	Unterstützung des flächendeckenden Breitbandausbaus																0	0	0	500 000
3002-89320	Förderung überbetrieblicher Ausbildungsstätten	62 678	44 527	36 854	32 979	29 887	29 209	29 000	29 000	29 000	46 000	43 000	40 000	40 000	40 000	40 000	42 000	56 000	56 000	72 000
-Tgr. 30	Bundesinstitut für Berufsbildung	28 525	27 531	30 635	35 077	26 394	27 088	27 366	25 877	27 877	28 554	29 658	28 118	35 620	33 711	37 701	36 447	42 129	36 016	42 324
3208-87001	Inanspruchnahme aus Bürgschaften, Garantien, Gewährleistungen	2 346 085	1 470 406	1 208 045	1 227 718	1 096 001	1 355 177	794 371	691 140	684 444	600 508	804 605	0	0	0	0	0	0	0	0
87101	Inlandsbezogene Gewährleistungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	293 582	427 192	265 711	170 632	171 767	515 000	120 144	335 000
87201	Auslandsbezogene Gewährleistungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	503 294	373 709	329 797	622 251	498 520	900 000	654 072	1 150 000
a.o. Ausgabe	Kaufprämie für Elektromobilität	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	85 000	0	0
0910-89301	Für Fortbildungseinrichtungen für den Mittelstand																0	0	0	8 000
0902-89301	Für Fortbildungseinrichtungen für den Mittelstand																0	29 000	25 378	
6002-89432	Unterstützung des flächendeckenden Breitbandausbaus	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	400 000	3 880	0
89332	Für Fortbildungseinrichtungen für den Mittelstand	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	8 000	7 910	0
89231	Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	25 000	500	0
	Zusammen	2 927 693	1 817 621	1 484 862	1 504 903	1 355 833	1 606 454	1 031 688	926 355	923 246	852 008	1 066 576	1 068 785	1 058 642	831 359	1 046 664	958 937	2 514 801	1 151 192	2 779 839
	Indirekte Finanzhilfen																			
0902-63203	An das Land Niedersachsen im Zusammenhang mit der EXPO 2000 Hannover GmbH	0	0	167 482	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1204-88202	Für Breitbandausbau	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	154 241	154 241	154 241
1202-88222	Für Breitbandausbau	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	317 568	0	0	0
	Zusammen	0	0	167 482	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	317 568	154 241	154 241	154 241
6091-69701	Programm zur Stärkung der PKW-Nachfrage	0	0	0	0	0	0	0	0	0	4 115 106	731 206	153 688	0	0	0	0	0	0	0
	Zusammen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	4 115 106	731 206	153 688	0	0	0	0	0	0	0
	Sonstige Sektoren	2 927 693	1 817 621	1 652 344	1 504 903	1 355 833	1 606 454	1 031 688	926 355	923 246	4 967 114	1 797 782	1 222 473	1 058 642	831 359	1 046 664	1 276 505	2 669 042	1 305 433	2 934 080
	I. Sektorspezifische Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen insgesamt	32 403 955	29 066 579	29 997 557	29 018 341	26 845 727	26 414 957	25 302 259	25 133 498	23 059 598	28 290 384	25 046 510	24 677 077	24 399 237	24 436 365	24 391 064	25 142 051	28 527 230	26 998 400	29 009 011

Fortsetzung Tabelle A1:

Kapitel, Titel	Erläuterung	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016 Soll	2016 Ist	2017
II. Branchenübergreifende Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen																				
1) Regional- und Strukturpolitik																				
<i>Direkte Finanzhilfen</i>																				
3002–68397	Förderung innovativer regionaler Wachstumskerne in den neuen Ländern (Zukunftsinvestitionsprogramm)	0	28 846	15 903	16 260	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
3004–68510	Förderung innovativer Regionen in den neuen Ländern	8 755	15 711	29 767	41 753	65 623	74 451	76 705	85 377	91 963	121 924	142 912	145 682	140 072	129 405	114 794	122 395	159 000	152 863	161 000
	<i>Zusammen</i>	8 755	44 557	45 670	58 013	65 623	74 451	76 705	85 377	91 963	121 924	142 912	145 682	140 072	129 405	114 794	122 395	159 000	152 863	161 000
<i>Indirekte Finanzhilfen</i>																				
0902–88201	Zuweisungen für betriebliche Investitionen (2016 geschätzt)	0	0	0	0	0	500 200	509 500	450 634	516 336	439 998	418 507	373 802	411 241	352 400	429 903	355 537	400 189	306 396	400 189
0902–88202	Zuweisungen für betriebliche Investitionen und wirtschaftsnahe Infrastrukturmaßnahmen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1 440	0	0	0	24 000
–88282	Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“, Zuweisungen für betriebliche Investitionen an Bayern, Bremen, Hessen, Saarland, Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen	95 600	110 700	96 100	90 200	65 100	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
88288	Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“, Zuweisungen für betriebliche Investitionen an Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Thüringen und Berlin	800 100	744 300	587 700	541 100	529 100	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
88282	Sonderprogramm der GA	0	0	0	0	0	0	0	0	0	60 431	28 540	30 580	0	0	0	0	0	0	0
88202	Zuschüsse aus Rückflüssen der GRW	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	20 314	0	0	0	0	0	0
88203	Zuweisungen an die neuen Länder sowie Berlin (Ost) für betriebliche Investitionen sowie wirtschaftsnahe Infrastrukturmaßnahmen aus Zuschüssen des EFRE (betriebliche Investitionen, geschätzt, zuletzt 70 Prozent)	331 328	145 236	234 010	280 485	246 752	357 845	235 397	152 616	104 291	138 123	81 118	163 638	146 785	0	101 650	108 482	0	57 649	0
	Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ – alte Länder, EFRE-Mittel (betriebliche Investitionen, geschätzt)	2 930	24 691	18 828	25 168	20 575	31 515	44 983	18 484	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0

Fortsetzung Tabelle A1:

Kapitel, Titel	Erläuterung	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016 Soll	2016 Ist	2017
6002-88233	Für betriebliche Investitionen und wirtschaftsnahe Infrastruktur GA Reg	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	24 000	19 062	0
	Zusammen	1 229 958	1 024 927	936 638	936 953	861 527	889 560	789 880	621 734	620 627	638 552	528 165	568 020	578 340	352 400	532 993	464 019	424 189	383 107	424 189
	Regional- und Strukturpolitik	1 238 713	1 069 484	982 308	994 966	927 150	964 011	866 585	707 111	712 590	760 476	671 077	713 702	718 412	481 805	647 787	586 414	583 189	535 970	585 189
	2) Umweltpolitik und rationelle Energieverwendung																			
	<i>Direkte Finanzhilfen</i>																			
1210-89121	Pilotprojekt Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	24 700	21 603	61 120	41 676	15 148
68321	Pilotprojekt Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	17 771	8 000	11 317	0
89221	Pilotprojekt Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	6 059	0
89271	Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	50 000
1601-89201	Zuweisung für Investitionen zur Verminderung von Umweltbelastungen	16 511	18 733	9 704	6 929	12 755	10 692	7 233	6 838	14 742	19 734	24 153	28 167	19 680	15 598	23 092	25 645	25 351	13 348	25 351
1602-683011	Zuschüsse zur Förderung der Aufarbeitung von Altöl zu Basisöl	0	714	681	654	1 206	782	642	363	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1601-89604	Verminderung grenzüberschreitender Umweltbelastung	4 309	1 081	1 443	401	1 448	2 288	46	295	231	405	1 365	1 610	68	166	121	48	2 640	111	2 640
0903-68624	Förderung von Einzelmaßnahmen zur Nutzung erneuerbarer Energien	48 433	136 423	116 727	102 485	124 728	131 238	165 360	147 054	247 744	504 785	405 989	286 831	360 577	287 400	243 829	187 306	250 000	203 459	230 063
68605	Internationale Zusammenarbeit erneuerbare Energien	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	7 000	0	9 280
1602-68697	F.u.E. umweltschonender Energieformen im Bereich der nichtnuklearen Energieforschung (0902-68697)	0	0	0	30 255	10 190	18 140	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
-89221	Investitionszuschüsse: erneuerbare Energien (0902-89221)	0	0	0	15 600	19 000	39 591	43 483	41 702	50 547	47 498	59 464	53 856	54 446	57 879	0	0	0	0	0
-89222	Förderung von Photovoltaikanlagen durch ein „100 000 Dächer-Solarstrom-Programm“ (0902-89230)	2 131	13 031	16 689	22 813	27 232	24 336	20 879	17 199	17 840	27 210	6 857	3 772	1 668	2 056	0	0	0	0	0
-68321	Forschungs- und Entwicklungsvorhaben: Erneuerbare Energien, Teilbereich: "250 Megawattwind", Ansatz im Subventionsbericht	57 748	65 699	56 800	22 094	21 052	28 084	37 716	39 623	53 366	62 055	60 738	73 001	86 507	88 618	0	0	0	0	0
1602-68101	Zuschüsse zum Kauf von Partikelfiltern	0	0	0	0	0	0	0	0	0	19 788	47 694	9 522	29 361	29 629	0	0	0	6 848	0
0902-68697	F.u.E. zur rationellen Energieumwandlung und -verwendung	0	9 596	38 271	18 720	13 287	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0902-89221	Investitionszuschüsse: Rationelle Energieverwendung, Umwandlungs- und Verbrennungstechnik	46 900	41 670	32 000	17 295	19 970	19 816	27 800	34 745	37 164	34 735	39 696	0	0	0	0	0	0	0	0
0902-68635	Unterstützung des Exports von Technologien im Bereich erneuerbarer Energien	0	0	0	2 869	11 323	9 004	8 779	11 350	13 133	15 493	19 281	0	0	0	0	0	0	0	0

Fortsetzung Tabelle A1:

Kapitel, Titel	Erläuterung	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016 Soll	2016 Ist	2017
0903-68301	F.u.E.: rationelle Energieverwendung, Umwandlungs- und Verbrennungstechnik	69 648	65 700	56 800	29 943	34 700	41 994	38 337	46 698	59 166	74 799	78 580	117 004	120 784	112 959	119 824	126 277	313 171	300 630	430 481
0903-68603	Steigerung der Energieeffizienz	4 751	4 805	0	8 474	9 007	8 090	10 121	7 354	11 593	25 732	19 556	21 660	21 118	20 708	22 123	23 411	44 326	23 969	40 988
0903-89201	Explorationsprogramm	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	12	361	136	1 300	17	0
3007-68350	Umweltgerechte nachhaltige Entwicklung, F.u.E.	131 929	143 645	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
-89250	Umweltgerechte nachhaltige Entwicklung, Investitionen	28 062	48 216	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
-Tgr. 31	Ausgaben für erneuerbare Energien, rationelle Energieverwendung, Umwandlungs- und Verbrennungstechnik	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
6002-68632	Marktanreizprogramm Energieeffizienz	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	165 000	0	0
68634	Einführung eines wettbewerblichen Ausschreibungsmodells für Energieeffizienz	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	50 000	0	0
68636	Förderprogramm Energiesparcontracting	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	15 000	0	0
68637	Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	66 000	0	0
	<i>Zusammen</i>	<i>410 422</i>	<i>549 313</i>	<i>329 115</i>	<i>278 532</i>	<i>305 898</i>	<i>334 055</i>	<i>360 396</i>	<i>353 221</i>	<i>505 526</i>	<i>832 234</i>	<i>763 373</i>	<i>595 423</i>	<i>694 209</i>	<i>615 025</i>	<i>434 050</i>	<i>402 197</i>	<i>1 008 908</i>	<i>607 434</i>	<i>803 951</i>
66101	Energetische Stadtsanierung	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	5 855	8 362	22 400	9 185	14 520
66107	CO ₂ -Gebäudesanierungsprogramm	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	52 320	4 012	350 866	453 302	653 600	536 926	722 400
68303	Strompreiskompensation	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	312 797	187 669	245 000	243 888	300 000
68304	Maßnahmen zur Weiterentwicklung der Elektromobilität	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	155 954	322 186	270 626	217 679	210 000	193 906	220 000
68603	Förderung der rationalen und sparsamen Energieverwendung – Energieeffizienzfonds	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	9 443	11 406	11 516	28 554	73 088	282 200	94 412	462 666	
68606	Waldklimafonds	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	4 450	8 621	17 600	10 597	19 538	
68604	Markteinführungsprogramm zur Förderung des Einsatzes erneuerbarer Energien	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	83 353	18 172	19 514	112 200	76 224	86 817
89101	CO ₂ -Gebäudesanierungsprogramm	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	105 854	127 810	218 000	165 615	205 400	
68608	Wettbewerbliche Ausschreibung für Energieeffizienz	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	50 000	760	100 000
68610	Pumpen- und Heizungsoptimierung	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	100 000	2 140	346 000
68611	Anreizprogramm Energieeffizienz	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	165 000	34 497	165 000
68612	Strukturanpassung in Braunkohlebergbauregionen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	4 000	0	4 000
68613	Programme und Maßnahmen der Energiewende in den Bereichen Erneuerbare Energien, Strom und Netze, Digitalisierung und Energieinfrastruktur	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	104 793

Fortsetzung Tabelle A1:

Kapitel, Titel	Erläuterung	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016 Soll	2016 Ist	2017
68702	Internationale Energiezusammenarbeit, Rohstoffpartnerschaften und Technologiezusammenarbeit	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2 456	1 700	2 200	2 051	3 263	18 700	12 074	17 519
68704	Förderung im Rahmen der EU-Richtlinie Erneuerbare Energien	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1 400	632	1 263	5 600	4 200	4 536
89301	Zuschüsse zum Kauf elektrisch betriebener Fahrzeuge	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	192 000
89302	Zuschüsse für Ladeinfrastruktur elektrisch betriebener Fahrzeuge	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	25 000
	Zusammen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	25 000
	Umweltpolitik und rationelle Energieverwendung	410 422	549 313	329 115	278 532	305 898	334 055	360 396	353 221	505 526	832 234	763 373	607 322	915 589	1 039 692	1 533 907	1 502 768	3 113 208	1 991 858	3 794 140
	3) Beschäftigungspolitik																			
	<i>Direkte Finanzhilfen</i>																			
0902–68569	Förderung der beruflichen Fortbildung im Handwerk und in anderen Bereichen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
68671	Verwendung von Zuschüssen des Europäischen Sozialfonds zu laufenden Maßnahmen	0	0	0	419 973	550 802	450 014	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
68610	ESF-Mittel																	0	0	12 820
0912–68106	Arbeitnehmerhilfe	2 123	2 063	2 352	2 281	2 264	30	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
68501	Sonderprogramm des Bundes zum Einstieg arbeitsloser Jugendlicher in Beschäftigung und Qualifizierung	0	0	0	38 937	152 475	696	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
–68601	Förderung der Erprobung neuer Wege in der Arbeitsmarktpolitik	23 936	9 080	2 609	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
68651	Förderung der Erprobung und Entwicklung innovativer Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit	993	12 268	24 755	28 689	15 712	8 703	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
–68603	Vermittlungszuschüsse	2 608	4 442	4 162	1 817	452	169	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
–68401	Förderung der beruflichen Integration und Beratung von Zuwanderern	0	0	0	2 733	3 556	5 017	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
–68604	Kofinanzierung der Gemeinschaftsinitiative EQUAL	0	665	918	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
–Tgr. 04	Erstattung der Kosten für Struktur- anpassungsmaßnahmen	416 547	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
68511	Leistungen zur Eingliederung in Arbeit	0	0	0	0	0	1 725 611	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
68561	Sonderprogramm des Bundes – Arbeit für Langzeitarbeitslose	0	0	0	38 081	417 118	9 268	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1106–68611	Verwendung von Zuschüssen des Europäischen Sozialfonds zu laufenden Maßnahmen	0	0	0	0	0	0	408 510	159 198	0	199 174	102 114	116 614	206 204	210 260	136 259	86 885	0	33 229	0
1106–68612	Verwendung nicht abgeforderter ESF-Mittel	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	10 000	20 508	-287	0	88 532	60 849	0	0	0
1106–68613	Kofinanzierung der ESF-Bundesprogramme	0	0	0	0	0	0	0	0	1 157	78 739	101 160	128 933	47 461	38 825	33 767	20 213	44 153	25 526	43 952

Fortsetzung Tabelle A1:

Kapitel, Titel	Erläuterung	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016 Soll	2016 Ist	2017
1106-68621	Aus dem Europäischen Globalisierungsfonds EFG	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	8 452	0	3 981	1 013	0	0	0
1106-68622	Kofinanzierung für EFG	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	12	0	0	199	0	0	0
1107-68401	Initiative „neue Qualität der Arbeit“	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	4 061	4 500	3 718	4 500
1101-68121	Bundesprogramm Kommunalkombi	0	0	0	0	0	0	0	0	18 467	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
68301	Lohnkostenzuschüsse an Arbeitgeber zur Wiedereingliederung Langzeitarbeitsloser	313 947	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
-68302	Förderung von ABM	0	0	11 019	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
-68401	Förderung der beruflichen Integration und Beratung von Zuwanderern	0	0	0	0	0	0	6 712	6 721	6 739	6 405	6 994	7 011	6 729	7 000	24 583	27 921	47 500	41 219	47 500
68402	Für innovative Integrationsansätze	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	7 000	48	7 000
68403	Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	283	300 000
68602	Sonderprogramm zur Einstiegsqualifizierung Jugendlicher	0	0	0	0	0	0	69 535	71 815	8 137	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
68511	Leistungen zur Eingliederung in Arbeit	0	0	0	0	0	0	2 488 556	2 505 383	2 741 608	2 476 419	2 354 983	1 535 000	942 000	755 000	840 000	809 000	860 000	573 000	550 000
68612	Beschäftigungspakte für ältere Arbeitnehmer	0	0	0	0	0	0	153 796	164 436	118 338	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
68651	Förderung der Erprobung innovativer Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit	0	0	0	0	0	0	2 448	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
-89302	Ausgaben für Maßnahmen nach § 242s AFG	0	0	380	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
-89310	Sachkostenzuschüsse für Träger von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	16 766	0	8 297	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	Zusammen	776 920	28 518	54 492	532 511	1 142 379	2 199 508	3 129 557	2 907 553	2 894 446	2 760 737	2 575 251	1 808 066	1 210 571	1 011 085	1 127 122	1 010 141	963 153	689 843	952 952
	<i>Indirekte Finanzhilfen</i>																			
3002-63202	Sonderprogramm zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze in den neuen Ländern	0	98 558	93 307	89 116	82 780	77 793	77 203	75 380	59 740	48 590	32 069	15 903	5 511	1 284	0	0	0	0	0
	Zusammen	0	98 558	93 307	89 116	82 780	77 793	77 203	75 380	59 740	48 590	32 069	15 903	5 511	1 284	0	0	0	0	0
	Beschäftigungspolitik	776 920	127 076	147 799	621 627	1 225 159	2 277 301	3 206 760	2 982 933	2 954 186	2 809 327	2 607 320	1 823 969	1 216 082	1 012 369	1 127 122	1 010 141	963 153	689 843	952 952
	4) Förderung von Qualifikation																			
	<i>Direkte Finanzhilfen</i>																			
0902-68603	Förderung von Sozialkompetenz in der Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	5 000	37	5 000
0902-68604	Berufliche Bildung für den Mittelstand – Lehrlingsunterweisung	40 896	41 548	41 179	38 567	36 476	36 680	39 965	45 216	47 338	45 903	47 431	46 419	43 400	42 245	43 470	44 113	45 100	45 084	44 113
0902-89301	Förderung überbetrieblicher Fortbildungseinrichtungen der gewerblichen Wirtschaft und des sonstigen Dienstleistungsbereichs	35 339	27 404	23 468	24 121	22 518	23 941	22 812	23 942	23 714	25 585	24 110	24 291	28 064	28 759	29 730	29 063	29 000	25 378	29 000
1107-54404	Für Sicherung des Arbeitskräftebedarfs	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1 653	1 679	1 351	2 148	3 510	2 566	3 200
1107-54406	Fachkräfte-Offensive	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	912	2 413	2 188	2 332	2 200	1 588	1 700
3002-68111	Begabtenförderung in der beruflichen Bildung	13 514	14 481	14 542	13 734	13 684	14 578	14 911	16 067	19 193	24 354	34 911	38 565	42 184	44 497	45 829	45 981	49 325	49 315	50 300

Fortsetzung Tabelle A1:

Kapitel, Titel	Erläuterung	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016 Soll	2016 Ist	2017
-68121	Förderung des internationalen Austauschs und der Zusammenarbeit in der beruflichen Bildung	6 078	7 235	6 816	7 055	5 238	3 973	4 651	4 684	4 597	7 476	10 242	11 269	11 714	12 612	9 054	10 818	12 778	8 766	12 788
-68120	Förderung der beruflichen Aufstiegsfortbildung	0	0	68 959	86 333	82 138	122 696	121 801	119 831	122 259	140 496	148 820	169 540	166 553	174 291	181 601	181 529	213 430	199 779	264 580
-68601	Sonderprogramm Lehrstellenentwickler und Regionalverbände																			
-68505	Berufsbildung in den neuen Ländern	10 318	10 754	10 928	10 161	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
-68505	Fördermaßnahmen berufliche Weiterbildung	11 638	15 975	15 131	15 474	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
68520	Innovationen und Strukturentwicklungen in der beruflichen Bildung	0	0	0	0	44 866	48 301	44 428	37 465	34 702	44 013	50 366	101 147	91 028	86 272	73 906	75 052	114 137	76 270	94 137
-68502	Sonderprogramm zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze in den neuen Ländern	103 220	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
-68503	Beteiligung des Europäischen Sozialfonds am Ausbildungsplätzeprogramm	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
68542	Weiterbildung und lebenslanges Lernen	0	0	0	0	52 071	43 676	35 573	34 984	40 126	38 510	47 548	60 430	77 303	60 192	50 733	38 151	44 542	46 604	46 542
68521	Maßnahmen zur Verbesserung der Berufsorientierung	0	0	0	0	0	0	0	0	1 402	9 957	18 643	35 258	59 981	65 864	64 356	65 666	77 000	61 440	97 000
	Förderung von Qualifikation	221 003	117 397	181 023	195 445	256 991	293 845	284 141	282 189	293 331	336 294	382 071	486 919	522 792	518 824	502 218	494 853	596 022	516 827	648 360
	5) Förderung von Innovationen etc.																			
	<i>Direkte Finanzhilfen</i>																			
3004-68316	Information und Kommunikation – Anwendungen	43 460	40 290	37 079	32 828	35 293	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	Förderung von Innovationen etc.	43 460	40 290	37 079	32 828	35 293	0													
	6) Mittelstandsförderung																			
	<i>Direkte Finanzhilfen</i>																			
0602-68642	Investorenwerbung und Förderung von Marktstrategien zur Standort-sicherung von KMU in den neuen Ländern	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	4 855	5 729	5 078	5 509	0	0	0	0	0
0901-68624	Initiative Industrie	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	4 000	3 253	4 000
0902-68550	Förderung der Informationsgesellschaft	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0902-68552	F.u.E. und Innovation, Sonderprogramm für die neuen Länder	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0902-68350	Beteiligung am Innovationsrisiko von Technologieunternehmen (ab 2005 in 66201 enthalten)	49 444	184 012	191 360	184 000	140 399	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0902-68354	Förderung von innovativen Netzwerken	1 714	5 854	7 365	12 435	15 956	17 750	20 000	22 634	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0902-68355	Ausbau der Informationsgesellschaft Internet für Alle	0	0	213	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0902-68356	Unterstützung des neuen Förderwettbewerbs „Netzwerkmanagement Ost“	0	0	1 382	5 400	5 100	6 200	6 500	7 500	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0902-68360	Fehlbedarfsdeckung im Rahmen des Kreditversicherungsprogramms	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	107	0	0	0	0	0	0	0	0

Fortsetzung Tabelle A1:

Kapitel, Titel	Erläuterung	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016 Soll	2016 Ist	2017	
0902-68607	Innovative Unternehmensgründungen	0	0	0	0	0	5 000	15 000	23 000	48 537	64 036	62 314	33 718	39 038	30 000	55 780	72 707	80 785	88 672	84 000	
0902-68608	Förderung unternehmerischen Know-hows	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	61 532	77 325	64 802	77 531	37 917	37 522	37 917	
0902-68654	F.u.E. in den neuen Bundesländern, ab 2004: Förderung innovativer Wachstumsträger, Ansatz nach Subventionsbericht	122 741	121 160	100 854	94 680	84 708	93 479	86 486	88 588	97 051	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0902-68656	IT-Sicherheit bei IT-Anwendungen in Unternehmen	0	0	0	1 250	1 111	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0902-68658	Leistungssteigerung der technisch-ökonomischen Infrastruktur zu Gunsten der deutschen Wirtschaft, insbesondere KMU	0	1 959	3 426	3 356	2 537	1 017	385	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0902-66261	Zinszuschüsse und Erstattungen von Darlehensausfällen im Rahmen des Eigenkapitalhilfeprogramms zur Förderung selbständiger Existenzen	293 992	102 258	102 258	148 347	153 388	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0902-66262	Hilfsfonds für Handwerker und Kleinunternehmer	0	2 556	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0902-66202	Zinszuschüsse des ERP-Innovationsprogramms zur Förderung des Mittelstandes	0	0	0	0	0	34 600	3 650	9 710	15 890	40 680	55 920	56 300	60 100	64 100	63 100	62 600	61 600	61 600	60 530	
0902-68605	Fachkräftesicherung für KMU	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	13 963	16 732	16 069	13 743	24 618	16 622	27 018	
0902-68606	Potentiale in der Dienstleistungswirtschaft	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	5 469	6 042	4 811	5 026	16 006	15 100	21 056	
0902-68161	Förderung der beruflichen Aufstiegsfortbildung (KMU)	35 170	44 494	35 619	44 046	44 174	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0902-68556	Anschubfinanzierung	0	0	0	0	0	0	0	0	0	581	3 081	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0902-68660	Existenzgründungsberatung sowie allgemeine Beratung sowie Information und Schulung	6 074	30 610	30 872	32 496	36 439	32 933	32 476	30 974	34 864	40 984	44 818	77 563	0	0	0	0	0	0	0	0
0902-68661	Förderung der Leistungssteigerung in KMU und freien Berufen	20 124	4 773	4 603	4 555	3 442	3 370	3 484	3 592	3 396	3 359	3 774	2 411	0	0	0	0	0	0	0	0
0902-68666	Förderung der Innovationsfähigkeit der KMU und des Technologietransfers	7 891	9 780	9 652	7 242	6 034	5 496	6 896	7 359	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0902-68567	Förderung der beruflichen Qualifikation des Mittelstandes in den neuen Ländern	989	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0902-68667	Sonderprogramm zur Einstiegsqualifizierung Jugendlicher	0	0	0	0	2 135	40 272	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0902-68667	Fachkräftesicherung für KMU	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	8 135	0	0	0	0	0	0	0	0
0902-68668	Passgenaue Vermittlung Auszubildender an ausbildungswillige Unternehmen durch Kammern	0	0	0	0	0	0	0	1 418	2 820	3 260	3 351	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0902-69801	Soforthilfe zugunsten KMU-Ersatz für nicht versicherten Verlust von Wirtschaftsgütern	0	0	97 200	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
3002-68505	Subventionsäquivalent aus: „Strukturelle Innovation in Bildung und Forschung“ – KMU-Patentaktion	0	0	0	1 500	1 300	1 600	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0

Fortsetzung Tabelle A1:

Kapitel, Titel	Erläuterung	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016 Soll	2016 Ist	2017
0905-68501	Aus Subventionsbericht: KMU-Patentaktion	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2 657	2	36	0	0	0	0	0
0901-68321	Entwicklung digitaler Technologien	20 030	26 847	32 261	29 883	28 336	26 630	29 204	32 360	30 468	34 308	43 391	42 257	46 129	40 442	44 241	38 748	56 477	48 258	59 432
0901-68301	Innovationsförderung, zentrales Innovationsprogramm Mittelstand	125 298	142 067	141 821	136 634	137 135	126 196	140 550	180 559	247 700	319 634	302 501	337 805	470 568	508 173	526 559	555 405	543 474	556 738	548 474
0901-68302	Innovationsberatung	0	0	0	0	0	249	910	2 501	11 235	10 689	12 639	21 537	15 711	21 722	9 613	9 432	7 315	9 295	7 310
0901-68601	Förderung der industriellen Gemeinschaftsforschung und -entwicklung	87 938	89 226	90 089	90 003	90 512	101 038	107 331	112 356	123 383	193 619	192 093	192 533	197 157	195 992	202 210	204 112	204 000	204 348	240 000
0901-68622	Informationstechnik-Anwendungen in KMU	8 428	11 827	11 635	11 741	10 824	12 879	13 793	16 722	17 514	19 039	17 387	14 009	11 028	19 240	19 479	16 532	28 835	22 056	42 314
1204-89401	IKT-Infrastrukturen, Breitband	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	6 639	1 534	300	0	0	0	0
0901-68501	Technologie- und Innovationstransfer	0	0	0	0	0	1 900	2 100	13 228	18 449	21 100	24 997	23 912	20 947	21 689	24 949	22 970	29 130	17 322	29 112
0910-66201	Abwicklung von Alprogrammen	0	0	0	0	0	398 772	349 075	312 120	269 716	209 726	143 879	87 107	48 347	20 621	15 165	12 310	8 150	5 843	4 862
	Zusammen	779 833	777 423	860 610	807 568	763 530	909 381	817 840	864 621	921 023	961 015	915 107	905 673	1 001 708	1 029 157	1 047 078	1 091 116	1 102 307	1 086 629	1 166 025
	<i>Subventionsäquivalente der Kredite der KfW</i>																			
6091-68301	Zentrales Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM)	0	0	0	0	0	0	0	0	0	53 197	319 972	294 400	0	0	0	0	0	0	0
	<i>Subventionsäquivalente der Kredite der KfW</i>	500 000	400 000	300 000	200 000	200 000	300 000	500 000	400 000	400 000	400 000	300 000	300 000	300 000	300 000	300 000	300 000	300 000	300 000	300 000
	Zusammen	500 000	400 000	300 000	200 000	200 000	300 000	500 000	400 000	400 000	400 000	300 000								
	Mittelstandsförderung	1 279 833	1 177 423	1 160 610	1 007 568	963 530	1 209 381	1 317 840	1 264 621	1 321 023	1 414 212	1 535 079	1 500 073	1 301 708	1 329 157	1 347 078	1 391 116	1 402 307	1 386 629	1 466 025
	7) Förderung sonstiger Unternehmensfunktionen																			
	<i>Direkte Finanzhilfen</i>																			
0902-68682	Förderung des Absatzes ostdeutscher Produkte	9 254	9 400	8 616	8 300	6 024	2 250	1 714	1 714	1 725	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
68380	Für Teilnahme junger Unternehmen auf internationalen Leitmesse in Deutschland	0	0	0	0	0	0	0	785	1 779	2 323	2 999	0	0	0	0	0	0	0	0
-53281	Bundesbeteiligung an Auslands-messen und -ausstellungen der gewerblichen Wirtschaft	33 643	35 776	33 498	30 078	32 977	34 394	35 977	35 935	36 995	42 028	38 371	0	0	0	0	0	0	0	0
-68383	Vorbereitende Maßnahmen für Auslandsprojekte	0	0	0	0	1 122	1 072	894	899	38	984	1	0	0	0	0	0	0	0	0
68663	Institution eines Kreditmediators für die Beratung suchenden Unternehmen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	80	1 701	1 738	0	0	0	0	0	0	0
68664	Deutsch-Französisches Innovationsprojekt QUAERO	0	0	0	0	0	0	0	5 000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
68683	Darstellung des Wirtschaftsstandorts Deutschland im Ausland	0	0	0	0	0	7 410	7 372	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0910-68601	Zukunft der Industrie	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	5 000	2 794	5 000
1107-68408	Maßnahmen der Europäischen Allianz für die gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen (CSR)	0	0	0	0	0	0	0	0	392	254	200	895	429	413	507	752	1 000	1 248	1 105
0904-68702	Wirtschaftsbeziehungen mit dem Ausland, Standortmarketing	31 888	33 197	32 993	31 965	27 262	27 135	29 272	37 559	41 807	54 947	54 121	53 219	51 618	54 982	59 741	61 268	65 745	64 019	70 068
0904-68705	Erschließung von Auslandsmärkten	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	74 941	76 437	80 567	78 884	84 679	83 388	83 100	83 705

Fortsetzung Tabelle A1:

Kapitel, Titel	Erläuterung	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016 Soll	2016 Ist	2017
0904–53204	Bundesbeteiligungen an Weltausstellungen im Ausland	0	0	0	100	6 650	5 750	563	4 160	9 000	15 269	27 605	6 071	6 674	7 748	14 975	23 399	7 069	5 256	7 069
	Förderung sonstiger Unternehmensfunktionen	74 785	78 373	75 107	70 443	74 035	78 011	75 792	86 052	91 736	115 885	124 998	136 864	135 158	143 710	154 107	170 098	162 202	156 417	166 947
	II. Branchenübergreifende Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen insgesamt	4 045 136	3 159 356	2 913 041	3 201 409	3 788 056	5 156 604	6 111 514	5 676 127	5 878 392	6 268 428	6 083 918	5 268 849	4 809 741	4 525 557	5 312 219	5 155 390	6 820 081	5 277 544	7 613 613
	III. Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen (I + II)	36 449 091	32 225 935	32 910 598	32 219 750	30 633 783	31 571 561	31 413 773	30 809 625	28 937 990	34 558 812	31 130 428	29 945 926	29 208 978	28 961 922	29 703 283	30 297 441	35 347 311	32 275 944	36 622 624
	IV. Allokationsverzerrende Transfers und Zuwendungen an private und staatliche Organisationen ohne Erwerbszweck																			
	1) Krankenhäuser, Gesetzliche Krankenversicherung, Gesundheitswesen																			
	<i>Direkte Finanzhilfen</i>																			
0902–68601	Förderung der Leistungssteigerung in der Gesundheitswirtschaft	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	68	430	0	0	0	0	0	0	0
1502–89351	Einrichtung, Erweiterung etc. von Rehabilitationseinrichtungen	17 393	25 730	29 865	14 432	6 330	3 664	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
68404	Sicherung der Qualität des Gesundheitswesens	0	0	0	0	0	0	0	0	0	475	599	392	575	574	0	0	0	0	0
68608	Zusätzlicher Bundeszuschuss an die GKV	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2 000 000	0	0	0	0	0	0	0	0
Tgr. 01	Modellmaßnahmen zur Verbesserung der Versorgung Pflegebedürftiger	0	0	0	0	0	0	1 029	922	1 047	1 034	408	290	448	624	2 415	5 041	3 900	3 900	4 900
1501–63606	Abgeltung versicherungsfremder Leistungen	0	0	0	0	1 000 000	2 500 000	4 200 000	2 500 000	2 500 000	7 200 000	11 800 000	13 300 000	14 000 000	11 500 000	10 500 000	11 500 000	14 000 000	14 000 000	14 500 000
1502–68101	Förderung der freiwilligen privaten Pflegevorsorge	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	18 766	29 504	39 000	38 363	45 750
1503–68414	Verbände des Gesundheitswesens	753	748	697	621	556	628	549	547	3 494	3 444	3 247	3 032	2 829	2 723	2 545	2 758	2 335	2 027	2 335
	Zusammen	18 146	26 478	30 562	15 053	1 006 886	2 504 292	4 201 578	2 501 469	2 504 541	7 204 953	11 804 322	15 304 144	14 003 852	11 503 921	10 523 726	11 537 303	14 045 235	14 044 290	14 552 985
	<i>Indirekte Finanzhilfen</i>																			
1502–88201	Förderung von Investitionen in Pflegeeinrichtungen in den neuen Ländern	473 354	443 699	444 313	0	221 083	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	Zusammen	473 354	443 699	444 313	0	221 083	0													
	Krankenhäuser, Gesetzliche Krankenversicherung, Gesundheitswesen	491 500	470 177	474 875	15 053	1 227 969	2 504 292	4 201 578	2 501 469	2 504 541	7 204 953	11 804 322	15 304 144	14 003 852	11 503 921	10 523 726	11 537 303	14 045 235	14 044 290	14 552 985
	2) Kindertagesstätten, Kinderkrippen																			
	<i>Direkte Finanzhilfen</i>																			
0212–Tgr. 09	Kosten der Kindertagesstätte des Bundesstages	919	756	931	1 121	1 239	1 217	1 229	1 240	1 386	1 420	1 546	1 549	1 507	1 329	1 593	1 684	1 762	1 710	1 771
6002–68431	Bundesprogramm Kita plus	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	33 500	7 959	0
	Zusammen	919	756	931	1 121	1 239	1 217	1 229	1 240	1 386	1 420	1 546	1 549	1 507	1 329	1 593	1 684	35 262	9 669	1 771
	<i>Sondervermögen Kinderbetreuungs-</i>																			
	<i>ausbau</i>	0	0	0	0	0	0	0	0	62 000	343 000	533 000	417 000	341 000	481 000	360 000	203 000	230 000	278 000	0
	Zusammen	0	62 000	343 000	533 000	417 000	341 000	481 000	360 000	203 000	230 000	278 000	0							
	Kindertagesstätten, Kinderkrippen	919	756	931	1 121	1 239	1 217	1 229	1 240	63 386	344 420	534 546	418 549	342 507	482 329	361 593	204 684	265 262	287 669	1 771

Fortsetzung Tabelle A1:

Kapitel, Titel	Erläuterung	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016 Soll	2016 Ist	2017
3) Theater, Museen, Medien, sonstige Kulturanbieter																				
<i>Direkte Finanzhilfen</i>																				
0101-68401	Zuschuss an die deutsche Künstlerhilfe	1 585	1 636	2 820	2 942	2 948	2 944	2 937	2 966	3 048	2 100	3 162	3 282	3 284	3 371	3 387	3 419	2 300	3 405	2 300
0502-68517	Einladung publizistisch und kulturpolitisch wichtiger Persönlichkeiten des Auslands	4 142	4 261	4 154	3 851	2 887	2 746	2 963	3 085	2 984	3 722	3 245	2 723	3 496	3 554	3 313	3 189	3 435	2 955	3 435
"0452 Angelegenheiten d. Kultur und der Medien (ohne Zahlungen an Länder, an die Stiftung Preußischer Kulturbesitz und an die Deutsche Bibliothek)																				
		255 724	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
-Tgr. 01	Allgemeine kulturelle Angelegenheiten (ohne Zahlungen an Länder)	0	0	103 786	85 945	75 008	69 340	97 866	91 109	92 173	100 626	92 361	103 549	131 522	132 323	128 984	128 753	133 811	137 735	188 749
-68321	Maßnahmen der wirtschaftlichen Filmförderung	0	3 574	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
-68421	Zahlung an Einrichtungen auf dem Gebiet der Musik und Literatur	0	11 012	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
-68521	Kulturelle Einrichtungen und Aufgaben im Inland	0	74 988	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
-89421	Zuschüsse für Investitionen kultureller Einrichtungen	0	26 414	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
89413	Sicherung und Erhaltung von Kulturdenkmälern in den neuen Ländern	0	0	6 136	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
89415	Programm „Kultur in den neuen Ländern“	0	0	40 001	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
-Tgr. 02	Kulturförderung im Inland (ohne Zahlungen an Länder)	0	0	119 283	113 139	142 894	156 986	181 136	223 981	188 803	252 927	256 684	268 147	299 696	323 354	312 091	333 572	372 662	363 200	460 595
68594	Rundfunk-Orchester und Chöre GmbH	0	0	0	0	0	0	0	9 770	9 770	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
-Tgr. 05	Förderung deutscher Künstler	0	1 118	2 262	2 723	2 647	2 783	4 882	2 722	2 503	3 463	3 579	3 353	3 459	5 679	3 982	3 535	3 688	4 056	3 734
-Tgr. 07	Förderung kultureller Maßnahmen im Rahmen des § 96 BVFG und kulturelles Eigenleben fremder Volksgruppen (ohne Zahlungen an Länder)	0	16 414	16 204	15 703	15 682	13 391	13 427	14 068	14 191	15 019	14 344	14 089	14 390	16 758	13 916	14 550	15 611	15 475	16 779
-68583	Rundfunk-Orchester und Chöre GmbH	0	8 999	10 070	10 184	9 955	10 103	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
-68586	Zuschüsse an kulturelle Einrichtungen in Berlin	0	0	1 980	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
-68587	Zuschüsse an kulturelle Einrichtungen in Berlin	0	0	35 226	33 456	34 095	33 062	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
-89487	Zuschüsse an kulturelle Einrichtungen in Berlin	0	0	0	2 380	1 559	4 807	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0

Fortsetzung Tabelle A1:

Kapitel, Titel	Erläuterung	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016 Soll	2016 Ist	2017
"0454	Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, Defizit	1 550	758	807	810	863	814	813	836	827	923	982	966	1 009	984	947	1 068	988	979	1 004
0504–68715	Medien-Programme einschließlich bildende und darstellende Kunst	38 718	37 669	41 022	39 679	37 860	37 099	30 541	39 919	28 188	29 805	23 275	18 363	23 540	16 862	18 807	19 606	32 110	35 266	39 869
–68717	Internationale Aktivität gesellschaftlicher Gruppen	21 497	20 755	10 591	11 011	10 833	10 647	9 592	9 260	9 640	13 051	11 535	11 268	11 044	11 447	9 045	10 503	17 487	14 321	15 237
0902–68670	Umsetzung kreativwirtschaftlicher Konzepte in der Kultur- und Kreativwirtschaft	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2 400	3 809	3 240	0	0	0	0	0	0	0
1606–68501	An die Bundesstiftung „Baukultur“	0	0	0	0	0	0	0	0	868	1 067	1 219	1 250	1 255	1 268	1 293	1 348	1 448	1 467	1 506
1226–72601	Baumaßnahmen am deutschen historischen Museum	0	0	0	0	0	0	0	0	0	415	77	0	0	0	0	0	0	0	0
	Zusammen	323 216	207 598	394 342	321 823	337 231	344 722	344 157	397 716	352 995	425 518	414 272	430 230	492 695	515 600	495 765	519 543	583 540	578 859	733 208
	<i>Indirekte Finanzhilfen</i>																			
0405–63222	Zahlung an Länder für Forschungseinrichtungen der blauen Liste (Museen)	10 436	11 250	11 534	11 884	11 845	11 673	12 238	12 975	13 449	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
–88221	Zahlung an Länder für Forschungseinrichtungen der blauen Liste (Museen)	1 490	1 286	1 179	1 893	1 442	635	1 187	2 033	2 463	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
–63281	Förderung hauptstadtbedingter kultureller Maßnahmen und Veranstaltungen in Berlin	51 129	12 015	12 015	11 735	11 635	11 455	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0452–63211	Förderung hauptstadtbedingter kultureller Maßnahmen und Veranstaltungen in Berlin	0	0	0	0	0	0	11 655	11 655	11 655	11 635	11 655	11 655	11 655	11 655	11 655	11 655	11 655	11 655	11 655
0405–63381	Zuweisungen zu laufenden kulturellen Aufwendungen der Stadt Bonn	35 790	30 678	26 588	15 339	10 226	5 113	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
63311	Zuweisungen zu laufenden kulturellen Aufwendungen der Stadt Bonn	0	0	0	0	0	0	5 113	5 113	5 113	3 113	2 113	0	0	0	0	0	0	0	0
	Zusammen	98 845	55 229	51 316	40 851	35 148	28 876	30 193	31 776	32 680	14 748	13 768	11 655							
	Theater, Museen, Medien, sonstige Kulturanbieter	422 061	262 827	445 658	362 674	372 379	373 598	374 350	429 492	385 675	440 266	428 040	441 885	504 350	527 255	507 420	531 198	595 195	590 514	744 863
	4) Kirchen, Religionsgemeinschaften																			
	<i>Direkte Finanzhilfen</i>																			
0601–68516	Kirchentage	473	463	205	1 329	448	7 900	350	400	500	950	1 000	400	400	400	400	400	500	500	2 000
–68514	Förderung der jüdischen Gemeinschaft und der christlich-jüdischen Zusammenarbeit	2 162	2 373	2 916	5 068	5 448	5 257	5 280	4 980	7 254	7 210	7 270	7 268	12 266	12 247	12 257	12 360	12 373	12 346	12 468
68507	An den Zentralrat der Juden in Deutschland zur Eingliederung in die jüdischen Gemeinden	0	0	0	0	0	0	0	1 350	1 130	775	397	300	200	100	0	0	0	0	0
68519	Kosten der deutschen Islamkonferenz sowie Förderung des interreligiösen Dialogs	0	0	0	0	0	0	0	446	654	650	361	600	391	390	329	431	3 005	2 280	2 805
68510	Jubiläum 500 Jahre Reformation	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	16	27	30	17	1 450

Fortsetzung Tabelle A1:

Kapitel, Titel	Erläuterung	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016 Soll	2016 Ist	2017
	Kirchen, Religionsgemeinschaften	2 635	2 836	3 121	6 397	5 896	13 157	5 630	7 176	9 538	9 585	9 028	8 568	13 257	13 137	13 002	13 218	15 908	15 143	18 723
	5) Sportförderung																			
	<i>Direkte Finanzhilfen</i>																			
0601-53211	Ausrichtung der Fußball-WM 2006	0	0	0	0	0	0	10 027	26	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
53213	Frauenfußball-WM 2011	0	0	0	0	0	0	0	0	0	15	13	51	0	0	0	0	0	0	0
53123	Für die Bewerbung Hamburgs für die Olympischen Spiele	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	18	10 000	0	0
68421	Aufwendungen für zentrale Maßnahmen auf dem Gebiet des Sports	71 980	70 479	70 838	69 439	68 533	73 044	72 259	73 796	85 287	87 253	94 290	94 915	95 038	95 638	100 163	111 469	109 271	110 745	114 271
-68412	Projektförderung für Sporteinrichtungen im Beitragsgebiet	7 377	6 872	6 956	7 438	7 944	7 968	8 846	8 551	9 835	11 818	12 096	12 096	12 096	12 096	13 348	15 600	15 600	15 600	15 600
-68413	Förderung periodisch wiederkehrender Sportveranstaltungen	0	0	0	2 061	3 310	2 127	754	2 172	4 652	3 744	2 460	1 911	4 824	3 425	2 585	3 440	7 350	6 602	3 850
68414	Deutsche Olympiabewerbung 2012	0	0	0	0	1 958	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
68611	Für das Kunst- und Kulturprogramm der Leichtathletik WM 2009	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2 500	0	0	0	0	0	0	0	0	0
-68623	Für Dopingbekämpfung	0	0	5 113	0	0	394	1 613	1 166	2 851	3 365	3 351	3 353	3 355	3 366	3 365	6 037	6 366	5 862	6 366
-68624	Zuschuss an die Welt Anti-Doping-Agentur	0	0	0	520	484	493	520	513	448	525	586	534	554	547	524	661	708	702	731
-68615	Zahlung an das Organisationskomitee Fußball WM 2006	0	0	0	4 000	5 000	10 000	4 850	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
68625	Fonds für DDR-Dopingopfer	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	5 000	5 000	5 000
68626	Förderung von internationalen Sportprojekten und Tagungen	0	0	0	0	0	634	461	530	493	475	500	440	448	856	354	386	460	403	4 600
68617	Zuschuss des Bundes zur Fusion von DSB, NOK und DOSP	0	0	0	0	0	0	1 073	0	800	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
68619	Zuschuss an die nationale Anti-Doping-Agentur	0	0	0	0	0	0	2 000	0	1 000	1 000	1 000	1 000	0	0	0	0	0	0	0
68620	Kulturprogramm Ski-WM 2011	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1 500	0	0	0	0	0	0	0	0
1606-89124	Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	150 000
6002-89134	Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	40 000	5 476	0
	<i>Zusammen</i>	<i>79 357</i>	<i>77 351</i>	<i>82 907</i>	<i>83 458</i>	<i>87 229</i>	<i>94 660</i>	<i>102 403</i>	<i>86 754</i>	<i>105 366</i>	<i>110 695</i>	<i>115 796</i>	<i>114 300</i>	<i>116 315</i>	<i>115 928</i>	<i>120 339</i>	<i>137 611</i>	<i>194 755</i>	<i>150 390</i>	<i>300 418</i>
	<i>Indirekte Finanzhilfen</i>																			
0601-88221	Errichtung, Erstaussstattung und Bauunterhaltung von Sportstätten für den Hochleistungssport	34 758	29 220	18 616	17 388	21 221	23 627	22 232	20 857	19 800	17 890	19 717	18 810	14 152	16 310	15 810	14 975	15 810	15 810	15 810
-88213	Sonderförderprogramm „Goldener Plan Ost“	7 669	14 795	14 717	10 000	5 000	3 000	1 759	2 000	1 798	2 000	0	0	0	0	0	0	0	0	0
-88214	Sanierung und Modernisierung des Olympiastadions in Berlin und Umbau des Zentralstadions in Leipzig	17 384	57 265	83 000	80 137	0	2 634	0	1 094	100	0	0	0	0	0	0	340	0	0	0
-88212	Zuschuss zur Errichtung des Sportmuseums in Köln	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	<i>Zusammen</i>	<i>59 811</i>	<i>101 280</i>	<i>116 333</i>	<i>107 525</i>	<i>26 221</i>	<i>29 261</i>	<i>23 991</i>	<i>23 951</i>	<i>21 698</i>	<i>19 890</i>	<i>19 717</i>	<i>18 810</i>	<i>14 152</i>	<i>16 310</i>	<i>15 810</i>	<i>15 315</i>	<i>15 810</i>	<i>15 810</i>	<i>15 810</i>
	Sportförderung	139 168	178 631	199 240	190 983	113 450	123 921	126 394	110 705	127 064	130 585	135 513	133 110	130 467	132 238	136 149	152 926	210 565	166 200	316 228

Fortsetzung Tabelle A1:

Kapitel, Titel	Erläuterung	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016 Soll	2016 Ist	2017
6) Sonstige Empfänger																				
<i>Direkte Finanzhilfen</i>																				
0212–68512	Förderung von Einrichtungen für parlamentarische Zwecke	1 185	1 442	1 423	1 170	1 350	1 839	1 896	1 900	1 918	1 980	2 106	1 932	2 065	2 213	2 540	2 747	2 928	2 933	3 212
-68506	Zuschuss an Restaurants, Kantinen und sonstige Pachtbetriebe im Deutschen Bundestag	114	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0502–68727	Aktivitäten der politischen Stiftungen im Ausland	0	0	0	0	0	0	0	0	0	14 666	14 649	14 373	15 000	14 300	16 200	50 000	50 000	50 000	55 000
0601–68503	Zuschuss an die Stiftung für das sorbische Volk	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	8 200	0	0	0	0	0	0	0	0
-68512	Globalzuschüsse zur gesellschaftspolitischen und demokratischen Bildungsarbeit	86 791	85 779	88 277	87 000	87 000	87 000	87 000	89 849	89 936	94 958	97 958	97 858	97 958	99 958	115 957	115 959	115 959	115 959	115 959
-68511	Zahlung an die Stiftung „Die Mitarbeit“	523	523	523	523	523	523	473	473	500	500	650	650	650	700	720	760	770	770	770
1106–68731	Internationale Arbeitsorganisationen	21 725	22 447	25 532	23 101	22 116	19 925	20 523	19 780	23 926	25 450	26 831	23 247	24 154	23 595	23 327	26 878	30 003	29 388	24 965
0902–86171	Anschubfinanzierung für elektronischen Entgelt-nachweis GRV und GRK	0	0	0	0	0	0	0	0	0	8 803	0	8 653	0	210	0	0	0	0	0
1102–68703	Förderung des sozialen Dialogs mit den Sozialpartnern aus den EU-Beitrittsländern	0	0	0	0	0	0	172	1 898	1 331	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1010–68401	Zuschüsse an landwirtschaftliche Organisationen außerhalb der Bundesverwaltung	15 242	14 578	16 003	17 890	15 722	15 659	15 016	14 969	15 097	16 035	16 484	16 700	15 857	16 512	14 840	15 382	15 566	15 426	16 540
1010–89301	Zuschüsse an landwirtschaftliche Organisationen außerhalb der Bundesverwaltung (Investitionen)	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	345	421	371	355	243	237	188
1601–89401	Zuschuss und Erweiterungsbau des meereskundlichen Museums in Stralsund	0	0	0	0	0	3 899	5 531	15 570	5 000	0	0	0	0	0	0	0	3 500	0	3 500
1502–68502	Deutsche Gesellschaft für Ernährung	1 841	2 041	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
-68501	Zuschüsse an Informations- und Dokumentationseinrichtungen	327	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
"0906	Defizit, Bundesstelle für Außenhandelsinformationen	18 657	18 604	17 524	19 098	19 829	21 108	22 904	21 293	22 365	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Sonstige Empfänger		146 405	145 414	149 282	148 782	146 540	149 953	153 515	165 732	160 073	162 392	166 878	163 413	156 029	157 909	173 955	212 081	218 969	214 713	220 134
IV. Allokationsverzerrende Transfers und Zuwendungen an private und staatliche Organisationen ohne Erwerbszweck insgesamt																				
		1 202 688	1 060 641	1 273 107	725 010	1 867 473	3 166 138	4 862 696	3 215 814	3 250 277	8 292 201	13078327	16 469 669	15 150 462	12816789	11715845	12651410	15 351 134	15 318 529	15 854 704
V. Finanzhilfen im weiten Sinn insgesamt																				
		37 651 779	33 286 576	34 183 705	32 944 760	32 501 256	34 737 699	36 276 469	34 025 439	32 188 267	42 851 013	44 208 755	46 415 595	44 359 440	41 778 711	41 419 128	42 948 851	50 698 445	47 594 473	52 477 328
1206–88203	Kompensationszahlung an die Länder wegen Beendigung der Finanzhilfen des Bundes zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden	0	0	0	0	0	0	0	0	1 335 500	1 335 500	1 335 500	1 335 500	1 335 500	1 335 500	1 335 500	1 335 500	1 335 500	1 335 500	1 335 500

Fortsetzung Tabelle A1:

Kapitel, Titel	Erläuterung	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016 Soll	2016 Ist	2017
1606-8202	Kompensationszahlung an die Länder wegen Beendigung der Finanzhilfen des Bundes zur sozialen Wohnraumförderung	0	0	0	0	0	0	0	518 200	518 200	518 200	518 200	518 200	518 200	518 200	518 200	518 200	1 018 200	1 018 200	1 518 200
VI.	Finanzhilfen einschließlich Kompensationszahlungen	37 651 779	33 286 576	34 183 705	32 944 760	32 501 256	34 737 699	36 276 469	34 543 639	34 041 967	44 704 713	46 062 455	48 269 295	46 213 140	43 632 411	43 272 828	44 802 551	53 052 145	49 948 173	55 331 028

Quelle: BMF (b; c); Deutscher Bundestag (2016); eigene Berechnungen.

Tabelle A2:
Steuervergünstigungen^a in den Jahren 2000–2017 (Mill. Euro)

Nr.	Anlage	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
	I. Steuervergünstigungen an Unternehmen																		
	II. Sektorspezifische Vergünstigungen																		
	1. Land- und Forstwirtschaft, Fischerei																		
1 alt	2 Gewinnermittlung in der Land- und Forstwirtschaft nach Durchschnittssätzen	27	20	20															
1	2,3 alt Einkommensteuer-Freibetrag für Land- und Forstwirte nach § 13 Abs. 3 EStG	82	72	72	72	72	80	80	70	75	65	62	58	59	55	55	50	60	60
3	2 Steuerfreie Entnahme von Grund und Boden aus dem Betriebsvermögen beim Bau einer eigengenutzten Wohnung oder einer Altenteilerwohnung	5	5	5	5	5	5	5
4	2 Freibeträge für Veräußerungsgewinne nach §§ 14 und 14a Einkommensteuergesetz (EStG)	197	138	125	125	125	35	25	15	15	20	20	20	20	15	15	20	20	20
7	2 Körperschaftsteuerbefreiung land- und forstwirtschaftlicher Erwerbs- und Wirtschafts-genossenschaften sowie vereine	15	15	15	15	15	15	15
9	2 Gewerbesteuerbefreiung kleiner Hochsee- und Fischereiunternehmen	1	1	1	1	1	1	1
10	2 Gewerbesteuerbefreiung landwirtschaftlicher Erwerbs- und Wirtschafts-genossenschaften und -vereine etc.	5	5	5	10	10	10	10
13	2,3 alt Ermäßigter Umsatzsteuersatz für bestimmte Leistungen in der Tier- und Pflanzenzucht		150	150	150	150	150	150
16	2 Versicherungssteuerbefreiung für Viehversicherungen bei Versicherungssummen über 4 000 Euro	1	1	1	1	1	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
17	2 Steuerermäßigung für Hagelversicherung etc. nach §6 Abs. 2 Nr. 4 VersStG														30	35	30	30	30
18	2 Steuerermäßigung für sogenannte agrarische Mehrgefahrenversicherung														35	40	40	40	40
19	2 Kraftfahrzeugsteuerbefreiung der Zugmaschinen, Sonderfahrzeuge etc.	87	90	90	90	90	55	55	60	55	60	60	60	60	260	260	260	260	260
20	2 Branntweinsteuerermäßigung für Brennereien und Stoffbesitzer	9	9	9	9	9	7	6	6	6	6	7	6	6	6	6	6	6	6
19	2 Mineralölsteuerbegünstigung für Betriebe der Land- und Forstwirtschaft (Agrardieselgesetz)		20	235	360	420	410	180	135	135	320	395	460	430	430	400	440	450	450
18 alt	2 Mineralölsteuerbegünstigung für Gewächshausanbau			14	15	15	16	16											

Fortsetzung Tabelle A2:

Nr.	Anlage	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
13 alt	3 Steuerermäßigung bei Einkünften aus Land- und Forstwirtschaft, wenn der Gewinn nicht geschätzt wird		36																
53	3 Ansatz von niedrigen Ertragswerten im Rahmen der Bewertung des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens für Zwecke der Erbschaftsteuer Anhebung der Vorsteuerpauschalen und der Durchschnittssätze	504	504	504	504	504	504	504	350	350	350
	Insgesamt	969	1 030	1 246	1 357	1 417	1 289	1 048	290	340	350	350	350	350	350	350	350	350	350
	2. Bergbau																		
18alt	2 Bergmannsprämien (Lohnsteuerermäßigung)	44	33	27	25	25	25	21	11	1									
	Insgesamt	44	33	27	25	25	25	21	11	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	3. Verkehr																		
50 alt	2 Einkommensteuerbefreiung der Arbeitgeberzuschüsse für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte mit öffentlichen Verkehrsmitteln	51	50	50	50	15													
53 alt	2 Sonderabschreibungen bei Schiffen und Luftfahrzeugen	10	6	4	2	2													
61 alt	2 Ermäßigung der ESt und KSt bei ausländischen Einkünften aus dem Betrieb von Handelsschiffen																		
64	2 Tonnagebesteuerung						900	600	500	500	40	190	140	.	.	.			
66	2 Lohnsteuerermäßigung für Seeleute	18	14	13	8	8	18	18	18	18	20	20	20	20	15	15	30	50	75
67	2 Ermäßigter Umsatzsteuersatz für die Personenbeförderung im Nahverkehr	573	600	570	570	570	580	580	825	830	960	960	1 045	1 050	1 120	1 160	1 270	1 315	1 360
69	2 Kraftfahrzeugsteuerbefreiung für Kraftomnibusse und Anhänger für den Linienverkehr	89	90	90	90	90	35	35	35	30	30	30	30	30	30	30	30	30	30
70	2 Kraftfahrzeugsteuerbefreiung für Fahrzeuge im kombinierten Schienen-Straßen-Verkehr	5	5	5	5	5	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2
71	2 Zeitlich befristete Steuerbefreiung für erstmalig zugelassene Kfz mit Elektroantrieb																	1	1
67	2 Steuerbefreiung für erstmalig zugelassene Kraftfahrzeuge mit reinem Elektromotor																	10	10
69 alt	2 Kfz-Steuerbefreiung für partikelreduzierte Pkw mit Dieselmotor								80	35	100	5							
72	2 Kraftfahrzeugsteuerermäßigung für Elektrofahrzeuge	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
73	2 Nichterhebung der Kraftfahrzeugsteuer für überzählige Kraftfahrzeuganhänger	51	60	60	60	60	60	60	65	35	35	35	35	35	45	45	45	45	45
74	2 Senkung des Anhängerzuschlags								10	45	65	65	70	70	55	55	55	55	55
75	2 Senkung der Höchststeuer für Anhänger								10	50	50	50	55	55	60	60	60	60	60
76	2 Senkung der Höchststeuer für Nutzfahrzeuge									15	70	40	40	45	45	45	45	45	45
77	2 Energiesteuervergünstigung für Flüssiggas/ Erdgas für Fahrzeuge im öffentlichen Verkehr	23	18	19	20	20	57	85	100	120	160	190	200	215	209	180	128	134	180

Fortsetzung Tabelle A2:

Nr.	Anlage	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
78	2 Energiesteuerbegünstigung beim Güterumschlag in Seehäfen	25	25	25	25	25	25	25	25	25
79	2 Energiesteuerbefreiung für gewerbsmäßigen Einsatz von Luftfahrtbetriebsstoffen	nk	281	409	382	373	373	397	395	640	660	680	500	500	530	530	570	570	570
80	2 Energiesteuerbefreiung von Schweröl als Betriebsstoff für die gewerbliche Binnenschifffahrt	nk	210	178	197	210	210	129	129	118	157	166	170	170	160	160	180	180	180
81	2 Energiesteuerbegünstigung für den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV)		18	31	46	61	61	69	63	57	67	68	71	67	71	72	76	76	72
82	2 Steuervergünstigung für Strom im Schienenbahnverkehr		102	120	140	160	140	140	140	125	125	110	110	120	120	119	120	141	143
83	2 Stromsteuerermäßigung für Landstromversorgung von Wasserfahrzeugen														2	2	3	2	3
84	2 Befreiung bei der Luftverkehrsteuer												108	92	85	86	89	89	89
	Insgesamt		1 432	1 582	1 577	1 610	1 555	2 388	2 108	2 367	2 686	2 523	2 640	2 633	2 501	2 575	2 761	2 829	2 933
	4. Wohnungsvermietung																		
86	2 Erhöhte Absetzungen für bestimmten Modernisierungs- und Instandsetzungsaufwand nach § 7h EStG		26	21	21	21	40	40	50	50	50	50	40	40	30	35	35	35	35
87	2 Erhöhte Absetzungen bei kulturhistorisch wertvollen Gebäuden nach § 7i EStG		46	42	42	42	62	61	65	70	70	70	50	45	45	50	50	50	50
86 alt	2 Sonderausgabenabzug bei einer zu eigenen Wohnzwecken genutzten Wohnung nach § 10e EStG		2.480	1.730	1.110	550	125	30											
88	2 Steuerbegünstigung für zu eigenen Zwecken genutzte Baudenkmale etc.						17	16	16	16	16	16	15	15	15	15	95	95	95
89	2 Steuerbegünstigungen für schutzwürdige Kulturgüter nach § 10 g EStG																2	2	2
89 alt	2 Kinderkomponente zu § 10e EStG		639	460	290	110	25	30											
90	2 Eigenheimzulage § 9 Abs. 2 EigZuLG		4 626	5 332	6 124	7 071	7 574	6 812	6 197	5 140	4 172	4 971	3 616	1 594	916	364	101	36	18
	Reduktion der Eigenheimzulage					-156	-613												
90 alt	2 Ökologische Zusatzförderung § 9 Abs. 3 u. 4 EigZuLG		49	97	111	111	111	85	70	55	40	30	15						
91	2 Kinderzulage § 9 Abs. 5 EigZuLG		2 186	2 621	3 011	3 510	3 757	3 349	3 047	2 527	2 051	1 629	784	450	179	50	18	9	5
52	3 Verschonungsabschlag für vermietete Wohnimmobilien											50	210	220	230	65	72	78	74
71 alt	2 Steuervergünstigung für zu eigenen Zwecken genutzte Baudenkmale		13	12	12	12	12												
3 alt	2 Körperschaftsteuerbefreiung der Vermietungsgenossenschaften und -vereine und der gemeinnützigen Siedlungsunternehmen		5	5	5	5	5												
74 alt	2 Erhöhte Absetzungen zur Schaffung neuer Mietwohnungen an bestehenden Gebäuden nach § 7c EStG																		
77 alt	2 Erhöhte Absetzungen für Wohnungen mit Sozialbindung		6	6	5														
82 alt	2 Sonderausgabenabzug von Schuldzinsen																		
81 alt	2 Steuerbegünstigung der unentgeltlich zu Wohnzwecken an nahe Angehörige überlassenen Wohnung im eigenen Haus		13	8	4														

Fortsetzung Tabelle A2:

Nr.	Anlage	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	
63	2							16	300	300	367	393	556	722	727	738	767	836	800	
64	2			210	280	1 450	1 450	1 700	1 700	1 700	1 800	1 758	1 766	1 918	2 008	1 870	1 911	1 735	1 614	1 700
100	2											805	920	955	1 060	1 090	1 205	1 265	1 330	
101	2																			
103	2																			
105 alt	2													6	6	7	7	7	7	7
40	3																			
42	3																			
48	3																			
47 alt	3																			
37 alt	3																			
		4 934	5 000	5 100	5 100	5 100	4 320	4 320	5 040	5 370	5 700	5 700	6 077	6 169	6 767	6 941	7 365	7 585	7 815	
	Insgesamt	8 942	10 165	10 862	11 300	11 290	12 276	13 365	14 521	14 724	14 770	15 680	14 593	15 471	15 698	16 164	16 629	16 731	17 048	
	6. Sektorspezifische Steuervergünstigungen insgesamt	21 563	23 144	24 447	25 568	25 346	26 403	25 973	25 328	24 436	24 930	24 378	20 883	20 593	20 152	20 240	20 900	21 059	21 475	
	I.II Branchenübergreifende Steuervergünstigungen																			
	1. Regionalpolitische Steuervergünstigungen																			
22	2																			
21alt	2																			
21 alt	2																			
23 alt	2																			
23	2																			
26 alt	2																			
27 alt	2																			
21 alt	2																			
		100	100	100																
					-394	-519														

Fortsetzung Tabelle A2:

Nr.	Anlage	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
28 alt	2 Sonderausgabenabzug für Herstellungs- und Erhaltungskosten bei zu eigenen Wohnzwecken genutzten Gebäuden im Beitrittsgebiet	153	150	140	130	100	120	80											
14 alt	2 Erhöhte Absetzungen beim Mietwohnungsbau in Berlin																		
15 alt	2 Steuervergünstigungen nach dem Zonenrandförderungsgesetz	51																	
16 alt	2 Übertragung aufgedeckter stiller Reserven auf kleine und mittlere Kapitalgesellschaften in den neuen Ländern																		
16 alt	2 Sonderabschreibungen für betriebliche Investitionen	279																	
19 alt	2 Sonderabschreibungen für neue Gebäude des Privatvermögens																		
21 alt	2 Sonderabschreibungen für nachträgliche Herstellungsarbeiten an zur Einkunfts-erzielung genutzten Gebäuden des Privatvermögens	115	18	5															
25 alt	2 Steuerermäßigungen für Darlehen an kleine und mittlere Unternehmen im Beitrittsgebiet	5																	
26 alt	2 Investitionszulagen	169																	
17 alt	2 Investitionszulagen für den Mietwohnungsbau in Innenstädten im Beitrittsgebiet	20	20	20															
	Insgesamt	2 557	2 663	2 489	2 076	1 921	2 228	1 304	1 248	1 355	1 488	1 106	942	969	1.194	790	269	132	71
	2. Sonstige Steuervergünstigungen																		
24	2 Steuerbefreiung des INVEST-Zuschusses für Wagniskapital																	5	10
25	2 Übertragung stiller Reserven, die bei der Veräußerung bestimmter Wirtschaftsgüter aufgedeckt werden, auf neue Investitionen	375	475	475	485	475	385	90	-30	5	20	30	105	105	130	120	130	115	120
27	2 Sonderabschreibungen zur Förderung kleiner und mittlerer Betriebe	35	-98	-117	-137	-81	8	8	-102	7	-11	171	87	-279	93	165	90	45	0
28	2 Ansparabschreibung in Form einer Rücklage bis zu 40 % künftiger Anschaffungs- oder Herstellungskosten (Investitionsabzugsbetrag)	40	-75	-89	-4	8	15	15	-327	-272	798	652	42	14	-41	-20		15	25
29	2 Freibetrag für Gewinne bei der Veräußerung von Betrieben	153	409	409	409	409	120	120	100	100	105	105	100	100	85	85	80	80	80
30	2 Freibetrag für Gewinne bei der Veräußerung von Anteilen an Kapitalgesellschaften						15	15	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5
28 alt	2 Bewertungsabschlag für Importwaren mit wesentlichen Preisschwankungen	50	25																
30	2 Steuerfreiheit der Hälfte der Einnahmen bei Veräußerungen von Grund und Boden sowie Gebäuden an REIT-AGs etc.								290	480	305	210	50	15					
32 alt	2 Körperschaftsteuer-Freibetrag für kleine Vereine, Stiftungen und Betriebe gewerblicher Art von juristischen Personen des öffentlichen Rechts	26	26	26	20	20													
33 alt	2 Tariftbegrenzung bei Gewinneinkünften								730										

Fortsetzung Tabelle A2:

Nr.	Anlage	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
	3. Branchenübergreifende Steuervergünstigungen insgesamt	9 544	6 922	6 731	6 452	7 150	7 474	6 435	8 743	8 559	7 283	7 432	6 967	6 623	15 692	16 345	15 760	14 772	13 846
	Steuervergünstigungen an Unternehmen insgesamt (I.I + I.II)	31 107	30 066	31 178	32 020	32 496	33 877	32 408	34 071	32 995	32 213	31 810	27 850	27 216	35 844	36 585	36 660	35 831	35 321
	II Allokationsverzerrende Steuervergünstigungen an Haushalte und private sowie staatliche Organisationen ohne Erwerbszweck																		
	1. Kirchen, Religionsgemeinschaften																		
5	3 Abzug der Kirchensteuer als Sonderausgabe	3 480	3 200	3 350	3 600	3 750	3 000	3 100	3 070	3 150	2 800	2 730	3 040	3 210	3540	3650	3 580	3 680	3 790
	Insgesamt	3 480	3 200	3 350	3 600	3 750	3 000	3 100	3 070	3 150	2 800	2 730	3 040	3 210	3 540	3 650	3 770	3 890	3 790
	2. Steuervergünstigungen zugunsten mehrerer Sektoren																		
99	2 Ermäßigter Umsatzsteuersatz für kulturelle und unterhaltende Leistungen	1 314	1 320	1 330	1 340	1 350	1 360	1 360	1 815	1 815	3 900	3 900	3 370	3 455	3415	3440	3 500	3 625	3 785
97	2 Gewerbesteuerbefreiung bestimmter privater Schulen	1	1	1	1	1	1	1
6	3 Begrenzter Sonderausgabenabzug für Schulgeldzahlungen	23	23	23	23	23	30	30	50	60	70	70	75	80	105	110	100	105	105
7	3 Steuerbegünstigung von Ausgaben zur Förderung mildtätiger, kirchlicher und gemeinnütziger Zwecke und von Zahlungen an politische Parteien (Einkommensteuer)	762	1.080	1.085	1.085	1.095	805	810	1 150	1 340	1 375	1 380	1 580	1 660	1690	1760	1 600	1 630	1 680
8	3 Steuerermäßigungen für Mitgliedsbeiträge und Spenden an politische Parteien und unabhängige Wählervereinigungen nach § 34g EStG	82	85	85	90	90	80	80	90	90	80	80	85	90	85	90	90	90	90
25	3 Körperschaftsteuerbegünstigung von Ausgaben zur Förderung mildtätiger, kirchlicher und gemeinnütziger Zwecke	187	140	190	165	160	155	155	160	138	113	115	142	150	157	161	140	140	140
36	3 Gewerbesteuerbegünstigung von Ausgaben zur Förderung mildtätiger, kirchlicher und gemeinnütziger Zwecke	156	157	163	167	170	130	135	120	109	112	115	113	118	127	129	160	170	170
40	3 Umsatzsteuerbefreiung der im Rahmen der satzungsgemäßen Aufgaben gegen Kostenerstattung ausgeführten Leistungen zwischen den selbständigen Gliederungen einer politischen Partei	8	10	10	10	10	10	10
43	3 Umsatzsteuerermäßigung für Leistungen gemeinnütziger, mildtätiger und kirchlicher Einrichtungen	61	65	65	70	70	155	155	255	250	265	265	320	325	335	335	385	400	415
46	3 Versicherungsteuerbefreiung bestimmter öffentlich-rechtlicher Körperschaften	10	10	10	10	10	10	10
38 alt	3 Umsatzsteuerbefreiung der Sozialversicherungsträger, Krankenhäuser, Diagonosekliniken, Altenheime, Pflegeheime, der ambulanten Pflegedienste, der Wohlfahrtsverbände und der Blinden (ab 2011 54 % von Nr. 37, Anlage 3)	4 141	4 300	4 425	4 550	4 600	4 960	4 960	6 000	6 000	6 700	6 700	7 133	7 241	7943	8149	8645	8905	9175
	Insgesamt	6 745	7 191	7 387	7 511	7 579	7 696	7 706	9 640	9 802	12 615	12 625	12 818	13 119	13 857	14 174	14 620	15 065	15 565

Fortsetzung Tabelle A2:

Nr.	Anlage	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
3. Haushaltsbezogene Steuervergünstigungen (= zusätzliche Steuervergünstigungen gemäß der Zusatzliste in der Studie Koch/Steinbrück)																			
	Entfernungspauschale	5 000	5 800	5 800	5 800	5 000	4 000	4 000	4 000	4 000	4 000	4 000	4 000	4 000	4 000	4 000	4 000	4 000	4 000
	Freibetrag für nebenberufliche Tätigkeiten als Übungsleiter etc.						2 000	2 000	2 000	2 000	2 000	2 000	2 000	2 000	2 000	2 000	2 000	2 000	2 000
	Halbierung des Steuersatzes für betriebliche Veräußerungsgewinne						735	735	735	735	735	735	735	735	735	735	735	735	735
	Freibetrag für Abfindungen						380	355	355	355	355	355	355	355	355	355	355	355	355
	Begrenzte Abzugsfähigkeit der Aufwendungen für Geschenke						120	115	115	115	115	115	115	115	115	115	115	115	115
	Freibetrag für Übergangsgelder						50	50	50	50	50	50	50	50	50	50	50	50	50
	Freigrenze bei verbilligt überlassener Wohnung						50	45	45	45	45	45	45	45	45	45	45	45	45
	Freibetrag für Heirats- und Geburtsbeihilfen						45	35	35	35	35	35	35	35	35	35	35	35	35
	Sonstige Vergünstigungen						60	60	60	60	60	60	60	60	60	60	60	60	60
	Sonstige einbezogene Vergünstigungen	3 350	3 350	3 350	3 350	3 310													
	Insgesamt	8 350	9 150	9 150	9 150	8 310	7 440	7 395											
Allokationsverzerrende Steuervergünstigungen an Haushalte und private sowie staatliche Organisationen ohne Erwerbszweck insgesamt																			
		18 575	19 541	19 887	20 261	19 639	18 136	18 201	20 105	20 347	22 810	22 750	23 253	23 724	24 792	25 219	25 785	26 350	26 750
III Steuervergünstigungen in weiter Abgrenzung (I + II)																			
		49 682	49 607	51 065	52 281	52 135	52 013	50 609	54 176	53 342	55 023	54 560	51 103	50 940	60 636	61 804	62 445	62 181	62 071
IV Nicht als Steuervergünstigungen eingestufte Regelungen, die im Subventionsbericht der Bundesregierung ausgewiesen werden																			
31	2									10	120	150	125	115	115	115	115	115	115
35	2																		
92	2										655	870	170	280	300	300	320	340	355
92 alt	2						190	250	450	570	1.010	1.100	970	970	970	830	795	930	970
	2	2 505	2 900	3 000	3 100	3 100	1 614	1 630	1 170	1 240	1 080	1 040							
4	3	17 080	16 600	16 700	17 300	17 600	11 800	12 500	11 890	12 570	12 790	1 690	1 640	1 530	1 990	1 930	615	535	460
5	3			50	480	3 120	3 300												
11	3	61	60	60	60	60	50	50	50	50	45	45	40	40	45	45	55	55	55
	Insgesamt	19 646	19 610	20 240	23 580	24 060	13 654	14 430	13 560	14 440	15 700	4 895	2 945	2 935	3 420	3 220	1 900	1 975	1 955

^aAus dem jeweils aktuellen Subventionsbericht der Bundesregierung; . = Ausmaß nicht beziffert.

Quelle: BMF (a); Koch und Steinbrück (2003); eigene Berechnungen.

Tabelle A3:
Einnahmeverzichte durch kostenfrei abgegebene CO₂-Zertifikate

	1. Handelsperiode ^a				2. Handelsperiode				3. Handelsperiode 2013 bis 2020				
	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	Early Auctions 2012 für 2013	2013	2014	2015	2016
Energiewirtschaft und Industrie													
Anzahl verkaufte/versteigerte Zertifikate ^b				41 005 000	41 125 000	41 142 500	40 675 500	48 108 000	23 531 000	182 560 500	127 127 500	143 893 500	160 770 500
Anzahl kostenfrei abgegebener Zertifikate ^c				389 124 341	390 304 000	395 857 000	401 506 000	415 718 000	--	169 441 000	164 310 000	158 565 000	153 674 000
Durchschn. VK-Preis nach UBA, gewichtet ^d				23,16 €	13,22 €	14,36 €	13,81 €	7,47 €	7,06 €	4,33 €	5,90 €	7,60 €	5,26 €
Subvention Mill. Euro Energie und Industrie	10 902,00	8 586,00	326,00	9 012,12	5 159,82	5 684,51	5 544,80	3 105,41	--	733,68	969,43	1 205,09	808,33
zuzüglich Luftverkehr ab 2012													
Anzahl versteigerte Zertifikate ^e								2 500 000	--	--	--	2 229 000	887 500
Anzahl kostenfrei abgegebener Zertifikate STC ^f								13 709 846	--	5 160 000	5 149 000	5 101 000	5 104 000
VK-Preis ^g								7,01 €	--	4,33 €	5,90 €	7,57 €	5,42 €
Subvention Mill. Euro Luftverkehr								96,11	--	22,34	30,38	38,61	27,66
CO ₂ -Subventionen Mill. Euro insgesamt	10 902,00	8 586,00	326,00	9 012,12	5 159,82	5 684,51	5 544,80	3 201,52		756,02	999,81	1 243,71	835,99

^aSubventionsschätzungen für die 1. Handelsperiode nach Matthes et al. (2011: 11–12) sowie Cludius und Herrmann (2014: 14). — ^bNach DEHSt (2014a) und DEHSt (b). Zum deutlichen Anstieg der Zahl der versteigerten und Rückgang der kostenlos vergebenen Zertifikate im Jahr 2013 siehe DEHSt (2014b: 26–28). — ^cNach DEHSt (a). — ^dPreise 2008–2012 nach DEHSt (2014a), 2013–2015 nach DEHSt (b), 2016 nach DEHSt (2017). — ^e2012 nach DEHSt (2012), 2015–2016 nach DEHSt (b). — ^f2013 und 2014 tatsächlich kostenlos vergebene Zertifikate im Rahmen des „Stop the Clock“-Programms. Siehe dazu DEHSt (a, 2013: 55–61; a, 2014: 62–66); 2015 und 2016 nach DEHSt (a). — ^gNach DEHSt (2012; b; 2017).

Quelle: Matthes et al. (2011); Cludius und Hermann (2014); DEHSt (2012; 2014a; 2014b; 2017; a; b); eigene Zusammenstellung und Berechnungen.